

SUARA

Watch
INDONESIA!

3/2011 | Jahrgang 20

6,50 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor

Osttimor
UN-Gerechtigkeit
Religion
Ungläubige
Kommunisten
Ungnade



Osttimor	Auseinandergelebt Die UN in Osttimor <i>von Henri Myrntinen</i>	3
	Kampf gegen Windmühlen? Gerechtigkeit und Aufarbeitung in Osttimor <i>von Monika Schlicher</i>	6
	Meinung: Massaker in Osttimor: Liquiça 12 Jahre danach <i>von Fidelis Leite Magalhães</i>	9
	ASEAN: Osttimor möchte dazugehören <i>von Monika Schlicher</i>	10
	Osttimors mächtige Nachbarn Die Beziehungen zu Australien und Indonesien <i>von Henri Myrntinen & Monika Schlicher</i>	13
Religion	Einheit in Vielfalt oder Mehrheit in Einfalt? Die Unterdrückung der Religionsfreiheit bedroht die Grundfesten der Republik Indonesien <i>von Alex Flor</i>	15
Papua	Verspricht das neue Regierungsprogramm neue Hoffnung für Papua? <i>von Budi Hernawan</i>	25
Geschichte	Geschichte schreiben Wie sah die Welt auf die Ereignisse von 1965? <i>von Anett Keller</i>	28
ArbeiterInnen	Arbeiter ohne Bewegung? Warum es in Indonesien emanzipatorische Arbeiterbewegungen so schwer haben - ein Erklärungsversuch <i>von Timo Duile</i>	33
	Tausend und eine Schmach Indonesische Arbeitsmigrantinnen <i>von Antje Mißbach</i>	36
Soziales	Störfaktor Urbane Armut <i>Interview mit Sandyawan Sumardi von Marianne Klute und Samia Dinkelaker</i>	39
Aktivitäten	Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!	44
Nachrichten	Was sonst noch geschah <i>zusammengestellt von Alex Flor</i>	47
Impressum		48

In unserer Zeitschrift SUARA analysieren wir die aktuellen Entwicklungen in Indonesien und Osttimor. Nach der Unabhängigkeit von Osttimor änderten wir den Namen unseres seit 1992 erscheinenden Magazins „Indonesien-Information“ in „SUARA - Zeitschrift für Indonesien und Osttimor“.

SUARA - indonesisch für „Stimme“ - heißt für uns nicht nur „jemandem eine Stimme geben“ oder „für jemanden Stimme sein“. SUARA ist unserem Verständnis von Partnerschaft entsprechend auch ein Medium, um Menschen aus Indonesien und Osttimor die Möglichkeit zu geben, mittels eigener Beiträge oder in Form von Interviews selbst die Stimme erheben zu können.

Auseinandergelebt

Die UN in Osttimor

von Henri Myrntinen

Am 24. Februar 2011 verlängerte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1969 (2011) das Mandat der derzeitigen UN-Mission UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste) um ein Jahr bis Ende Februar 2012. Wesentlich länger als bis zu den für die im Jahre 2012 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wird die UN-Präsenz sicher nicht andauern.

Die Kritik an der Mission ist sowohl bei osttimoresischen, wie auch bei internationalen Beobachtern und Entscheidungsträgern stetig stärker geworden: zu teuer, zu ineffektiv und in manchen Augen schlicht überflüssig sei diese weltweit zweit-teuerste Blauhelmission. So haben Premierminister Xanana Gusmão und Präsident José Ramos-Horta mehrmals erklärt, dass es langsam an der Zeit wäre, die UNMIT, als auch die australisch-neuseeländischen ISF-Truppen (*International Stabilisation Forces*) abzuziehen.

Die Unterstützer einer längeren internationalen Präsenz weisen aber auf die Erfahrungen des Jahres 2006 hin: damals sei die UN-Präsenz vorschnell heruntergefahren worden, was zu dem Ausbruch der gewalttätigen politischen Krise beigetragen habe. Laut dieser Argumentationslinie muss die UN noch mindestens bis zu den Wahlen bleiben, um sicherzustellen, dass diese frei, fair und friedlich verlaufen.

Zerrüttetes Verhältnis

Bei der ersten UN-Mission im Lande, UNAMET, 1999 noch als Geburtshelfer der Unabhängigkeit gefeiert, machten einige Wähler in ihrem Überschwang beim Unabhängigkeitsreferendum versehentlich ihren Wahlzettel ungültig, in dem sie »Viva Independencia, Viva Timor-Leste, Viva UNAMET!« draufschrieben. Während der UNTAET-Mission war es wiederum die lusophone Männerfreundschaft zwischen Präsident Xanana Gusmão und dem Leiter der UN-Mission, Sergio Vieira de Mello, die das Verhältnis prägte. Inzwischen ist das Verhältnis zwischen der osttimoresischen politischen Führung und der nunmehr fünften UN-Mission merklich kühler geworden. Es erinnert an ein Paar, das sich auseinandergelebt hat: man hat scheinbar das ewige Rumgörgel des anderen satt und hört nicht mal rich-



Präsident Ramos-Horta bei einer Parade

Foto: Victoria Kumala-Sakti

tig hin, bevor man pikiert zurückschlägt. Plastisch zu sehen war dies anhand der Diskussion Ende 2010 um die Bewaffnung von privaten Sicherheitsleuten. Ein falsch interpretiertes Zitat eines für die UN arbeitenden externen Experten sorgte für einen Eklat und eine Schlammschlacht in den lokalen Medien, in denen sich beide Seiten gegenseitig öffentlich be-

schuldigten. Verschnupft reagierte die osttimoresische Regierung auch, als das entwicklungspolitische Programm der UN, UNDP (*United Nations Development Programme*) in ihrem Jahresbericht 2010 die Frage der Straflosigkeit ansprach. Weil die UNDP damit ihr Mandat überschritten habe, wurde die Publikation des Berichts erst einmal auf Eis gelegt. Es sind vor allem der Sicherheitssektor und die Straflosigkeit, bei denen die beiden Seiten aneinander geraten.

Sicherheitssektor

Die UNMIT stand von Anfang an unter dem Eindruck der Krise und des Zusammenbruchs des Sicherheitssektors im Jahre 2006. Die Verantwortung für die interne und externe Sicherheit des Landes ging an die ausländischen Interventionskräfte über und wurde nur schrittweise zurückgegeben. Die letzten verbleibenden Distrikte und Einheiten wurden erst im März 2011 an die nationale Polizei PNTL (*Polícia Nacional de Timor-Leste*) zurückgegeben.

Herzstück der UNMIT-Mission war dann auch die Reform des Sicherheitssektors, genauer der PNTL. Obwohl es das Auseinanderbrechen der Armee (FALINTIL-*Forças Armadas de Defesa de Timor-Leste* – F-FDTL) war, welches die Krise auslöste, wurde selbige von den Reformprogrammen nicht behelligt. Die osttimoresische Seite hatte sehr schnell klargestellt, dass die UNMIT bei der F-FDTL, welche sich in legitimer Nachfolge des Unabhängigkeitskampfes sieht, in dieser Hinsicht nichts zu suchen hatte. Die Grundeinstellung führender Militärs, unter anderem des Armeekommandeurs Taur Matan Ruak, kann man ungefähr wie folgt zusammenfassen: »Wir haben 24 Jahre für unsere Unabhängigkeit gelitten und gekämpft, da braucht mir kein Ausländer zu kommen und uns reinzureden, geschweige denn uns zu kritisieren.«

Wie in mehreren osttimoresischen und internationalen Analysen, zuletzt ein weiteres Mal von der International Crisis Group (»*Timor-Leste: Time for the UN to Step Back*«, ICG, 2010), konstatiert wurde, hat die Reform der PNTL eher schlecht als recht funktioniert. Dies wurde teilweise auch von der Leiterin der UN-

Mission, Ameerah Haq, in ihrem Bericht an den Sicherheitsrat eingestanden. Sie sah die Schuld jedoch eher auf der osttimoresischen Seite, welche sowohl Polizisten und Soldaten, denen schwere Vergehen während der Krise 2006 zur Last gelegt werden, weiter dienen lässt. Diese Sorgen spiegelten sich auch in der neuesten Resolution des Sicherheitsrates wider. Es wird vor allem moniert, dass 52 Polizisten, die wegen krimineller Tätigkeiten und Disziplinarverfahren von der UNMIT beanstandet wurden, weiterhin Dienst tun. Als problematisch gilt unter anderem der Polizeikommandeur von Dili, Pedro Belo, welcher aber Dank guter politischer Verbindungen praktisch unantastbar ist.

Während die internationale Gemeinschaft die fehlenden Reformen in der PNTL moniert, steht in der osttimoresischen Kritik die Ineffizienz der UN-Polizei (UNPOL) im Mittelpunkt. Damit steht die osttimoresische Seite nicht alleine: In mehreren Studien von führenden ausländischen *think tanks* und AkademikerInnen sind sowohl die politischen Bemühungen von UNMIT als auch deren fehlende praktische Umsetzung durch die UNPOL über die Jahre wiederholt kritisiert worden.

Trotz der oft berechtigten Kritik sowohl an der PNTL

als auch der UNPOL, bleibt aber festzuhalten, dass es doch durchaus auch Fortschritte gab. Wie der Bericht von Ameerah Haq an den Sicherheitsrat unter anderem hervorhebt, hat es die PNTL in den von ihr zurück übernommenen zehn von dreizehn Distrikten geschafft, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Es bleibt in dem Bericht jedoch unerwähnt, dass dies nicht nur alleine auf die Arbeit der unterfinanzierten Polizei zurückzuführen ist, sondern vor allem auch auf die Lösung vieler Fälle durch informelle Rechts-



Hochgerüstet zeigt sich die PNTL an ihrem 10. Jahrestag

Foto: Victoria Kumala-Sakti

strukturen auf Dorfebene.

Fortschritte gibt es auch beim Thema häusliche und sexuelle Gewalt. Vor allem weibliche UNPOLs haben in diesem Bereich oft gut mit ihren Gegenübern von der PNTL sowie lokalen NGOs zusammengearbeitet. In allen Distrikten gibt es sogenannte *Vulnerable Persons Units* (VPU) zur Registrierung von Fällen häuslicher und sexueller Gewalt. Leider sind auch diese vom allgemeinen Geld- und Materialmangel bei der PNTL betroffen und liegen in der Prioritätensetzung der Polizeiführung weit hinter neuen Waffenkäufen für die Sondereinsatzkommandos.

Straflosigkeit

Das zweite Thema, welches auch explizit in der Resolution des Sicherheitsrates mehrfach angesprochen wird und für Spannungen sorgt, ist die Straflosigkeit. Die UN zeigt sich nicht nur über das fehlende Interesse seitens der osttimoresischen Regierung an der Verfolgung der Verbrechen während der indonesischen Okkupation besorgt, sondern rügt auch direkt die Amnestiepolitik von Präsident José Ramos-Horta und die jahrelange Verschleppung der Bearbeitung der Abschlussberichte der Wahrheitskommission CAVR (*Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação*) und der indonesisch-osttimoresischen CTF (*Commission of Truth and Friendship*) im Parlament.

Die Staatsführung reagiert auf die wiederholte Kritik zunehmend pikiert, wie im oben genannten Fall des UNDP-Berichtes. Mehrfach hat sich Staatspräsident Ramos-Horta gegen die Einmischung von Ausländern, welche keine Ahnung von der Realität Osttimors hätten, in die Aufarbeitung der Vergangenheit gewehrt. Auch hat Ramos-Horta wiederholt öffentlich die Arbeit der *Serious Crimes Unit* (SCU) der UN-Mission, welche für die Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1999 verantwortlich war, in Frage gestellt. Laut Mitarbeitern der SCU hat diese öffentliche Infragestellung seitens des Staatspräsidenten ihre Arbeit mit osttimoresischen Behörden stark behindert.

Von UN-Sicherheit zur Unsicherheit?

Bei aller verloren gegangener Liebe zwischen der osttimoresischen Seite und der UN blicken viele dem Abzug der UN-Mission auch mit einer gewissen Sorge entgegen. Der größte anzunehmende Ernstfall wäre eine Wiederholung der politischen und humanitären Krise von 2006. Wie die UN konstatierte, sind die grundlegenden Probleme im Sicherheitssektor während der letzten fünf Jahre nicht gelöst worden – und es ist unwahrscheinlich, dass dies in den nächsten 12 Monaten nachgeholt werden wird. Die Gangs, Kampfsportgruppen, Ritualkunstgruppen und Veteranenorganisationen, die in der Vergangenheit oft als Instabilitätsfaktoren aufgetreten sind, könnten im Vorlauf der Wahlen 2012 wieder politisiert werden. Viele der zahlreichen kommunalen Konflikte sind nicht gelöst worden. Ob eine neue Krise droht oder nicht, ist schwer abzuschätzen. Vorerst zumindest scheint die Politik der Regierung Xanana Gusmãos aufzugehen, potentielle Probleme durch finanzielle Freigebigkeit zu übertünchen. Im besten Falle geht das Kalkül auf und das Risiko, den neu gewonnenen materiellen Reichtum der neuen Ober- und Mittelschicht bei einer Eskalation der Gewalt zu verlieren, wird als gewichtiger angesehen als die gewaltsame Begleichung alter Rechnungen. Problematisch wird es allerdings, wenn nicht mehr alle poten-

tiell gewaltbereiten Gruppen wie z.B. die Gangs, Kampfsportgruppen oder Veteranenorganisationen ausbezahlt werden können oder wenn schon ausbezahlte Gruppen anfangen, mehr Geld zu verlangen.

Wirtschaftsfaktor

Mit Geld hat auch eine weitere große Sorge zu tun – welche wirtschaftlichen Folgen wird der Abzug der UN haben? Dies ist eine Frage, die hauptsächlich die kleine Mittel- und Oberschicht in Dili betrifft, denn außerhalb der Hauptstadt war die ausländische Präsenz schon zu Hochzeiten der UNTAET eher spärlich. Auch mieten die ausländischen Mitarbeiter der UN und der internationalen NGOs nur selten Häuser der Unterschicht, kaufen selten auf den lokalen Märkten ein und beschäftigen für ihre Projekte größtenteils ausgebildete Fachkräfte mit Englisch- und Computerkenntnissen. Für die ausgebildete Mittel- und Oberschicht aber, deren Häuser von Ausländern zu inflationären Preisen gemietet werden, könnte der Abzug zu einer Zäsur werden. Dies könnte auch die derzeitige Wirtschaftspolitik des expansiven Konsumerismus der Regierung Gusmão ins Wanken bringen.

Für den Großteil der Bevölkerung jedoch, besonders auf dem Lande, wird der Abzug der UN wohl von geringer Bedeutung sein. Die weißen Jeeps mit den schwarzen Buchstaben »UN« sind über die Jahre ohnehin immer seltener geworden und finanziell hat sich die Präsenz der UN für die Bevölkerung auch nicht so richtig gerechnet. Laut der osttimoresischen NGO *La'õ Hamutuk* sind von den rund 5,6 Milliarden US Dollar, die an ausländischer Hilfe nach Osttimor geflossen sind, nur rund 10,6 % im Land geblieben. Dieses schwache Resultat hätte verhindert werden können, wenn die UN und internationale NGOs von Anbeginn wert darauf gelegt hätten, lokale Arbeitskräfte zu rekrutieren und lokale Produkte einzukaufen. Aber auch daran werden wohl die letzten zwölf Monate der UN Mission in Osttimor wenig ändern. ♦



UN-Vertreter beim Jahrestag der PNTL

Foto: Victoria Kumala-Sakti

Kampf gegen Windmühlen?

Gerechtigkeit und Aufarbeitung in Osttimor

von Monika Schlicher

Im Februar reisten der vorsitzende Berichterstatter der Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden der Vereinten Nationen (*United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances*, WGEID), Jeremy Sarkin (Südafrika), zusammen mit seiner Kollegin Jasminka Dzumhur (Bosnien und Herzogowina) nach Osttimor, um sich ein Bild davon zu machen, welche Anstrengungen der junge Staat unternimmt, Fälle von erzwungenem Verschwinden von Menschen aufzuarbeiten. Im Statut des Internationalen Strafgerichtshofes wird Verschwindenlassen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt. Nach Untersuchungen der nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR) sind von den mindestens 102.800 Opfern, die während des Konfliktzeitraums von 1974 bis 1999 in Osttimor zu beklagen sind, rund 18.600 Menschen gewaltsam getötet oder Opfer von Verschwindenlassen geworden. Mehrheitlich haben die indonesischen Sicherheitskräfte diese Verbrechen begangen, zu einem geringeren Teil Angehörige der Parteien in Osttimor. Einige schätzen die Zahl der Menschen, die Opfer von Verschwindenlassen wurden, in die Zehntausende. (s. SUARA 3/2010: Auf der Suche nach den Verschwindenen)

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat die Arbeitsgruppe 1980 eingerichtet und ihr die Aufgabe gegeben, Familien bei der Klärung des Schicksals ihrer verschwundenen Angehörigen zu unterstützen. Hierzu nimmt sie individuelle Beschwerden auf und tritt dann an die jeweiligen Regierungen heran. Sie ersucht Informationen und bewirkt, dass die Fälle untersucht werden. Aus Osttimor hat die Arbeitsgruppe seit ihrer Einrichtung 504 Beschwerden zu Fällen erhalten. 58 davon konnten auf der Basis von Informationen, die sie von der indonesischen Regierung erhalten hat, geklärt werden, 18 weitere fanden Aufklärung durch anderen Quellen. Die staatliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Territorialprinzip, und mit der Unabhängigkeit fallen die verbleibenden Fälle nun in den Aufgabenbereich von Osttimor.

Recht auf Wahrheit

Die Mitglieder der UN-Arbeitsgruppe trafen sich mit dem Präsidenten, diversen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, sie sprachen mit Richtern, dem Generalstaatsanwalt und dem Ombudsmann für Menschenrechte. Sie besuchten die Wahrheitskommission und reisten nach Suai, Baucau und Liquiça. Vertreter der Zivilgesellschaft wurden ebenso gehört wie Angehörige und Opfer. Viele Familien von Verschwindenen, so vernahmen sie, wollen die Wahrheit über das Schicksal ihrer Angehörigen erfahren und möchten wissen, wohin die Leichname gebracht wurden, damit sie diese nach ihrer Tradition und Kultur beerdigen können.

Das Recht auf die Wahrheit umfasst auch, dass die Angehörigen umfassend in den Prozess der Untersuchung einbezogen sind. Opfer und Opferorganisationen sollten in Osttimor viel stärker bei der Suche einbezogen werden und mehr Unterstützung erhalten, heißt es im vorläufigen Bericht der WGEID. Sie hält es für wichtig, dass Osttimor unverzüglich effektiv Maßnahmen ergreift, die ausstehenden Fälle von Verschwindenlassen zu untersuchen.

Die WGEID ist der Ansicht, dass es ohne effektive juristische Gerechtigkeit für schwere Verbrechen keinen anhaltenden Frieden geben wird, noch sich solche Verbrechen zukünftig verhindern lassen. Sie empfiehlt, die Kapazitäten bei Justiz und Polizei zu stärken. Das *Serious Crimes Investigation Team* (SCIT), das im Rahmen der UN-Mission UNMIT seit 2006 dem Generalstaatsanwalt bei der Untersuchung noch ausstehender Fälle von Menschenrechtsverbrechen in 1999 zur Seite steht, solle weiterhin ausreichend unterstützt werden und könnte auch über das zu erwartende Auslaufen der UN-Mission im nächsten Jahr die Arbeit weiterführen. Überdies müssen SCIT, Generalstaatsanwaltschaft und Gerichte stärker kooperieren. Das Recht auf Gerechtigkeit in Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit darf laut WGEID keinerlei Beschränkung erfahren.

Daher fordert sie die Regierung von Osttimor auf, Amnestien für Straftäter von derartigen Verbrechen aus dem Gesetzbuch zu tilgen.

Große Bedeutung misst die WGEID der Umsetzung der Empfehlungen der nationalen wie auch der bilateralen Wahrheitskommission zwischen Indonesien und Osttimor (CTF) bei. CTF hat ausdrücklich empfohlen, dass die beiden Regierungen bei der Suche nach Informationen über die Verschwundenen zusammenarbeiten und eine Kommission zu den Verschwundenen eingerichtet wird. Diese Thema solle bei der *Joint Ministerial Commission* zwischen den beiden Staaten weiter behandelt werden. Der Prozess müsse in konkrete und positive Ergebnisse für die Opfer münden.

Anerkennung und Unterstützung für die Opfer

Mit Freude begrüßt und erwartet die WGEID das Vorhaben, ein Institut des Erinnerns einzurichten und findet es lobenswert, dass dafür im Staatshaushalt 2011 bereits Mittel eingestellt sind. Mit der Einrichtung des Instituts werde ein enormer Schritt in Richtung Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit, Anerkennung und Ehrung der Opfer getan. Dem Institut fallen zentrale Aufgaben bei der Suche nach den Verschwundenen zu. Gleichfalls begrüßt die WGEID das zu verabschiedende nationale Programm für Reparationen, das symbolische und materielle Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern vorsieht.

Die Mission der UN-Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden nach Osttimor stärkt den Opfern, ihren Familien und den zivilgesellschaftlichen Organisationen den Rücken und hilft ihnen, auf ihre Rechte zu pochen. Die bislang vorgestellten Ergebnisse zeigen die Versäumnisse, Defizite und Schwächen des jungen Staates beim Umgang mit der belasteten Vergangenheit auf. Einen ausgearbeiteten Bericht wird die WGEID zu März 2012 dem UN-Menschenrechtsrat vorlegen. Ob sich die Regierung von Osttimor davon erwecken lässt und den Opferfamilien die nötige humanitäre Hilfe zukommen lässt, worum José Soares und

Antonio da Costa, deren Familienangehörige Menschenrechtsverbrechen zum Opfer fielen, die Vertreter der WGEID baten, muss leider bezweifelt werden. (Suara Timor Loro Sa'e, 15.02.2011)

Fehlender politischer Wille

Die politische Führung scheint sich von den Bedürfnissen der Opfer weit entfernt zu haben. Präsident José Ramos-Horta verkündete vollmundig, dass kein Politiker in Osttimor Gerichtsverfahren für Menschenrechtsverbrechen von 1999 befürwortet. Während NGOs wiederholt den UN-Sicherheitsrat aufforderten, das Mandat des Ermittlungsteams (SCIT) über das Jahr 1999 auf den gesamten Konfliktzeitraum von 1974 bis 1999 auszuweiten, hat Ramos-Horta öffentlich gegen die Arbeit von SCIT gewettert und dessen Schließung gefordert. Sein Wort hat Gewicht und daher fällt die Botschaft in der Politik und bei den Behörden vielerorts auf fruchtbaren Boden. Die Missachtung der Gewaltenteilung und die Einmischung in die Justiz sind in Osttimor hinlänglich deutlich, was auch in UN Berichten kritisch angemerkt wurde. Doch selbst wenn die Staatsanwaltschaft den politischen Willen hätte, Verfahren gegen die von SCIT ermittelten Personen zu eröffnen, so fehlt es im Justizwesen auf allen Ebenen an den nötigen Fachkenntnissen, um Prozesse über Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu führen.

Die im Bericht der WGEID geforderte Kooperation zwischen SCIT und Generalstaatsanwaltschaft könnte hier durch Wissenstransfer Abhilfe schaffen, doch bisher gibt es auf operationaler Ebene zwischen den Einrichtungen kaum bis gar keine Zusammenarbeit. Gleiches gilt für die Staatsanwaltschaft in Indonesien: Angeklagte werden weder ausgeliefert noch in Indonesien vor Gericht gestellt. Für die Staatsanwaltschaft ist das kein Thema; es steht gar nicht zur Debatte. So genießen die Täter in großer Mehrheit Straflosigkeit, und die Ermittler der SCIT in Osttimor werden bei ihren Untersuchungen von Opfern, Angehörigen und Bürgern gefragt, warum sie denn nicht mehr tun können. Dann



Gedenken an die Opfer von Suai, Mai 2000

Foto: Anna Voss

bleibt ihnen nur der Verweis auf die gewählten Volksvertreter.

Nach Informationen aus NGO-Kreisen hat die osttimoresische Regierung in der gemeinsamen Ministerkommission mit Indonesien einen Vorschlag zum Umgang mit den Verschwundenen vorgelegt. Doch Indonesien reagiere darauf zurückhaltend und zeige sich unwillig, sich damit zu befassen. Dabei könnte Osttimors Anliegen durchaus auch ein Beitrag zur besseren Achtung der Menschenrechte in Indonesien sein. Denn 13 Jahre nach dem erzwungenen Rücktritt von General Suharto haben auch Familien dort noch keine Aufklärung über das Schicksal ihrer gewaltsam verschwundenen Angehörigen erhalten. Doch angesichts Osttimors alles beherrschender »Vergeben und Vergessen«-Politik dürfte die indonesische Seite Schwierigkeiten damit haben, den Ruf nach Aufklärung überhaupt zu hören.

Parlament verweigert Opfern weiterhin die Anerkennung

Am 14. Februar stimmte das Parlament erneut dagegen, Beratungen zur Verabschiedung der Gesetze zu Reparationen und zur Einrichtung eines Instituts des Erinnerns (*Instituto da Memória*) aufzunehmen. Aufgabe dieser Einrichtung soll die Umsetzung der Empfehlungen der Nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission und der bilateralen Freundschaftskommission zwischen Indonesien und Osttimor sein (s. SUARA 2/2010). Die Debatte ist nun auf unbestimmte Zeit verschoben. 20 Abgeordnete stimmten für die Verschiebung, 9 dagegen und 10 enthielten sich. Insgesamt umfasst das Parlament 65 Sitze. Im September letzten Jahres hat das Parlament den Gesetzen im Prinzip zugestimmt, die Debatte zur Umsetzung jedoch vertagt. Dies ging auf einen Antrag der Veteranenpartei UN-DERTIM zurück, die zunächst mindestens 75% aller Veteranen im Programm für Pensionen aufgenommen sehen möchte.

Opferorganisationen haben mit Enttäuschung und Wut auf die Verweigerung ihrer Rechte reagiert, heißt es in der Presseerklärung des International Center for Transitional Justice (ICTJ) in Dili. »Es ist enttäuschend«, so Manuela Pereira von ICTJ, »dass es unserer politischen Führung, darunter Mitglieder des osttimoresischen Widerstandes gegen die indonesische Besatzung, so widerstrebt, die Opfer und Leiden der Bevölkerung während des Konfliktes anzuerkennen.«

»Unsere Politiker sind selbstsüchtig, sie denken nur an ihre eigenen Interessen und vergessen darüber die

Lebensbedingungen der Bevölkerung«, klagt José Luis Oliveira von der Menschenrechtsorganisation HAK. Die Entscheidung zeige, dass die Parlamentarier sich ihrer Verantwortung für die Opfer des Krieges nicht stellen wollen. (Radio Timor-Leste, 15.02.2011)

Das Judicial System Monitoring Programme (JSMP) hat das Parlament aufgefordert, die Debatte nicht weiter zu verschieben, die längst überfälligen Gesetze anzunehmen und damit zu Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Wahrheit für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen beizutragen. Die Opfer sollten nicht unterschiedlich behandelt werden, eine Gruppe nicht der anderen vorgezogen werden. (Diario Nacional, 16.02.2011)

Am 06. April gab es in Liquiça eine Gedenkveranstaltung zum 12. Jahrestag des Massakers in der Kirche. Viele Angehörige suchen noch heute nach dem Verbleib ihrer Lieben und fordern Aufklärung. Wiederholt appellierten Witwen an die Regierung, ihnen die nötige materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Der Appelle genug, rief die Nationale Vereinigung der Opfer des Krieges von 1974 – 1999 am 30. April zu einer friedlichen Protestveranstaltung vor dem Parlament auf. Sie forderte die Abgeordneten auf, die Gesetzesvorlagen endlich zu diskutieren und zügig umzusetzen. Das Ringen der Opfer um Anerkennung, Gedenken und Unterstützung darf kein Kampf gegen Windmühlen sein. ♦

Quellen:

United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances concludes visit to Timor-Leste, Dili, 14 February 2011, <http://www.ohchr.org>

International Center for Transitional Justice: Press Release, Timor-Leste: Parliament Denies Victims Justice Again, Dili/New York, February 16, 2011

Meinung:

Massaker in Osttimor: Liquiça 12 Jahre danach

von Fidelis Leite Magalhães

Am 06. April 2011 fand in Liquiça eine Gedenkveranstaltung zum 12. Jahrestag des Massakers in der Kirche statt. Pro-indonesische Milizen stürmten 1999 zusammen mit indonesischem Militär und Polizeikräften das Gelände der Kirche und massakrierten mindestens 60 Menschen. Einige der Überlebenden fanden zwei Wochen später, am 17. April 1999 den Tod, als Milizen das Haus des inzwischen verstorbenen Manuel Carrascalão in Dili angriffen, wohin sie sich geflüchtet hatten. Auch der jüngste Sohn von Herrn Carrascalão, Manuelito, war unter den Toten.

Die Menschen, die in der Kirche Zuflucht gesucht hatten, kamen aus dem Distrikt Liquiça und dem Subdistrikt Maubara. Sie hatten Schutz gesucht vor den systematischen Einschüchterungskampagnen der Pro-indonesischen Miliz Besi Merah Putih (BMP) und dem Militär (TNI). Gil Alves, der Sprecher der Pro-indonesischen Fraktion behauptete, die Milizen hätten lediglich auf Schüsse, die vom Kirchengelände abgefeuert worden seien, reagiert. Im Klartext rechtfertigte Gil Alves das Massaker als einen Akt der Selbstverteidigung. Heute, im unabhängigen Osttimor, ist er Minister für Handel und Wirtschaft.

Das Gedenken in Liquiça war schmerzlich, aber auch reinigend. Die Gemeinde kam zusammen, sie erinnerte sich und durchlebte für einen Augenblick die damalige Situation. Die Angehörigen der Helden müssen mit großem Schmerz umgehen - dem Kampf um die Erinnerung und gegen das Vergessen. Viele haben keinerlei Fotos mehr von ihren Angehörigen. Sie haben keine Gräber und wissen nicht, wohin die Leichen gebracht wurden. Dem nicht genug, benutzt der osttimoresische Staat seine politische Macht und fordert Vergebung ohne Wahrheit. Vergesst Gerechtigkeit!

Der Staatssekretär für die Angelegenheiten der Veteranen, Mario Reis, verkündete bei der Veranstaltung, dass die Regierung vorhabe, im ganzen Land Gedenkstätten zu Ehren der gefallenen Helden zu errichten. Si-

cher, es ist bedeutend, dass die Bevölkerung sich an die Vergangenheit erinnert und die Gefallenen ehrt, doch angesichts der Tatsache, dass die Regierung noch nicht einmal öffentlich an die Regierung von Indonesien herantritt und sie ersucht, die Orte zu identifizieren, wo man unsere »Helden« verscharrt hat, mutet es ironisch an. Die zukünftigen Erinnerungsstätten werden mit wenig Wertschätzung für die Gefallenen gebaut.

Bis zum heutigen Tag hat es die Regierung nicht einmal geschafft, von Indonesien Auskunft über den Verbleib von Nicolau Lobato, nach dem zu Ehren nahezu alle öffentliche Einrichtungen benannt sind, zu erhalten. Er war der erste Premierminister des Landes und wurde am 31. Dezember 1978 ermordet.

Der osttimoresische Staat, der heute von seinen Kameraden geführt wird, hat im Zuge der Normalisierung der Beziehungen mit Indonesien nicht die Courage gehabt, Informationen über den Verbleib von Gefallenen und Verschwundenen als eine Bedingung mit aufzunehmen. Die Normalisierung wurde ohne jegliche Vorbedingungen vollzogen. Osttimor hat viel zu schnell eingelenkt. Nun ist es offensichtlich, dass die Regierung ihren moralischen Anspruch verloren hat und es hat vielmehr den Anschein, als sei sie die Hauptverteidigerin von Indonesiens Menschenrechtsverbrechen. Osttimors Regierung verhält sich gegenüber Indonesien, als sei sie deren PR Firma. Nicht nur, dass sie versucht Indonesien von seiner Rolle, die es in unserem Land gespielt hat, zu entlasten, sie tritt auch noch aktiv für die Aufhebung von Militärsanktionen ein, die andere Staaten gegenüber Indonesien wegen seiner Menschenrechtsbilanz verhängt haben.

Es ist an der Zeit, die Strategie der Außenpolitik neu zu überdenken. Wir brauchen ein offenes diplomatisches Engagement. Die Macher der Außenpolitik sollten von der nationalen Wählerschaft in die Verantwortung genommen werden. Die Gestaltung der Außenpolitik kann nicht einigen wenigen der politischen Elite

überlassen werden. Das Thema Wahrheitsuche sollte wieder auf den Tisch zurück gepackt werden. Das wäre mehr als angemessen. Indonesien sollte diese Forderung schlucken können. Schließlich hat Indonesien durchaus Interessen in Osttimor und eine Verschlechterung des Verhältnisses ist auch nicht in seinem Sinne. Es sollte ebenfalls im Interesse von Indonesien sein, Auskunft über den Verbleib der gefallenen Helden und die wahrhaften Umstände ihres Todes zu geben. Das würde Indonesiens Auffassung unterstreichen, dass sich das Land gewandelt hat und heute weit entfernt ist von dem Indonesien vor der *Reformasi*-Ära.

2009 habe ich gemeinsam mit Bischof Gunnar Stalsett, dem früheren Vizevorsitzenden des Friedensnobelpreiskomitees und Norwegens Sonderbeauftragter für Osttimor, den *National Consensus Dialogue* (Nationaler Dialog zur Verständigung) zu Wahrheit und Gerechtigkeit eingerichtet. Das Programm zielte darauf ab, über die Parteipolitik hinaus einen Konsens zu diesen gewichtigen Fragen von nationalem Interesse zu finden und Politik und Zivilgesellschaft miteinander in Dialog zu bringen. Die Einführungsveranstaltung wurde von den Mitgliedern der Regierung und der Parteien rege angenommen. Auf der dreitägigen, nicht-öffentlichen Konferenz wurden viele Themen wie Gerechtigkeit, Erinnerungsarbeit und die Nachfolgeorganisation für die Wahrheitskommission diskutiert. Nun höre ich, dass die beiden dazu nötigen Gesetze (zu Reparationen und zur Einrichtung des *Instituto da Memória*, Anm. Red.) im Parlament noch immer darauf warten, debat-

tiert zu werden. Viel ist nicht erreicht worden.

Ich zweifle mehr und mehr, ob der Ansatz, auf einen Konsens hinzuarbeiten, die beste Lösung ist. Ich denke, optimal wäre es, die anstehenden Wahlen 2012 zu nutzen. Wenn wir die Wahrheit ans Licht bringen und Aufklärung darüber wollen, wo unsere Toten vergraben sind, dann brauchen wir eine neue Regierung. Eine, die willens ist, Indonesien öffentlich um die nötigen Informationen zu ersuchen. Dazu sollten bei den Wahlen alle Organisationen und Bürger, denen dies ein Anliegen ist, die Parteien drängen, damit sie dieses Thema auf die Liste ihrer Prioritäten setzen. Osttimors Außenpolitik sollte von anderem Charakter sein. Auch wenn das bedeutet, dass wir im Umgang mit Indonesien einen anderen Ansatz wählen. Wir können nicht weiterhin in Erinnerungslosigkeit leben. Das ist das mindeste, was wir für unsere Helden tun können, wenn wir es für wert erachten, sie zu ehren. Jetzt ist die Zeit! Wir sollten nur Parteien wählen, die versprechen, die sterblichen Überreste unserer gefallenen Helden ausfindig zu machen. ♦

Fidelis Leite Magalhães war Leiter des National Consensus Dialogue sowie früherer Berater des Präsidenten.

Deutsche Übersetzung von Monika Schlicher

ASEAN:

Osttimor möchte dazugehören

von **Monika Schlicher**

Alle Politiker in Osttimor und Indonesien, behauptete Präsident José Ramos-Horta, hätten entschieden, dass es keine Gerichtsverfahren für die Menschenrechtsverbrechen von 1999 geben soll. »Experten von Universitäten oder den Vereinten Nationen können dazu reden, was immer sie wollen, das ist ihr Recht. Aber von 1999 bis heute sagen alle Politiker, wir möchten nach Vorne schauen und nicht zurück. Wie wir sehen, entwickeln sich die Beziehungen zwischen Indonesien und Osttimor sehr gut. Indonesien unterstützt Osttimor in vielerlei Hinsicht, insbesondere bei der Mitgliedschaft in der ASEAN. Dies ist das Er-

gebnis von politischer Reife und den Visionen der Staatsführer.« (Diario Nacional, 21.02.2011)

Antrag auf Mitgliedschaft

Ramos-Horta möchte international dazugehören. Osttimor soll ein gleichwertiger Partner in der Region sein. Die Rufe seiner Landsleute nach Gerechtigkeit für die Menschenrechtsverbrechen während der Besetzung durch Indonesien stoßen bei ihm auf taube Ohren. »Wir wünschen, ASEAN innerhalb kürzest möglicher

Zeit beizutreten«, erklärte er bei der Einweihung des Nationalen ASEAN Sekretariats in Dili vor zwei Jahren, am 02. Februar 2009 ungeduldig. Nun, Anfang März, beim 5. Treffen der *Joint Ministerial Commission* zwischen Indonesien und Osttimor übergab Außenminister Zacaria Da Costa seinem indonesischen Counterpart, Marty M. Natalegawa den Antrag auf Mitgliedschaft. Das Timing war klug gewählt, denn Indonesien führt bei ASEAN zur Zeit den Vorsitz. Bereitwillig breitet die einst verhasste Besatzungsmacht ihre Flügel aus, nimmt den kleinen Nachbarn unter ihre Fittiche und schwingt sich auf zu dessen Fürsprecher.

Auch Premierminister Xanana Gusmão nutzte seinen Staatsbesuch in Indonesien Ende März und ließ sich von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono unterstützen. Gleichfalls stattete er dem ASEAN-Sekretariat einen Besuch ab und warb auch dort für eine rasche Aufnahme Osttimors in den Verbund. Doch es gibt Vorbehalte innerhalb der ASEAN. Allen voran das reiche Singapur spricht sich weiterhin gegen eine Aufnahme Osttimors aus. Es fürchtet, ASEAN könne mit der Aufgabe, Osttimor zu integrieren, das große Ziel verfehlen, den zu 2015

anvisierten einheitlichen Markt ohne Handelsbegrenzungen einzurichten. Schon jetzt hinken einige Staaten ihren Aufgaben hierbei hinterher. Damit riskiere man, dass die Region zwischen Indien und China unerheblich wird.

Stabilität und Sicherheit sind weitere Bedenken. Eben noch drohte Osttimor auseinanderfallen. Obgleich es seit 2008 relativ ruhig war, wird sich erst mit dem Abzug der internationalen Truppen, die 2006 zur Stabilisierung geschickt worden waren, zeigen, ob Polizei und Militär ihren Aufgaben gerecht werden. Auch wirtschaftlich wäre Osttimor noch hinter Laos das schwächste Land im Verbund, so dass die Sorge besteht, es könne eher zu einer Bremse und Belastung werden.

Bereit für den Beitritt?

Es lässt sich dagegen halten, dass Osttimor als Mini-Staat wenig Einfluss auf die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Integrationsprozesses haben wird, dass die ASEAN Erfahrung mit der Entwicklung von wirtschaftlich schwachen Ländern habe, und dass die Unruhen in Osttimor Geburtswehen waren. Doch nicht nur die ASEAN muss bereit sein, das junge Land in seinen Kreis zu holen. Wichtig ist vor allem die Frage, inwieweit Osttimor selbst tatsächlich bereit für den Beitritt ist und die damit verbundenen Pflichten tragen

kann. Selbst Ramos Horta räumte unlängst noch ein, dass sein Land weit davon entfernt sei, alle mit einem Beitritt verbundenen Aufgaben erfüllen zu können. Um den Prozess anzuschieben, bat er bei den internationalen Partnern um finanzielle und vor allem personelle Unterstützung. Auch scheint das Thema ASEAN bisher nicht in allen politischen Institutionen Osttimors von gleich hohem Stellenwert zu sein. Doch eines der größten Entwicklungshemmnisse in Osttimor ist sein eklatanter Mangel an Fachkräften und damit verbunden, die anhaltende



Xanana Gusmão trifft ASEAN-Generalsekretär Surin Pitsuwan

Foto: Jörg Meier

Schwäche seiner Institutionen und Behörden. Qualifizierte Ausbildung aber braucht Zeit, Förderung und auch die nötigen Bildungseinrichtungen. Der Beitritt zur ASEAN setzt aber ausreichend Fachpersonal in den Ministerien voraus. Das Land ist nicht nur gefordert, die nationale Gesetzgebung den zahlreichen Verträgen, Gesetzen und Richtlinien der ASEAN anzupassen, sondern auch sich an den rund 1.000 Sitzungen und Konferenzen des Verbandes in den vielfältigsten Sektoren einzubringen. Englisch, die Arbeitssprache der ASEAN, will beherrscht sein. Gleichfalls ist eine diplomatische Vertretung in allen ASEAN-Staaten gefordert. Osttimor hat bislang Botschaften in Jakarta, Bangkok, Manila und Kuala Lumpur. Die Botschaft in Thailand ist gleichzeitig zuständig für Laos und Kambodscha, die in Malaysia für Vietnam und Myanmar. Auch hierzu braucht es die nötige personelle Kapazität.

Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung?

Osttimor ist neben Papua Neuguinea, welches ebenfalls gerne Mitglied werden möchte, das einzige Land in Südostasien, das noch nicht Mitglied von ASEAN ist. Geographisch gesehen macht ein Beitritt viel Sinn: das Land verortet sich in seiner Region, bekommt Zugang und beteiligt sich an der Entwicklung. Gemeinhin wird bei den Diskussionen über den Beitritt in den Raum gestellt, dass dieser zur wirtschaftlichen Entwicklung Osttimors beitragen werde. Worauf sich dies begründet, bleibt indes dahingestellt. Bis zum heutigen Tag, so mahnt die lokale NGO La'o Hamutuk an, fehlt es der Regierung an einer realistischen Vision für den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und demzufolge auch an einer Politik, wie diese am besten zu erzielen sei. Ohne klare Vision und Politik sei es schwerlich einschätzbar, ob eine Mitgliedschaft bei ASEAN die lokale Wirtschaft eher unterstützen oder untergraben würde. (La'o Hamutuk: ASEAN and Free Trade, 18.10.2010)

Der Großteil der osttimoresischen Bevölkerung, rund 75% der Erwerbstätigen, lebt von der auf Subsistenzwirtschaft ausgerichteten Landwirtschaft. Er kämpft mit einer schwachen Infrastruktur, hohen Transportkosten, den defizitären Strukturen der Märkte und billigen, teils subventionierten Nahrungsmittelimporten. Osttimor bemüht sich um Auslandsinvestitionen und versucht den Privatsektor auszubauen. Doch das Lohnniveau ist hoch, bedingt durch die internationale Präsenz und den Dollar als Währung. Dagegen ist die Produktivität gering, Fachkräfte sind rar und Korruption, politische Einflussnahme sowie Rechtsunsicherheit schaffen ein schlechtes Investitionsklima. Durch die isolierte Lage schlagen hohe Transportkosten zu Buche. Was hat das Land anzubieten, was der große Nachbar Indonesien nicht günstiger liefern könnte? Im internationalen Wettbewerb sind arme, kleine Inselstaaten deutlich be-

nachteiligt. 2008 hat Osttimor die Ein- und Ausfuhrzölle sowie Gewinnsteuern gesenkt. Sie zählen nun mit zu den geringsten weltweit. Niedrigere Steuern bedeuten für den Konsumenten nicht automatisch einen niedrigeren Preis, wohl aber weniger Einkünfte für den Staat. Mittel, so La'o Hamutuk, die dem Staat wiederum beim Aufbau seiner Wirtschaft dienlich wären und zudem die Abhängigkeit vom Öl- und Gassektor verringern würden.

Viel Einfuhr – kaum Ausfuhr

Osttimors Außenhandel, Öl und Gas ausgenommen, wird auf nicht absehbare Zeit von einem Defizit geprägt bleiben. Die Ausfuhr anderer Waren hatte 2010 nur einen Umfang von 11 Mio. US Dollar, zu 98% handelte es sich hierbei um Kaffee für die beiden Hauptabnahmeländer Deutschland und die US. Dem gegenüber standen Einfuhren im Wert von 575 Mio. USD, wovon gut die Hälfte auf Importe aus Indonesien entfällt (Zahlenangaben des Auswärtigen Amtes). Als Mitglied der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Country*) erhält Osttimor für seine Exporte Zollbegünstigungen. Gleichfalls besteht dadurch für das Land auch beim Beitritt zur ASEAN die Möglichkeit, vom Freihandelsabkommen AFTA ausgenommen zu werden.

Osttimor sollte sich erst einer kohärenten Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik zuwenden, die abgestimmt ist auf die

Gegebenheiten und Bedürfnisse des Landes. Das könnte Orientierung bieten für eine Kosten-Nutzen Analyse zur Frage eines schnellen ASEAN Beitritts. Früher oder später wird Osttimor Mitglied in der ASEAN werden. Trotz der jetzigen diplomatischen Anstrengungen ist mit einem raschen Beitritt allerdings kaum zu rechnen. ♦



Markt in Maliana

Foto: Monika Schlicher

Osttimors mächtige Nachbarn

Die Beziehungen zu Australien und Indonesien

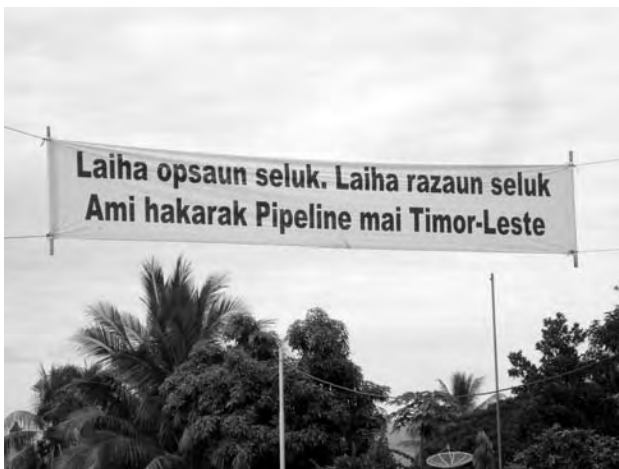
von Henri Myrntinen & Monika Schlicher

Beziehungen zu Australien

Die Beziehungen zwischen Australien und Osttimor werden momentan vor allem von zwei Themen bestimmt, bei denen seit Monaten eine Pattsituation herrscht: *Woodside* und das geplante australische Aufanglager für Asylbewerber. Bei beiden Themen und auf beiden Seiten hat man auf Stur geschaltet. Es ist weder die Erfüllung von Maximalforderungen noch eine Kompromisslösung in Sicht.

Woodside. Vorteil Australien?

Die unter dem Chiffre »Woodside« geführte Debatte dreht sich um die Öl- und Gasvorkommen im sogenannten Timor Gap zwischen Australien und Osttimor. Obwohl Osttimor bereits seit 2007 Gelder aus den Vergütungen für die Nutzungsrechte dieser Vorkommen bezieht, kann die australische Firma Woodside, die den Zuschlag für die Förderung bekommen hatte, die Rohstoffe bisher nicht verwerten, da noch immer die Frage ungeklärt ist, wo deren Weiterverarbeitung stattfinden



»Es gibt keine andere Wahl, es gibt da nichts zu diskutieren, wir wollen die Pipeline nach Timor«,
Transparent in Dili

Foto: Monika Schlicher

soll. Während Woodside aus wirtschaftlichen Gründen eine Verarbeitung auf einer Offshore-Plattform als beste Option ansieht, besteht die osttimoresische Regierung auf dem Bau einer Raffinerie an der Südküste ihres Landes. Die osttimoresische Seite sieht dies als unabdingbar für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an und wertet die ablehnende Haltung von Woodside als ein weiteres Beispiel für australische Arroganz und Raffgier.

Um Druck aufzubauen, spekulieren osttimoresische Regierungsmitglieder schon mal öffentlich über eine Aufkündigung der Verträge mit Woodside und dem Anwerben von anderen Investoren, so z.B. Agip aus Italien oder Petronas aus Malaysia. Rechtlich und politisch aber scheint Woodside die besseren Argumente zu haben. Es ist schwer vorstellbar, dass Osttimor Woodside dazu zwingen könnte, eine für die Firma wirtschaftlich potentiell sehr ungünstige Option zu verwirklichen, ohne Vertragsbruch zu begehen. Auch im Falle, dass die Regierung dieses tun könnte, wäre der Imageschaden groß. Andere potentielle Investoren könnten sich abgeschreckt fühlen, was der sonst eher investorenfreundlichen Politik der Gusmão-Regierung einen Dämpfer versetzen würde. Ungeachtet der trotzigen Verlautbarungen sind der Regierung die Hände gebunden und der Vorteil liegt eher bei Woodside – es sei denn, die osttimoresische Seite geht aufs Ganze und verprellt den australischen Investor.

Asyllager. Vorteil Osttimor?

Das zweite große Thema in den bilateralen Beziehungen hat seine Wurzeln in der australischen Innenpolitik. Um im Wahlkampf letztes Jahr beim Thema Flüchtlingspolitik nicht als »zu lasch« dazustehen, verkündete Premierministerin Julia Gillard voreilig, man habe sich mit Osttimor darauf geeinigt, dort ein australisches »Offshore«-Internierungslager für Bootsflüchtlinge zu errichten. Die Idee führte innerhalb ihrer Labor-Partei zu heftigen Diskussionen, denn sie sah der »Pacific Solution«-Politik des ehemaligen konservativen Premier John Howard sehr ähnlich. Die Howard-Regierung hatte 2001-2007 einen ähnlichen Plan umgesetzt, der da-

mals von Labor als menschenunwürdig kritisiert und nach dem Regierungswechsel 2007 abgeschafft wurde.

Ungeschickterweise hatte Gillard es auch versäumt, den Plan mit den zuständigen Instanzen in Osttimor zu besprechen. Die vermeintliche »Zusage« bestand aus einem Telefonat mit Präsident Ramos-Horta, der keine Befugnisse hat, in dieser Sache Entscheidungen zu treffen. Ein verschnupfter Premierminister Xanana Gusmão lässt seitdem die australische Seite bei diesem Thema abblitzen, das osttimoresische Parlament hat gegen den Plan gestimmt und Ramos-Horta versucht zurückzurudern. Trotz dieser Reaktionen hält die australische Regierung weiterhin an der offiziellen Linie fest, dass noch nichts entschieden sei und dass es in Osttimor ein breites Spektrum an Ansichten zu dem Lager gebe. Letzteres stimmt allerdings nur teilweise, denn das Spektrum an Meinungen in der osttimoresischen Debatte reicht bisher nur von Desinteresse bis zur kompletten Ablehnung.

Je länger die Pattsituation andauert, um so wahrscheinlicher wird es, dass keine von beiden Seiten ihr Ziel erreichen wird, dass weder Osttimor seine Raffinerie noch Australien sein Auffanglager bekommt. Der Schaden für die bilateralen Beziehungen könnte jedoch groß sein. Vor allem die osttimoresische Seite sieht beide Debatten als bezeichnend für Australiens »neokoloniale Arroganz« in der Region. Während in der öffentlichen Debatte in Australien beide Themen separat behandelt werden und wenig Interesse wecken, werden sie in Osttimor häufig miteinander verknüpft. Vereinfacht lautet die Argumentation »die Australier gönnen uns weder unser Öl noch die Raffinerie, aber sie wollen unser Land als Abstellplatz für ihre unerwünschten Flüchtlinge nutzen.« Die resultierende Anti-Haltung auf osttimoresischer Seite führt dazu, dass die Regierung verstärkt auf der Ausschau nach anderen Partnern ist – seien es China, ASEAN oder die pazifischen Nachbarn in der Melanesian Spearhead Group.

Beziehungen zu Indonesien

Mit einer Entourage von 50 Leuten, darunter zahlreiche Minister und der Generalmajor der Streitkräfte, reiste Xanana Gusmão vom 22. bis 25. Mai zum Staatsbesuch nach Jakarta. Ziel war die Verbesserung der bilateralen Kooperation, so Xanana gegenüber tempointeraktif.com. Er betonte die starken Bindungen zwischen Indonesien und Osttimor. Beim Empfang durch Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) waren auf indonesischer Seite gleichfalls etliche Minister zugegen. Xanana und Yudhoyono wohnen der Unterzeichnung von fünf *Memoranda of Understanding* durch die jeweils zuständigen Minister bei. Die Abkommen wurden geschlossen über Dezentralisierung und Technische Zusammenarbeit, Marine und Fischerei, Tourismus, Infrastruktur, Handel, Bildung und Trainingsprogramme für Diplomaten sowie über den Aufbau von Kapazitäten

in der öffentlichen Verwaltung. Bei einem Empfang in freundlicher Atmosphäre verständigten sich die Politiker darauf, die noch ausstehenden drei offenen Grenzfragen zügig zu lösen. Die Diskussionen wurden von indonesischer Seite als sehr produktiv bezeichnet. Sie würden unterstreichen, dass die beide Staaten bereit sind, in der Kooperation weiter fort zu schreiten. »Wirtschaftliche Kooperation ist entscheidend, um Infrastruktur, Handel und Tourismus in Osttimor zu entwickeln«, so Teuku Faizasyah, Sprecher des Präsidenten für internationale Beziehungen. Indonesien sei bereit, im Öl- und Gassektor zu investieren. Dem vorausgegangen war die Einladung der osttimoresischen Regierung, sich doch stärker für Investitionen aus Indonesien einzusetzen. Dem kam Indonesien gerne nach. Osttimor wiederum möchte für seine Marine zwei schnelle Patrouillenboote vom Schiffsbauunternehmen PT PAL zu je 20 Millionen US Dollar kaufen. Hierzu bat das Land um einen Exportkredit, auch dazu ist die Regierung von Indonesien bereit. Gleichfalls hat Osttimor Interesse daran bekundet, die militärische Kooperation zu verstärken und möchte Offiziere an Indonesiens militärischen Instituten ausbilden lassen.

Und selbstredend war auch Osttimors Antrag auf Mitgliedschaft bei ASEAN Thema. SBY versicherte Xanana volle Unterstützung und brachte dies gegenüber der Presse klar zum Ausdruck: »Es ist an der Zeit, dass Osttimor Teil von ASEAN wird« (Jakarta Post, 23.03.2011). In Begleitung von seinen Außen- und Wirtschaftsministern sowie dem Botschafter für Indonesien stattete Xanana Gusmão dem ASEAN-Sekretariat einen Besuch ab und warb für die Aufnahme seines Landes in die Gemeinschaft. Surin Pitsuwan, Generalsekretär der ASEAN, empfing die Gäste herzlich. Des weiteren nahm Premierminister Xanana am *International Defense Dialogue* teil, der vom Verteidigungsministerium und der Universität für Verteidigung ausgerichtet wurde und zu dem hochrangige Delegationen aus 30 Ländern anreisten.

Mit dem Staatsbesuch unterstrich der Premierminister, dass die Beziehungen zu Indonesien als direkter Nachbar für Osttimor von hoher Priorität sind. Für beide Regierungen ist das Kapitel der belasteten Vergangenheit mit Beendigung der Arbeit der Freundschafts- und Versöhnungskommission abgeschlossen. Beide fokussieren auf die Normalisierung und den Ausbau der Beziehungen. Osttimor ist dabei, sich in seinen Außenbeziehungen in der Region breiter aufzustellen. Damit balanciert es den starken Einfluss von Australien aus, wie sich auch in der militärischen Kooperation mit Indonesien zeigt. Weil Australien eher zurückhaltend auf den Wunsch der osttimoresischen Regierung nach dem Aufbau einer Marine reagiert hat und mit ihrem *Pacific Patrol Boat Program* für Osttimors Geschmack viel zu viele Bedingungen verknüpft waren, kommen andere Player ins Spiel: China, Südkorea und jetzt Indonesien. ♦

Einheit in Vielfalt oder Mehrheit in Einfalt?

Die Unterdrückung der Religionsfreiheit bedroht die Grundfesten der Republik Indonesien

von Alex Flor

Die größte Gefahr für den Fortbestand der Republik Indonesien ist die Republik Indonesien. Keine fremde Macht wäre in der Lage, dem Land soviel Schaden zuzufügen, wie es religiös und nationalistisch verblendete PolitikerInnen des eigenen Landes tun. Indonesien rühmt sich als Hort der harmonischen Koexistenz der Religionen. Stattdessen wird der Radikalisierung Vorschub geleistet und kaum eine Stimme verurteilt brutale Morde an Andersgläubigen.

Es bedurfte keiner prophetischen Fähigkeiten, als unsere Autorin Samia Dinkelaker vor fast drei Jahren schrieb, der Umgang mit der Ahmadiyah werde sich zum Testfall für die junge Demokratie Indonesiens entwickeln (SUARA, Nr. 2/2008). Der Test ging gründlich daneben.

Der Staat schaut tatenlos zu, wie ein islamischer Mob die Anhänger des »falschen Propheten« immer gnadenloser verfolgt. Das »Vergehen« der Ahmadiyah ist, dass sie Mirza Ghulam Ahmad, den Begründer der Glaubensgemeinschaft, als Propheten verehrt. Für Muslime der traditionellen Glaubensauffassung ein Sakrileg, denn nach ihrer Lesart darf es nach Mohammed keinen weiteren Propheten geben. Die Selbstverkündung des Mirza Ghulam Ahmad, der sich 1890 als der Mahdi und Messias gleich mehrerer Weltreligionen – neben dem Islam auch des Christentums, des Judentums und des Hinduismus – bezeichnete, mag indes nicht nur für traditionelle Muslime schrill anmuten. Besonders schwer erträglich ist für sie allerdings, dass sich die Ahmadiyah ausdrücklich als eine Glaubensrichtung des Islam versteht, obgleich sie nirgendwo auf der Welt als solche anerkannt ist.

Wissenschaftler mögen über den Wortlaut der Schriften und ihre tatsächliche Bedeutung streiten. Doch eine solche vernunfts- und wissenschaftsgeleitete Erörterung von Glaubensfragen wäre ein weiterer Tabubruch, der nur weiteren Schaden anzurichten drohte. Zwar gebietet der Islam den *Idschtihad*, in etwa das ständige

Neuüberdenken der Interpretation der Schriften und deren Anwendung auf die Rechtsfindung. Doch selbstverständlich darf *Idschtihad* nur durch islamische Rechtsgelehrte und keineswegs durch unabhängige, möglicherweise gar ungläubige Wissenschaftler erfolgen.

Das Ende der Fahnenstange ist meist schnell erreicht, wenn man mit gläubigen Muslimen Fragen ihrer Religion diskutieren möchte. »Bist du Muslim? Betest du?«, wird man gefragt. »Wenn nein, dann kannst du nicht mitreden. Es ist schließlich unser Glaube, nicht deiner.« Das klänge plausibel, wenn denn innerhalb der Religion selbst solche Fragen diskutiert werden dürften. Doch wer sich bereits zum Islam bekennt, hat einfach zu glauben. Fragen oder gar Zweifel sind da nicht angebracht.

Dennoch müssen sich auch Strenggläubige zumindest die Frage stellen lassen, ob es wohl möglich ist, einem anderen den eigenen Glauben aufzuzwingen? Was kann ich tun, wenn meine Überzeugungskraft nicht ausreicht, um jemanden von einem Glauben abzubringen, den ich selbst als völlig falsch, vielleicht sogar als beleidigend empfinde? Überzeugungen, Gefühle und Geschmäcker lassen sich nicht diktieren. Wenn meine Lieblingsfarbe Blau ist, mag man vielleicht durch Zwang erreichen, dass ich mich öffentlich zur Farbe Grün bekenne. In meinem Innern werde ich dennoch weiterhin Blau bevorzugen.

Religion als vorgeschobenes Argument

Tatsächlich – zum Glück? – geht es in der aktuellen Auseinandersetzung nur am Rande um religionstheoretische Fragen. Die Ahmadiyah ist seit 1924 auf dem Territorium des heutigen Indonesien aktiv. Über mehr als 80 Jahre hinweg war sie geduldet, seit 1945 auch von der unabhängigen Republik. Es fällt schwer zu verstehen, warum die angebliche Abweichung von der wahren Lehre erst in den letzten Jahren plötzlich zum Problem geworden sein soll. Die Antwort kann nicht alleine in der Religion zu finden sein. Es scheint um Fragen der Politik zu gehen. Um Macht. Und nebenbei um das Funktionieren der Demokratie: Wie hält es der Staat mit der im Grundgesetz von 1945 verbrieften Religionsfreiheit?

Man WILL Indonesien als Vorbild begreifen

Zu fragen ist darüber hinaus, wie die internationale Gemeinschaft auf Verletzungen der Glaubens- und Religionsfreiheit sowie auf tätliche Angriffe reagiert, bei denen Menschen getötet werden, deren einziges Vergehen es war, einem abweichenden Glauben anzuhängen. Indonesien hat erfreulicherweise vor einigen Jahren den Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und zivile Rechte ratifiziert. Die internationale Gemeinschaft muss nun darauf drängen, dass die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen auch eingehalten werden!

Warnungen von Nichtregierungsorganisationen, Glaubensgemeinschaften und politischen Beobachtern über einen sich in Gang befindlichen fundamentalen Wandel der Religionslandschaft Indonesiens fanden und finden, trotz - oder gar wegen? - offensichtlicher Radikalisierungstendenzen unzureichend Gehör. Ungeachtet der Erfahrung von religiös aufgeladenen bürgerkriegsähnlichen Konflikten auf den Molukken und in Poso, trotz Terroranschlägen mit hunderten von Opfern möchte man Indonesien weiterhin als Hort des friedlichen Zusammenlebens der Religionen sehen. Als Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung von weit über 200 Mio. Menschen und ebenfalls gewichtigen religiösen Minderheiten fällt Indonesien eine Schlüsselrolle zu, die in der Tat entscheidend sein könnte für das künftige Zusammenleben der Religionen weltweit.

So war es sicher kein Zufall, dass US-Außenministerin Hillary Clinton auf ihrer ersten Auslandsreise Indonesien besuchte. »Ich habe über die Bestrebungen hier in Indonesien gehört, die Tradition eines toleranten [...] Islam fortzuführen. Man hat mich daran erinnert, wie sehr dies einer der wichtigsten Beiträge ist, den Indonesien erbringen kann – nicht nur in der islamischen Welt, sondern auf der ganzen Welt«, erklärte Frau Clinton in ihrer Rede vor Gästen in Jakarta (18.02.2009). Auch Präsident Obama lobte bei seinem Besuch im No-

vember 2010 den »Geist der religiösen Toleranz« als »Beispiel gebend für die Welt«.

Fast zwanghaft scheint man sich an ein Bild der interreligiösen Harmonie zu klammern, wie es unter der Diktatur Suharto geprägt wurde. Die *Neue Ordnung* gab keinen Raum für religiös oder ethnisch bedingte Auseinandersetzungen. Die auch nur vermeintliche Anstiftung solcher als SARA (*suku, agama, ras dan antar golongan*) bezeichneten Konflikte war praktisch gleichbedeutend mit Subversion und höchst gefährlich. Scharfmacher wie der Islamprediger Abu Bakar Baasyir mussten das Land verlassen und fanden Exil im benachbarten Malaysia. Islamische Parteien wie



Demonstranten fordern Auflösung der Ahmadiyah

Foto: Samiaji Rinjani

Masyumi waren verboten und islamisch-motivierte Secessionsbewegungen wie *Darul Islam* in den Untergrund gedrängt. Ausgerechnet diese zum Teil offen demokratiefeindlichen Kräfte gehören heute zu den größten Gewinnern der neuen demokratischen Freiheiten, die sie im Zweifelsfall auch mit größter Selbstverständlichkeit einzuklagen und zu verteidigen wissen.

Derweil hält der Staat an der alten Rhetorik fest: die Religionen Indonesiens leben in Frieden und Harmonie miteinander. Die Kathedrale von Jakarta und die größte Moschee des Landes stehen nach wie vor in direkter Nachbarschaft und teilen sich sogar denselben Parkplatz (für manche Deutschen sicher ein wahrhaftes Zeichen gegenseitiger Toleranz). Die beiden islamischen Massenvereinigungen Muhammadiyah und NU sind die größten der Welt und vertreten einen moderaten Islam. Westliche Beobachter sehen diese Selbstdarstellung in Gesprächen mit Vertretern der beiden Gemeinschaften bestätigt. Und einige der Belesenen glauben Bruchstücke aus »*The Religion of Java*«, dem Klassiker von Clifford Geertz, wiederzuerkennen: nach dieser Lesart ist der *abangan*-Islam nicht so streng am Buchstaben der Schriften orientiert, sondern kombiniert vielmehr die Lehre des Propheten mit alteingesessenen Bräuchen mythischen und hindu-buddhistischen Ursprungs mit dem Ergebnis einer bis heute toleranten Praxis des Islam. Als Beweis für die Richtigkeit dieser

Thesen gilt das verhältnismäßig schwache Abschneiden der islamischen Parteien bei den Wahlen.

Die interreligiöse Harmonie im Stresstest

Das alles ist nicht völlig verkehrt. Es war jedoch eine zumindest teilweise schon immer verzerrte Sicht der Dinge und lässt zudem außer Acht, dass sich auch in Indonesien das Rad der Geschichte weiter dreht. Wenn Indonesien das friedliche und harmonische Zusammenleben der Religionen für sich in Anspruch nimmt und die Verfassung gar Religionsfreiheit gewährt, so beschränkte sich selbige in der Praxis viele Jahre lang auf lediglich fünf, neuerdings auf sechs anerkannte Religionen: Islam, evangelisches und katholisches Christentum, Hinduismus, Buddhismus und neuerdings Konfuzianismus. Jede und jeder MUSS eine Religion haben; Atheismus ist nicht erlaubt. Auch Juden, Yeziden, Shintoisten, Baha'i und viele andere sind schlicht nicht vorgesehen. Eine Shintoistin aus Japan, die in Indonesien heiraten möchte, ist somit gezwungen, ihrem Glauben zu entsagen oder sich als Buddhistin zu bezeichnen. Zigtausende von indonesischen Bürgerinnen und Bürgern, die einem animistischen Glauben angehören, können nicht die vollen staatsbürgerlichen Rechte genießen, nur weil sie nicht einer der anerkannten Glaubensrichtungen zugehören.

Der Gipfel der Absurdität ist jedoch, dass einerseits zwischen evangelischen und katholischen Christen unterschieden wird, während andererseits keine Unterscheidung zwischen verschiedenen muslimischen Denominationen gemacht wird. Ein orthodoxer Christ aus Syrien, der die indonesische Staatsbürgerschaft anstrebt, wird also vor die Wahl gestellt, sich entweder zum evangelischen oder katholischen Glauben zu bekennen, falls er nicht gleich zum Islam konvertieren möchte, was häufig die einfachste und praktikabelste Lösung zu sein scheint. Ingeheim wird er vielleicht seinen Freund aus Damaskus beneiden, der Schiit, also ein Muslim ist. Ihm stehen alle Türen offen. Denn obgleich die überwiegende Mehrheit der indonesischen Muslime Sunniten sind, gibt es laut Gesetz nur einen Islam. Es wird (bislang) nicht unterschieden zwischen Sunniten, Schiiten, Aleviten und ... hier müsste nun folgerichtig stehen: Ahmadis.

Doch aus den Vorgaben Religionsfreiheit einerseits und dem Zwang zur Zuordnung zu einer der sechs anerkannten Religionen andererseits ableiten zu wollen, die Ahmadiyah fiele in die Kategorie »Islam« wäre allzu pragmatisch gedacht. Denn der traditionelle Islam empfindet die Lehre der Ahmadiyah als gotteslästerlich und bietet ihren Anhängern kein Dach über dem Kopf. Vielmehr sind die Ahmadis angehalten, »auf den rechten Weg zurückzukommen«. Das System bietet ihnen keinen Ausweg, ihre grundlegendsten bürgerlichen und zivilen Rechte zu wahren. Sie sind de facto gezwungen, sich von ihrem Glauben loszusagen. »Grün ist meine

Lieblingsfarbe. Ich habe es jetzt erst erkannt«.

Verstärkte Rückbesinnung auf die Religion und zunehmender Fundamentalismus sind keineswegs exklusive Markenzeichen des Islam. Entsprechende Tendenzen sind spätestens seit Beginn der *Reformasi* 1998 in praktisch allen Religionen Indonesiens zu finden. Die International Crisis Group machte vor einiger Zeit in einer politischen Analyse auf das Phänomen des christlichen Fundamentalismus aufmerksam (ICG: Indonesia: »Christianisation« and Intolerance, Asia Briefing N°114, 24 November 2010), während sich Pfarrerin Dr. Margaretha Hendriks Ririmasse, Dekanin der Theologischen Fakultät der Indonesischen Christlichen Universität auf den Molukken, demselben Thema aus christlich-theologischer Sicht nähert (Religiöser Fundamentalismus - Erfahrungen aus Indonesien, in VEM: Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte, Herausforderungen an die Kirchen zur Überwindung von Gewalt; Hannover, 2010). Beide machen deutlich, dass Radikalisierungstendenzen gerade im Umfeld aggressiv missionierender charismatischer Kirchen nicht geleugnet werden können und teilweise zur Radikalisierung anderer Religionen beigetragen haben.

Selbstverständlich muss in diesem Zusammenhang auch die Politik des Westens Erwähnung finden. Beschränkte sich die Konfliktlinie mit dem Islam früher weitgehend auf die völlig konträre Sichtweise des Nahostkonfliktes (Israel-Palästina), so haben jüngere Entwicklungen in den USA, Australien und den Staaten der EU einen breiten Fächer neuer Konfliktthemen geöffnet: der weltweite »Kampf gegen den Terrorismus«, die Kriege in Afghanistan und Irak, Kopftuchdebatten, Burkaverbote, die Ankündigung öffentlicher Koranverbrennungen in den USA, der Volksentscheid über das Verbot von Minaretten in der Schweiz, der Hetzfilm »Fitna« des holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders und die Belohnung des Regisseurs in Form von Wählerstimmen in den Niederlanden sind nur einige der Themen, die hier zu nennen wären. Auch die Bemerkung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Multikulti sei gescheitert, wurde in Indonesien sofort registriert und interpretiert, freilich ohne dies zum Anlass zu nehmen, einmal kritisch über die eigene Multikulti-Gesellschaft nachzudenken. Tatsächliche und scheinbare islamophobe Tendenzen im Westen werden von zunehmend selbstbewusster werdenden politischen und religiösen Führern – nicht nur in Indonesien – fast beliebig mit Globalisierungskritik, nationalistischen Thesen oder eben religiösen Hardliner-Standpunkten zu einer anti-westlichen Rezeptur gemixt, die in weiten Kreisen der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fällt.

Keine geringeren als der ehemalige Vorsitzende der Nahdlatul Ulama (NU), der verstorbene Ex-Präsident Abdurrahman Wahid, und der ehemalige Vorsitzende der Muhammadiyah, Ahmad Syafii Maarif, machten auf die schleichende Unterwanderung der beiden islamischen Massenorganisationen durch Wahhabiten aufmerksam, die von reichen Erdölstaaten im arabischen

Raum finanziert werde. Solche Äußerungen, nachzulesen in der Publikation »Ilusi Negara Islam«, bestätigen, dass beide Organisationen noch über ein Potential an aufrichtigen kritisch-moderaten Kräften verfügen. Deren selbstkritische Nabelschau lässt jedoch ebenfalls deutlich erkennen, dass der von NU und Muhammadiyah präsentierte »moderate« Islam keineswegs als eine für alle Ewigkeit garantierte Größe gewertet werden kann (Ilusi Negara Islam, Ekspansi Gerakan Islam Transnasional di Indonesia; The Wahid Institute, Gerakan Bhineka Tunggal Ika & Maarif Institute; Jakarta 2009). Dem sei hinzugefügt, dass eine Betrachtung des indonesischen Islam, die auf diese beiden Massenorganisationen fokussiert, zu kurz greift. Muhammadiyah und NU vertreten zwar ein Millionenheer von Mitgliedern und Anhängern. Aber der Wirkungsradius beider Organisationen ist weitgehend auf die Insel Java und wenige andere lokale Zentren außerhalb beschränkt. Ihre zahlenmäßige Dominanz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder Muhammadiyah noch NU oder eine der ihnen verbundenen politischen Parteien über nennenswerten Einfluss in vielen Regionen außerhalb Javas verfügen. Der Einfluss beider Organisationen auf den Islam in Aceh und die dortige Diskussion um die Praxis der Scharia beispielsweise ist äußerst marginal.

Bleibt also der Trost, dass die meisten indonesischen Wählerinnen und Wähler trotz ihres Glaubens den politischen Parteien mit islamischem Anstrich mehrheitlich ihre Stimme verweigern. Die drei größten Parteien, PD (*Partai Demokrat*), Golkar und PDI-P (*Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan*) gelten sämtlich als »säkulare« Parteien. Ohne dass sich mindestens zwei dieser Parteien zu einer Koalition mit einigen kleineren – auch islamischen – Parteien zusammenschließen, ist auf absehbare Zeit keine Regierungsbildung denkbar.



»Die Freiheit unseren Glauben auszuüben ist von der Verfassung garantiert«, Frauen der Ahmadiyah Manislor verteidigen ihre Moschee

Foto: Institut Fahmina

Und in jeder denkbaren Kombination werden die »säkularen« Parteien innerhalb der Regierungskoalition über die Mehrheit verfügen.

Tatsächlich sind diese Parteien jedoch als Hoffnungsträger eher ungeeignet, stellen sie doch das Wahlvolk vor die Entscheidung zwischen Regen oder Traufe. Denn als ideologischer Gegenpol zum politischen Islam stehen sie für den Nationalismus. Selbiger wiederum stützt sich auf die Staatsideologie *Pancasila* und den Einheitsstaat Indonesien NKRI (*Negara Kesatuan Republik Indonesia*). Garant für beide Ziele ist das Militär. Grob gesagt stellt sich also in Indonesien ähnlich wie in der Türkei die Wahl zwischen Islamismus und Militarismus. Beides müssen aber nicht zwingend einander widersprechende Konzepte sein, wie wir noch sehen werden.

Die »säkularen« alias nationalen Parteien verstehen sich als eine Art Volksparteien. In der ein oder anderen Form versuchen sie, die beiden wesentlichen gesellschaftlichen Strömungen, den Nationalismus und den Islam, unter einen Hut zu bringen. Eine wahrhaft säkulare Partei darf es sowieso nicht geben, denn wie jede Bürgerin und jeder Bürger sind auch die Parteien angehalten, sich dem ersten Gebot der Staatsdoktrin *Pancasila*, dem »Glauben an einen Gott«, zu unterwerfen. Überzeugungen und Parteiprogramme sind zweitrangig. Am Wohl des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger ist kaum eine PolitikerIn ernsthaft interessiert. Macht, Einfluss, Ansehen, Beziehungen und vor allem Geld dürfen getrost als die wesentlichen Motive eines Großteils der PolitikerInnen angenommen werden. Das Buhlen um Wählerstimmen und Zugeständnisse der Koalitionspartner (wie viele lukrative Kabinettsposten?) überwiegt fast immer die politischen Inhalte.

Viele Kommunen erließen in den letzten Jahren Verordnungen, die sich an der Scharia orientierten: Kleidungsgebote (Kopftuch), Ausgehverbote für alleinstehende Frauen, Alkoholverbote und vieles mehr. Auf nationaler Ebene gilt das umstrittene Antipornogesetz als Paradebeispiel (s. SUARA, Nr. 3, 2008). Ohne die tatkräftige Initiative und Unterstützung durch »säkulare« Parteien wie Golkar und PD wären viele dieser Gesetze und Verordnungen niemals zustande gekommen. Die nationalen Parteien schwanken zwischen Militarismus und Opportunismus. Mitnichten sind sie als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus zu begreifen.

Religiös bedingte Gewalt eskaliert

Das eingangs problematisierte Verbot der Ahmadiyah wurde 2008 letztlich in leicht abgemilderter Version verabschiedet. Am Parlament vorbei wurde ein gemeinsamer Erlass des Innenministers, des Religionsministers und des Generalstaatsanwaltes (im Minister-rang) verabschiedet, der unter dem Begriff SKB (*Surat Keputusan Bersama 3 Menteri*) geläufig ist. In diesem

Erlass heißt es: »Wir warnen und gebieten sämtlichen Anhängern und dem Vorstand der Ahmadiyah-Gemeinde Indonesiens (JAI), solange sie sich als Angehörige des Islam verstehen, auf jegliche Aktivitäten zu verzichten, die nicht in Einklang mit der üblichen Auslegung des Islam stehen, wie beispielsweise die Anerkennung eines Propheten nach dem Propheten Mohammed SAW« (SKB 3 Menteri, 09.06.2008). Generalstaatsanwalt Hendarman Supandji präzisierte gegenüber der Presse: »Das ist im Grunde der Befehl an die JAI, alle ihre Aktivitäten zu beenden« (detik.com, 09.06.2008).

»Der Erlass von 2008 hat der Gewalt gegen die Ahmadiyah-Gemeinde nicht, wie von Offiziellen vorhergesagt, ein Ende gesetzt, sondern vielmehr Öl auf das Feuer von Hass und Intoleranz geschüttet«, kommentierte Elaine Pearson von Human Rights Watch/Asia (HRW, 03.03.2011). Gewaltbereite Gruppen fühlten sich durch den Erlass ins Recht gesetzt, gegen die Ahmadiyah vorzugehen. Mochten auch einige Stimmen ihre Methoden verurteilen, so konnte man den Tätern ab diesem Zeitpunkt zumindest nicht mehr vorhalten, »aus niedrigen Beweggründen« gehandelt zu haben. Gruppen wie FPI (*Front Pembela Islam – Front der Verteidiger des Islam*) verstanden den SKB als offene Einladung zur Selbstjustiz. Die in Sachen Religionsfreiheit tätige NGO *Setara* zählte 2008 noch 15 gewaltsame Übergriffe auf die Ahmadiyah. Ein Jahr später waren es bereits 33, und im Jahr 2010 stieg die Zahl auf 50. Es liegt nahe, die dramatische Zunahme gewaltsamer Übergriffe auf den gemeinsamen Ministererlass zurückzuführen. Im gleichen Zeitraum erlebten *Setara* zufolge jedoch auch christliche Gemeinden eine zunehmende Häufigkeit von Aggressivitäten, obgleich dies weder auf einen Ministererlass, noch auf eine *Fatwa* (religiöses Urteil) oder dergleichen zurückgeführt werden könnte.

Der tragische Höhepunkt: Totschlag vor laufender Kamera

Mal ehrlich. Hätten Sie gewusst, dass die UN im Februar die »Woche der interreligiösen Harmonie« ausgerufen hatte? Na also. Geschenkt. Sollte man aber nicht dennoch erwarten, dass sich die UN zu offenen Schändungen solcher »Feiertage« deutlich vernehmbar zu Wort meldet? Im Internet kursierten Amateurvideos, die uns das ganze Ausmaß der Tragödie vor Augen führen.

Sind wir im falschen Film? Sehen wir tatsächlich gerade Szenen aus Indonesien? Der drittgrößten Demokratie der Welt? Kann nicht sein!

Wir haben den Film für Sie angeschaut, und zahlreiche Berichte gelesen. Auf eine Quellenangabe des Videos verzichten wir bewusst und geben Ihnen stattdessen eine kurze Zusammenfassung.

Geschätzte 1.500 Leute (im Video zu sehen sind Män-



Cikeusik: einsamer Polizist versucht den Sturm aufzuhalten

Szene aus dem Video

ner ...) stürmen in Richtung eines Hauses im Dorf Umbulan, Subdistrikt (*Kecamatan*) Cikeusik, Distrikt (*Kabupaten*) Pandeglang in der Provinz Banten im äußersten Westen von Java. Ein einsamer Polizist steht irgendwo auf der Strecke und versucht – freilich vergeblich – die anstürmenden Massen aufzuhalten. Seine Anwesenheit spricht immerhin dafür, dass die Polizei vorab über den geplanten Ansturm informiert war. Auch im Untersuchungsbericht der Menschenrechtsorganisation KontraS steht zu lesen, dass Polizei und Behörden informiert waren. Allerdings war auch die lokale Ahmadiyah-Gemeinde informiert. Vertreter der Polizei erklärten, einem Ansturm von hunderten Angreifern nichts entgegenzusetzen zu können und rieten daher, einer Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Die Vertreter der Ahmadiyah lehnten dies ab. (KontraS: Negara Tak Kunjung Terusik, Jakarta, April 2011).

Tatsächlich war die Polizei völlig unterbesetzt. Den im Video geradezu lächerlich erscheinenden Beamten kann angesichts der Übermacht von Angreifern kaum ein Vorwurf gemacht werden. Der Vorwurf ist vielmehr an die zuständigen Leitungsebenen zu richten. Warum waren sie trotz Vorwarnung nicht in der Lage, die Bedrohten besser zu schützen? Oder fehlte es möglicherweise nicht an den Möglichkeiten, sondern am politischen Willen?

Wir sehen Steinwürfe. Wie es scheint zunächst aus Richtung des belagerten Hauses der Ahmadiyah in Richtung der Angreifer. Doch die Richtung soll sich gleich ändern. Es brennen Autos und Motorräder. Mit fanatischem Hass zertrümmern junge Männer Autoscheiben, -lampen und -nummernschilder. Dann sehen wir Bilder, die jeden gesunden Menschen bis ins Mark erschüttern lassen. Mittlerweile bis auf die Unterhose entblößte Ahmadis liegen hilflos im Schlamm. Dutzende Rechtgläubige schlagen mit Knüppeln auf die bereits leblos wirkenden Körper ein. Wieder und wieder schlagen sie zu. Ob die Opfer bereits tot waren oder noch Schmerzen verspürten, ist den Aufnahmen nicht zu entnehmen. Irgendwann später wurden drei der Opfer

für tot erklärt. Ein vierter erlag wenige Tage später im Krankenhaus seinen Verletzungen. *Ya Allah, Allbarmherziger!*

Angriff auf Kirchen

Während in Berlin lebende IndonesierInnen noch eifrig darüber diskutierten, ob nun der brutale Angriff als solcher, die Untätigkeit der Polizei, das Nichtverhalten der Regierung oder die herumstehenden Leute, die mit ihren Handys Aufnahmen von den Gräueltaten machten, das abstoßendste Element dieser Tragödie war, ereignete sich bereits der nächste schwere Zwischenfall, diesmal in Zentraljava.

Drei Kirchen in Temanggung sowie Teile des Gerichtsgebäudes wurden angegriffen. Auslöser war das Gerichtsurteil über einen der Blasphemie Angeklagten. Antonius Richmond Bawengan hatte Bücher geschrieben, in denen er zum Ausdruck gab, sich sowohl vom Christentum als auch vom Islam betrogen zu fühlen. Das Gericht in Temanggung war keineswegs zimperlich. Es verhängte die von der Staatsanwaltschaft geforderte Höchststrafe: fünf Jahre Haft. Muslimischen Hardlinern erschien die gesetzlich mögliche Höchststrafe jedoch immer noch als viel zu gering. Sie forderten nicht weniger als die Todesstrafe. Aus Enttäuschung setzten sie zwei Kirchen in Brand, die Bethelkirche (protestantisch) sowie die Pfingstkirche (charismatisch) und warfen Steine auf die (katholische) St. Peter und Paul Kirche.

Der Staat macht sich einer durch Unterlassung begangenen Straftat schuldig

Indonesien möchte als eine der führenden Nationen dieser Welt wahrgenommen werden. Man ist stolz darauf, seit einiger Zeit dem Kreis der G20 anzugehören, den 20 mächtigsten Staaten der Welt. Und auch auf UN-Ebene strebt man nach höheren Weihen. Die Ansprüche basieren auf der Größe der Bevölkerung, des Staatsgebietes und der Stärke der Wirtschaft.

Doch durch welche Merkmale von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und dergleichen mehr würde sich Indonesien für eine gewichtigere Rolle im globalen Kontext qualifizieren? Dazu sollte der Staat willens und fähig sein, seinen Bürgerinnen und Bürgern ihre verbrieften Grundrechte zu gewähren. Eines der höchsten Rechte ist das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Selbst ein Schwerverbrecher hat Anspruch darauf, von staatlichen Organen gegen die Selbstjustiz eines aufgebrachten Mobs geschützt zu werden. Denn einzig und allein die staatliche Justiz ist berechtigt und verpflichtet, über ihn zu urteilen.

Das trotz vorliegender Erkenntnisse über die Gefahrenlage erfolgte Gewährenlassen eines ideologisierten Mobs, der in Cikeusik vor laufender Kamera drei unbe-

scholtene Staatsbürger hinrichtete, erfüllt den Tatbestand einer durch Unterlassung begangenen schweren Straftat. Der Fall Cikeusik rückt Indonesien eher in Richtung des Niveaus von Somalia, anstatt den Anspruch auf den Anschluss an die Weltspitze zu unterstreichen.

Der Fall Temanggung zeigt darüber hinaus, dass sich die Justiz aus Angst vor dem Mob dazu hinreißen lässt, in der Sache völlig unangemessene, drakonische Strafen zu verhängen, obgleich sich die Radikalen bereits nicht mehr beschwichtigen lassen. Sollte auch nur einer der brutalen Täter von Cikeusik ebenfalls zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt werden, würde dies an ein Wunder grenzen.

Unterlassungsdelikte gefährden nicht nur die internationale Respektabilität, sondern auch die Stabilität und Einheit der Republik Indonesien selbst, die mit dem Motto »Einheit in Vielfalt« (*Bhineka Tunggal Ika*) zum Ausdruck gebracht wird. In zunehmendem Maße verlieren die Menschen das Vertrauen in diesen Staat. Die schleichende Islamisierung von Staat und Gesellschaft lässt nicht-muslimische Minderheiten auf Distanz gehen. Der überwiegende Teil der Menschen auf Bali, Flores und vielen anderen Regionen möchte nicht in einem vom Islam regierten Staat leben.

Minderheiten sehen sich unter Druck, sich der Mehrheit anzupassen. Indonesien verfügte über ein viel größeres Potential an menschlichen Ressourcen, wenn »Einheit in Vielfalt« übersetzt würde in Werte wie gegenseitige Toleranz, den Willen voneinander zu lernen, um Synergismen zu entwickeln und sich dort zu ergänzen, wo es noch Schwächen gibt. Warum wird von diesen wunderbaren Möglichkeiten nicht mehr Gebrauch gemacht?

Genug ist genug!

IndonesierInnen in Berlin gehen auf die Straße

Von den Ereignissen in Cikeusik und Temanggung schockiert schlossen sich in Berlin lebende IndonesierInnen unter dem Namen *Indonesische Gesellschaft für Glaubensfreiheit* zu einem Spontanbündnis zusammen. »Say No To Hardliners!«, »Freedom of Faith in Indonesia – Now« und »Protect Minority Rights – Right Now« stand auf den Transparenten geschrieben, mit denen das Bündnis am Dienstag, den 15. Februar 2011, vor dem Brandenburger Tor in Berlin demonstrierte. Watch Indonesia! unterstützte die Aktion und beteiligte sich aktiv an der Mahnwache.

Der Aufruf zur Demo war noch nicht geschrieben, schon intervenierte die Botschaft der Republik Indonesien, vertreten durch ihren Militärattaché. Mitglieder der Indonesischen Studentenvereinigung PPI (*Perhimpunan Pelajar Indonesia*) wurden unter Druck gesetzt, nicht an der Mahnwache teilzunehmen. Das Präsidium der PPI sah sich schließlich veranlasst bekannt zu geben, die Organisation bewahre sich eine »neutrale Hal-

tung«, da die geplante Aktion in keinem Zusammenhang mit der PPI stehe. Mit anderen Worten: die PPI ging auf Distanz zu der Mahnwache, stellte ihren Mitgliedern aber frei, als Einzelpersonen daran teilzunehmen. Die indonesischen Studierenden verstanden die Botschaft von Seiten der Botschaft. Trotz anfänglich großen Interesses hatten letztlich nur ein paar wenige aus ihren Reihen den Mut, sich vor dem Brandenburger Tor sehen zu lassen.

Auch drei offenbar als Schlüsselfiguren identifizierte Unterzeichner des mittlerweile publizierten Demoaufzugs, darunter Watch Indonesia!-Vorstandsmitglied Pipit Kartawidjaja und ich selbst wurden am Vortag der Mahnwache von Militärattaché Col. Fachri Adamy zum Abendessen eingeladen. Leider war ich verhindert. Den anderen erklärte der Attaché, eine Demo sei doch »nicht notwendig«; die Türen der Botschaft stünden schließlich immer offen, wenn es Probleme zu besprechen gebe.

Vor dem Hintergrund dieser Intervention war der Ort der Mahnwache bestens gewählt. Ältere BerlinerInnen erinnern sich noch sehr gut an die Zeit, als der Pariser Platz ein unzugängliches Niemandsland auf dem Grenzstreifen zwischen West-Berlin und der DDR war. 50 Meter weiter westlich, auf der anderen Seite des Brandenburger Tors, konnten Tausende demonstrieren. Wenn sie Glück hatten, wurden sie in der Presse erwähnt. Die Politik verändert hat es in aller Regel nicht. 50 Meter weiter östlich jedoch, jenseits der Wilhelmstraße, reichte eine Demo von wenigen Leuten aus, um eine Staatskrise auszulösen. Hat sich Indonesien immer noch nicht entschieden, auf welcher Seite es stehen möchte?

Weniger ängstlich zeigten sich die indonesischen Medien, in denen Aufruf und Bilder der Mahnwache ein breites Echo fanden.

Opfer werden zu Schuldigen

»Es ist nicht richtig, Gotteshäuser abzubrennen. Aber es ist auch nicht richtig durch Blasphemie den Unmut der Massen zu schüren«, twitterte Kommunikationsminister Tifatul Sembiring. »

Der [gemeinsame] Ministererlass (SKB) war nicht

dazu gedacht, eine bestimmte Gruppe zu diskriminieren, sondern zielte auf die Wahrung der interreligiösen Harmonie, einschließlich des Schutzes der Ahmadiyah ab«, erklärte Religionsminister Suryadharma Ali. »

Die Mitglieder der Ahmadiyah sollten bereuen, ihre Fehler erkennen und zurück kommen zum Mainstream des Islam«, riet Imram Muchtar, Parlamentarier der *Partai Demokrat* (PD). »Die zweite Option wäre, den Islam zu verlassen und eine neue Religion auszurufen.«

Ahmadiyah sollte dauerhaft verboten werden«, meinte Hazrul Azwar, Abgeordneter der islamischen PPP. (The Jakarta Globe, 10.02.2011)



Mahnwache vor dem Brandenburger Tor

Foto: Monika Schlicher

unsere Brüder und Schwestern«, so HM Busro weiter (tribunnews, 17.02.2011).

Diese Zitate klingen wie Männergespräche über eine Vergewaltigung. War das Opfer nicht selbst schuld? »Was konnte die Frau anderes erwarten, wenn sie so einen kurzen Rock trägt? Überhaupt sollten Frauen bei Dunkelheit nicht alleine auf die Straße gehen dürfen, man sieht ja wozu das führt,«, heißt es an den Stammtischen. Keiner der Stammtischbrüder will wahr haben, dass eine züchtig gekleidete Frau in der Nähe einer Militärkaserne gefährdeter ist als eine splitternackte Frau am FKK-Strand. Dass die Schuld einer jeden Straftat in allererster Linie bei den Tätern zu suchen ist, wird völlig ausgeblendet. Vertreter von Islam und Politik in Indonesien und deutsche Stammtische sind sich sehr viel näher als beiden Seiten lieb ist.

Einer der wenigen, der nicht nur die Opfer stigmatisierte, sondern auch ein paar Worte über die Täter fand, war Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY): »Wenn es Gruppen oder Organisationen gibt, die weiterhin gewaltsame Handlungen verrichten, sollten die Justizbehörden [...] nach gesetzlichen Wegen suchen, selbige aufzulösen«, erklärte er in einer Rede in Kupang, Westtimor (Antara, 07.02.2011). Zweifelsohne bezog sich diese Bemerkung auf die FPI (*Front Pembela*

Die Fraktion Golkar plant den Ministererlass über das Verbot der Verbreitung des Glaubens der Ahmadiyah in ein Gesetz zu überführen«, berichtete die Jakarta Post am 09. Februar 2011.

Indonesien hat 17.000 Inseln, viele davon sind unbewohnt. Warum siedelt man sie nicht einfach um auf eine solche unbewohnte Insel?«, fragte sich der Abgeordnete HM Busro (Golkar).

»Sie sind doch auch

Islam), eine unter dem Deckmantel des Islam agierende Gang von Kriminellen und käuflichen Schlägern. Die implizite Forderung zur Auflösung der FPI ging weit über die Forderungen der DemonstrantInnen in Berlin hinaus. Es ist allerdings nicht bekannt, dass die Anregung irgendwelche konkreten Folgen gezeitigt hätte.

Verbote der Ahmadiyah und Übertritte zum »richtigen Glauben«

Ermutigt von den Äußerungen politischer Vertreter der verschiedensten Couleur, und weiterhin ermutigt durch ähnliche Verlautbarungen von Seiten der Generalstaatsanwaltschaft, ereignete sich eine Welle von Verboten der Ahmadiyah, die auf kommunaler Ebene ihren Anfang fand. Der Landkreis (Kabupaten) Pandeglang, zu dem auch die Gemeinde Cikeusik, dem Ort der brutalen Morde an vier Ahmadis zählt, eröffnete den Reigen. Es folgten andere Kommunen wie Bogor und Kuningan in Westjava. Gleich danach folgten ganze Provinzen wie Banten, Ostjava, Südsulawesi, Westjava, Westsumatra und mittlerweile möglicherweise weitere mehr. Der in Deutschland studierte Ingenieur und heutige Gouverneur von Berlins Partnerstadt Jakarta zeigte sich einem Verbot der Ahmadiyah zunächst aufgeschlossen gegenüber. Später überkamen ihn jedoch Zweifel. Einzig und allein der Sultan von Yogyakarta erteilte eine klare Absage an jegliche Verbotsbestrebungen in seiner Provinz.

Direkt auf die Verbote erfolgte eine medienwirksam inszenierte Welle von »freiwilligen« Übertritten ehemaliger Ahmadis zum »wahren Glauben«. In Bogor, Westjava, wurden die Wohnhäuser von Anhängern der Ahmadiyah drei Tage lang terrorisiert, bis sich schließlich 13 von ihnen bereit erklärten, in einer von lokalen Behörden, Polizei und dem Rat der Muslimgelehrten (MUI – *Majelis Ulama Indonesia*) veranstalteten öffentlichen Zeremonie ihrem Glauben zu entsagen. Pura Saprudin, einer der Konvertiten, erklärte pflichtgemäß:

»Ich habe keinerlei Druck verspürt. Ich bin sehr glücklich, zum Islam zurückzukehren« (The Jakarta Globe, 16.03.2011). Brave New World!

Die Regierung weist Behauptungen über die Anwendung von Zwang zurück. Eine Menschenrechtsorganisation zählte jedoch alleine in Westjava 56 Fälle, bei denen Militärs Druck ausgeübt haben, um Leute zum Glaubensübertritt zu bewegen (AFP, 16.03.2011).

Rolle des Militärs?

Der Militärattaché in Berlin fühlte sich berufen, gegen eine Demo für die Glaubensfreiheit vorzugehen, Soldaten in Bogor übten Druck aus, um Anhänger der Ahmadiyah zum »wahren« Islam zu bekehren. Worin liegt eigentlich das Interesse der TNI (*Tentara Nasional Indonesia – die indonesischen Streitkräfte*), sich um Religionsangelegenheiten kümmern? Liegt dieses Thema nicht fernab der Aufgaben einer professionellen Streit-

macht?

Vielleicht gibt eine Reportage von Al Jazeera darüber Aufschluss. Das englischsprachige Programm des arabischen Senders berichtete, »einflussreiche Generäle a.D.« unterstützen islamische Hardliner, um religiöse Gewalt anzustacheln. »Die Generäle benutzen diese Gruppen im Bestreben Präsident Yudhoyono zu stürzen, weil sie ihn als zu schwach und zu



FPI in Aktion

Foto: Samiaji Rinjani

reformorientiert ansehen«. Al Jazeera räumt ein, dass Behauptungen über die engen Beziehungen der FPI mit Polizei und Militär nichts Neues seien. Es sei weithin bekannt, dass sich Polizei und Militär zur Verfolgung bestimmter politischer Ziele des öfteren der FPI als Schlägertruppe bedienen. (Al Jazeera, 19.03.2011)

Die FPI ging aus der von General Wiranto 1998 gebildeten Bürgerwehr *Pam Swakarsa* hervor. Selbige sollte die damalige Sondersitzung der MPR (*Majelis Perwakilan Rakyat - Beratende Volksversammlung*), auf welcher die Konsequenzen aus dem Sturz Suhartos gezogen werden sollten, vor Störungen durch genau diejenigen Demonstranten schützen, die maßgeblich zu diesem politischen Wechsel beigetragen hatten. Die *Pam*

Swakarsa bestanden aus Leuten aller möglichen Schlägertruppen, die mit Bambusspeeren bewaffnet gegen neuerliche Demos ins Feld geführt wurden. Es kam zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen, unter anderem mit Todesopfern in Semanggi.

Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte darf sich die FPI bis heute bester Kontakte zu Militär, Polizei und Teilen der Politik erfreuen. Parallel dazu erfreut sich die FPI jedoch auch der Unterstützung seitens des politischen Islam. Zum Teil durch die FPI infiltriert, zum anderen Teil aus falsch verstandener Solidarität handelnd, zeigen viele Politiker islamischer Parteien Toleranz oder gar offene Unterstützung für die Aktivitäten der FPI. Insgesamt ergibt sich daraus eine äußerst komplizierte Gemengelage aus militärischen, polizeilichen, politischen und religiösen Interessen, die ein Vorgehen gegen die FPI extrem schwer macht und die Regierung so unentschlossen aussehen lässt. Auch Präsident SBY kann sich bei niemandem ganz sicher darüber sicher sein, dass er oder sie ein entschlossenes Vorgehen gegen die FPI wirklich von ganzem Herzen unterstützen würde.

Wer sind die nächsten?

Heute stehen Ahmadis und Christen auf der Abschussliste von gewaltbereiten Extremisten. Würde ein effektives Verbot der Ahmadiyah zu einem Ende der Gewalt führen? Ein Mitstreiter der *Indonesischen Gesellschaft für Glaubensfreiheit* in Berlin bezweifelt dies und zitiert das berühmte Gedicht des im KZ ermordeten Pfarrers Martin Niemöller: »Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Es kursieren bereits konkrete Gerüchte darüber, wer die nächsten Zielgruppen sein könnten. Wir verzichten hier bewusst darauf, diese zu benennen, um möglichen Hetzkampagnen nicht Vorschub zu leisten. Jüngst an verschiedene reformorientierte Muslime und andere Personen verschickte Paketbomben sowie das Selbstmordattentat in einer vorwiegend von Polizisten besuchten Moschee in Cirebon, die am 15. April 2011 28 Menschen in den Tod riss, mögen als Hinweis genügen. Wer allerdings versucht sein sollte, diese Zeilen dahingehend zu interpretieren, dass sich die Gewalt künftig auf Auseinandersetzungen innerhalb der

muslimischen Glaubensgemeinschaft konzentrieren könnte, liegt leider völlig falsch. Bestenfalls darf eine verstärkte Aufmerksamkeit der indonesischen Muslime gegenüber religiös motivierten Terrorakten angenommen werden, da Brüder und Schwestern des Glaubens nun zum ersten Mal nicht nur als »Kollateralschaden«, sondern als bewusst ausgesuchte Ziele zu Opfern wurden.

Wie reagieren Deutschland und Europa?

»Im Gegensatz zu anderen Staaten mit einer mehrheitlich muslimisch geprägten Bevölkerung haben in Indonesien auch Christen, Hindus und Buddhisten eine Heimat. Dies haben mir Vertreter der christlichen Kirchen, mit denen ich mich auch auf dieser Reise getroffen habe, bei allen Schwierigkeiten im Alltag bestätigt. Allerdings habe ich auch gehört, dass islamistische Kräfte in Indonesien an Einfluss gewinnen. Ich habe die indonesische Regierung ermuntert, den Kurs der religiösen Toleranz weiter zu verfolgen. Präsident Yudhoyono hat versichert, dass sein Land gegen radikale islamische Tendenzen vorgehen werde. Indonesien ist nach meinen Eindrücken insgesamt ein positives Beispiel für den Umgang mit Minderheiten und Vorbild für andere Länder, wo Christen bedrängt oder gar verfolgt werden. Es ist schon eine Frage der politischen Führung, wie sich ein Land entwickelt – auch ob es den Boden für Fundamentalismus bereitet oder nicht.« (Volker Kauder, 25.08.2010)

Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag äußerte sich damit anlässlich einer Indonesienreise letztes Jahr ein wenig kritischer als zuvor Hillary Clinton und kurz später Barack Obama.

Der deutsche Europaparlamentarier Werner Langen (CDU/EVP) war wohl – abseits der ständig vor Ort ansässigen Botschaften und Vertretungen – der erste Repräsentant der EU, der Indonesien nach den Ereignissen in Cikeusik und Temanggung einen Besuch abstattete. »Wir haben volles Vertrauen in die Regierung und Präsident Susilo

Bambang Yudhoyono. Der Zusammenstoß zwischen religiösen Sekten (sic!) ist eine Sache, die intern gelöst werden muss. Wir werden einen interreligiösen Dialog abhalten, um mehr über die Lage zu erfahren, und wir erwarten mit Spannung, wie sich die Dinge

Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der
protestieren konnte.

*Martin Niemöller
ehem. Kirchenpräsident von Hessen und
Nassau, 1938-1945 in KZ-Haft*

entwickeln«, sagte Lange nach einem fünftägigen Besuch (Jakarta Post, 22.02.2011).

Interreligiöse Dialoge

Es spricht freilich rein gar nichts gegen interreligiöse Dialoge. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass solche Dialoge mehr sein müssen als gepflegte Kamingespräche zwischen einschlägig bekannten, hoch intellektuellen Galionsfiguren von moderaten Organisationen der jeweiligen Religion. Der Fokus sollte darauf gerichtet sein, dass solche Dialoge sowohl eine Verbindung zur Basis der verschiedenen Religionsgemeinschaften, wie auch zur politischen Ebene (Religionsministerium, Innenministerium, ...) herstellen können,

Nicht zuletzt sollte beachtet werden, ob die Sprache der TeilnehmerInnen solcher Dialogrunden von deren Sprachgebrauch in anderen Kontexten abweicht.

Nehmen wir zur Verdeutlichung das Beispiel von Din Syamsuddin, eines gern gesehenen Teilnehmers solcher Dialoggespräche. Din Syamsuddin ist derzeit Vorsitzender der *Muhammadiyah* und Präsident des überkonfessionellen Indonesischen Komitees für Religion und Frieden:

Vor Publikum im mehrheitlich hinduistischen Bali hörte sich Din Syamsuddin Ende Februar so an: »Leute, die nicht in Frieden Seite an Seite mit anderen, die sich von ihnen unterscheiden, leben wollen und daher versuchen, diese anderen zu vertreiben oder gar zu töten, weil sie anders sind, bestehen nicht Gottes Test. [...] Die in Bali geborenen wurden ebenfalls von Gott auserwählt. Ich selbst wurde auf Sumbawa geboren, was nicht mein Wunsch war. Das ist wichtig [zu verstehen], damit wir Brüderschaft in einer pluralisti-

schen Gesellschaft entwickeln können.« (Antara, 28.02.2011)

Vor Publikum im heimischen Stadion klangen die Worte nur wenige Tage freilich ein wenig anders: »Din Syamsuddin drängte die Regierung entschiedene Maßnahmen gegen die islamische Sekte Ahmadiyah zu ergreifen [...] Wir ersuchen die Regierung, das Problem nicht länger zu verschleppen, [...] da sonst ungeduldige Leute das Recht in die eigene Hand nehmen könnten« (Antara, 04.03.2011). Kein Wort mehr über Pluralismus, keine Erörterung des Wunsches von Ahmadis als solche geboren zu werden oder gar von Gott auserwählt zu sein. Din Syamsuddin schien zu wissen, wovon er sprach. Nur zwei Tage später erschlugen »ungeduldige Leute« drei Ahmadis vor laufender Kamera.

Fazit

Die Indonesien zugeschriebene Rolle ist ein lobenswerter Ansatz. Das der Analyse zugrunde liegende Bild muss jedoch dringend an die Realität angepasst werden. Jegliche Projektion von Wunschvorstellungen auf die reale Situation ist völlig fehl am Platz.

Die Nation mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit KANN anderen vielleicht zum Vorbild gereichen. In Umkehrung dieser These könnte aber ebenso gut geschehen, dass die Gesellschaften der arabischen Welt auf ihrer Suche nach neuen Leitbildern zum ersten Mal ernsthaft auf Indonesien blicken. Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass eine zunehmende Radikalisierung der islamischen Welt ausgerechnet von Indonesien aus ihren Ursprung nimmt.

Patentrezepte gibt es nicht. Aber Blauäugigkeit kann als Patentrezept sicher ausgeschlossen werden. ♦

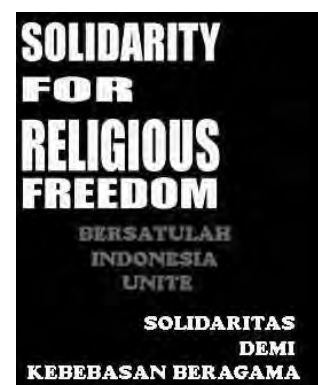
Dokumentation

Aus dem Aufruf zur Mahnwache am Brandenburger Tor:

Wir, die Indonesische Gesellschaft für die Glaubensfreiheit fordern die internationale Gemeinschaft auf, gegenüber der Regierung Indonesiens darauf hinzuwirken, dass Demokratie und bürgerlichen Freiheiten geachtet werden.

Wir erklären:

1. Die indonesische Regierung hat in ihrer Pflicht versagt, die Menschenrechte zu achten und für alle zu gewährleisten, insbesondere was die Glaubensfreiheit anbelangt.
2. Die indonesische Regierung ist verantwortlich für alle Arten von ziviler Gewalt mit religiösem Hintergrund, da sich die Regierung durch ihr Nichtverhalten des Vergehens eines Unterlassungsdeliktes schuldig gemacht hat.
3. Der von drei Ministern gemeinsame verabschiedete Erlass von 2008 über die Ahmadiyah muss zurück genommen werden, da er die bürgerlichen Rechte einschränkt, insbesondere die Freiheit des Glaubens von Minderheiten.
4. Die Sicherheitsbehörden Indonesiens müssen entschlossen gegen alle Gruppen und Organisationen vorgehen, die unter Verstoß gegen die Verfassung die öffentliche Ordnung stören und Konflikte innerhalb der Gesellschaft schüren.



Verspricht das neue Regierungsprogramm neue Hoffnung für Papua?

von Budi Hernawan

Anm. d. Red.: Vizepräsident Boediono erhielt von Präsident SBY die undankbare Aufgabe, sich der Probleme Papuas anzunehmen. Vor den fortdauernden politischen Spannungen, die mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, Landkonflikten, Umweltzerstörungen sowie der Verletzung kultureller Identitäten und Werte einhergehen, kann die Regierung in Jakarta nicht länger die Augen verschließen. Moderate Papua fordern einen Dialog mit Jakarta, radikalere Kräfte fordern die Unabhängigkeit. Maximalforderungen erschweren die dringend notwendige Verständigung, die nicht »Dialog« heißen darf, weil dieser Begriff das Aufeinandertreffen zweier gleichwertiger Partner impliziert und somit das Selbstverständnis des indonesischen Einheitsstaates (NKRI) untergräbt. Ob die wirklich drängenden Probleme Papuas tatsächlich angesprochen werden, bleibt unter diesen Rahmenbedingungen fraglich.

Während seiner letzten Dienstreise nach Australien gab der indonesische Vize-Präsident Boediono über die Medien bekannt, dass er von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) eine zusätzliche Aufgabe bekommen hat: er solle einen Plan ausarbeiten, wie man den Präsidentenerlass für einen umfassenderen Ansatz für die Papua-Politik der Zentralregierung in der Praxis umsetzen könne. Die unter dem Namen »Unit Percepatan Pembangunan Papua dan Papua Barat« (UP4B – Einheit für die die Beschleunigung der [wirtschaftlichen] Entwicklung in Papua und Westpapua) agierende Arbeitsgruppe hat bisher schon mehr als ein Dutzend Strategieentwürfe erstellt, ohne nennenswerte konkrete Ergebnisse.

Was kann man aus diesen Entwurfsprozessen lernen? Erstens, dass die Dauer und Schwierigkeiten im Prozess bezeichnend dafür sind, wie komplex und delikater die Situation in den beiden Provinzen ist – und wie wichtig daher breit angelegte Konsultationen mit Papua sind. Zweitens, spiegeln diese Schwierigkeiten auch Differenzen innerhalb der Regierung und der verschiedenen staatlichen Institutionen in Bezug auf die beste politische Strategie für Papua und Westpapua wider. Drittens sind weder »Jakarta« noch »Papua« monolithische Einheiten. Auf diesen beiden Seiten eines möglichen

Dialogs sind viele verschiedene politische Richtungen und Akteure vertreten. Und als letzteres ist es eventuell ein Zeichen dafür, dass sich keine Seite bisher politisch durchsetzen können.

Aufgrund dieser vier Möglichkeiten bin ich der Meinung, dass eine Reduzierung der verschiedenen politischen Positionen auf binäre Gegensätze, so z.B. Papua-Jakarta, Unabhängigkeit-Integration (*merdeka-NKRI*), Dialog-Sonderautonomie (*Otsus*), viel zu vereinfachend ist. Wenn man sich die politischen Entwicklungen in Papua und Westpapua während der letzten zehn Monate anschaut, sieht man ein breites Spektrum an politischen Aspirationen, angefangen mit den Papuas, die unnachgiebig die Unabhängigkeit fordern, über Unterstützer eines Referendums, Dialog-Befürworter, jene, welche die Sonderautonomie überprüfen lassen wollen und derer, welche die Sonderautonomie, so wie sie ist, annehmen und zuletzt die Gruppe derer, deren politische Stimme nicht zu vernehmen ist. Alle Gruppen, bis auf die zuletzt genannte, haben ihre Vertreter organisieren und in der politischen Debatte positionieren können.

Wenn es auf der Papua-Seite eine Vielzahl von Positionen gibt, dann auch auf der Jakarta-Seite. Obwohl sich die indonesische Regierung Einigkeit beweist,

wenn die Unabhängigkeitsbestrebungen Papuas zur Sprache kommen, haben die verschiedenen Akteure keine übereinstimmende Linie gefunden, wie man am besten die Papua-Politik der Regierung umsetzen könnte. Während manche Institutionen die Idee eines Dialoges, wie sie von LIPI und dem »Papua Friedensnetzwerk« formuliert wurde, wirklich unterstützen, setzen andere Institutionen auf die alte Politik der Überwachung und Kontrolle der papuanischen Gesellschaft. Andere Institutionen hingegen erklären die soziale und wirtschaftliche Entwicklung als die beste Lösung, während wiederum andere eher die Strategie des Aufbaus neuer Distrikte priorisieren, um die staatliche Präsenz auf der lokalen Ebene zu stärken.

Ein Verständnis für die Vielfalt an Positionen und Strategien, die sich hinter den Chiffren »Papua« und »Jakarta« findet, kann uns nicht nur dabei helfen, die



»Die Sonderautonomie ist gescheitert«

Foto: Muridan Widjojo

Komplexität der Situation zu begreifen, sondern auch grundlegende Hoffnungen und Aspirationen zu verstehen. Auf beiden Seiten, sowohl in Jakarta als auch in Papua, ist die Hoffnung auf Frieden, Gerechtigkeit und einer Beilegung des Konfliktes mehrfach artikuliert worden. Dies bedeutet, dass es durchaus eine gewisse Übereinstimmung auf beiden Seiten über die allgemeinen Ziele gibt – aber es bleibt die Frage, wie man diese Hoffnungen am besten in die Realität umsetzen könnte.

Es gibt keine magische Lösung für dieses Dilemma und auch ich kann nicht behaupten, eine Antwort parat zu haben. Ich würde lieber ein bisschen Abstand nehmen und über die Ideen hinter der UP4B reflektieren. Ohne Frage ist der Vorschlag über die Errichtung dieser Einheit noch sehr wenig konkret und bedarf weiterer Erklärung. Auf der Seite von Jakarta hat man den Schock der Begegnung zwischen Präsident Habibie und dem sogenannten »Team der 100« papuanischer Führer nicht vergessen.¹ Obwohl die Zentralregierung in Aceh erfolgreich eine friedliche Beilegung des Konfliktes bewirkte, kann dieser extrem schwierige und lange Prozess nicht direkt auf Papua und Westpapua übertragen werden. Das Sonderautonomiepaket für die

beiden Provinzen hat zwar zu einer dramatischen Erhöhung der finanziellen Zuwendungen geführt, aber auch zu einer starken Ablehnung seitens vieler Papuas. Indonesiens Stellung als drittgrößte Demokratie der Welt wiederum erhöht den Druck auf die Regierung, sich an demokratische Grundsätze und Rechtsstaatlichkeit zu halten. Das Zusammenspiel dieser verschiedenen Faktoren trägt zu der Ambivalenz und Entscheidungsschwäche seitens der Zentralregierung in ihrer Papua-Politik bei.

Auf der Papua-Seite wiederum, fühlt man sich weiterhin von den Niederlanden betrogen, welche in den frühen 1960er Jahren einige erste Schritte zur Errichtung eines unabhängigen Staates Papua initiierten, aber dann rasch abzogen. Den Niederländern folgte das repressive *Orde Baru*-Regime Suhartos, welches sich rund drei Jahrzehnte von 1967 bis 1998 hielt. Obwohl die Megawati-Regierung 2001 die Sonderautonomie für Papua beschloss, war es die gleiche Regierung, die diese nur 13 Monate später mit der umstrittenen Präsidentschaftsverordnung im Januar 2003 untergrub, wonach Papua in drei Provinzen aufzuteilen sei. Als die papuanische Seite die Sonderautonomie ablehnte und symbolisch zurückgab, haben sowohl die Regierung als auch das nationale Parlament die Schaffung neuer Verwaltungsbezirke fortgeführt. Die Ablehnung vieler Papuas, die der neuen Regierungsinitiative gegenüber vorgetragen wird, basiert auf diesen negativen Erfahrungen mit der Zentralregierung.

In dieser schwierigen und von gegenseitigem Misstrauen gekennzeichneten Situation könnten sich beide Seiten um alternative Lösungen bemühen, wie zum Beispiel eines »prinzipientreuen Engagements« (*principle engagement*)², welches einen Mittelweg zwischen der gegenseitigen Isolierung und einem »business-as-usual« ermöglicht. Ein solcher Ansatz würde die direkte Einbeziehung von Entscheidungsträgern mit breiteren gesellschaftlichen Schichten in Dialogprozesse



Öffentliche Beratung über die Dialogfrage

Foto: Muridan Widjojo

beinhalten, um konkrete Probleme, wie zum Beispiel im Bereich der Menschenrechte, anzusprechen und Lösungsansätze zu formulieren.

Beide Seiten müssten hierfür gewisse Risiken in Kauf nehmen und einander zuhören, was für beide Seiten durchaus auch eine schmerzhaft Erfahrung sein kann. Beide Seiten müssten die Ängste, Bedenken und Hoffnungen der anderen Seite ernst nehmen. Beide Seiten müssten auch liebgewonnene Positionen aufgeben und Kompromisse eingehen. Auf Grund dieses neuen Verständnisses auf beiden Seiten müssten dann konkrete Strategien entwickelt werden, wie die gemeinsame Hoffnung auf Frieden praktisch umgesetzt werden kann, sei es über die UP4B oder andere Ansätze. Wegen der komplexen Lage innerhalb beider Lager wird dies ohne Zweifel der schwierigste Schritt sein. Letztendlich gibt es ja viele Friedensinitiativen, die nicht von Erfolg gekrönt worden sind. Falls aber beide Seiten über die kritische Phase hinweg kommen, gibt es durchaus eine Chance, eine gemeinsame Basis für eine friedliche Lösung zu finden.

Was kann die europäische Zivilgesellschaft zur Unterstützung eines »principled engagement« in Papua beitragen? Die Europäische Union hat sich durch ihr Engagement im Aceh-Friedensprozess, welches auf dem Helsinki-Abkommen des Jahres 2005 beruht, einen guten Ruf erarbeitet. Es ist an der Zeit, dass sich auch Europa bei der gemeinsamen Suche von Jakarta und Papua nach Frieden engagiert. Dies ist weder für die europäische Zivilgesellschaft noch für europäische Regierungen ein einfaches Unterfangen, besonders in Zeiten, in denen innenpolitische Themen wichtiger sind als die internationale Zusammenarbeit. Hinzu kommen Befürchtungen, dass Erklärungen einiger europäischer politischer Führer, wonach »Multikulturalismus tot« sei, bedeuten, dass sich Europa dem Engagement mit »den Anderen« entziehen wolle. Diese »Anderen« können jene sein, die eine andere Hautfarbe, Rasse oder Religion haben, oder die zu dem postkolonialen europäischen Erbe gehören, welches viele Europäer gerne vergessen würden – wie zum Beispiel Papua. ♦

Anmerkungen

¹ Nach dem Papua-Kongress im Jahre 1999 wurde eine Delegation von 100 papuanischen Führern, das *Tim 100*, nach Jakarta geschickt, um mit der indonesischen Regierung über die Zukunft Papuas zu verhandeln. Die Gespräche mit Präsident Habibie kamen zu einem raschen und für beide Seiten nachträglich problematischen Ende als die papuanische Seite gleich zu Anfang die völlige Unabhängigkeit forderte. Auf der Seite der indonesischen Regierung bekräftigte dies den Verdacht, dass die Papua-Führer verkappte Separatisten seien

während sich auf der papuanischen Seite die Ansicht verhärtete, dass die Zentralregierung sich für jegliche substantiellen politischen Gesprächen taub stelle. *Anm. der Red.*

² Siehe David Kinley und Morten Pedersen, »Principled Engagement: Promoting Human Rights in Pariah States,« ANU Press, 2011



Öffentliche Konsultation in Papua

Foto: Muridan Widjojo

Der Autor ist Franziskaner und ehemaliger Leiter des Amtes für Gerechtigkeit und Frieden (SKP) der Katholischen Kirche in Jayapura, Papua. Zurzeit ist er Doktorand im Regulatory Institutions Network-Projekt der Australian National University in Canberra.
Email: budi.hernawan@anu.edu.au.

Der Artikel wurde in leicht abgeänderter Form in The Jakarta Post am 30. März 2011 veröffentlicht. Deutsche Übersetzung von Henri Myrntinen.

Geschichte schreiben

Wie sah die Welt auf die Ereignisse von 1965?

von Anett Keller

Graue Wolken liegen über dem Süden von Jakarta an diesem Freitagmorgen, Nieselregen breitet seinen unbehaglichen Umhang über Straßen und Plätzen aus. Wir schreiben das Jahr 2011. Doch am Monument *Pancasila* scheint die Zeit stehen geblieben. In Glasvitrinen werden Besucher zum Kauf eines Service mit dem Emblem von Suhartos gefürchteten Spezialkräften *Kopassus* animiert. Ein am Eingang vertriebenes Büchlein warnt den Besucher vor der Untergrabung der Staatsgewalt durch den Kommunismus und feiert den Sieg des Militärs über die rote Gefahr. Das *Pancasila*-Monument wurde 1972 eingeweiht. Es erinnert an den Mord an sieben ranghohen Militärs und an die Bewegung 30. September (*Gerakan 30 September – G30S*), die diesen Mord plante und ausführte. Umstände, Planung und Verlauf der Tat sowie die Hintergründe der G30S geben Historikern bis heute Rätsel auf. Über jeden Zweifel erhaben war indes die offizielle Geschichtsschreibung unter Suharto, den die Geschehnisse 1965 an die Macht brachten. Das *Pancasila*-Monument ist ein zentraler Teil dieser Geschichtsschreibung.

Die Zeit der Massenmorde: ein blinder Fleck im kollektiven Gedächtnis

Vorbei an einem großen Paradeplatz nähern wir uns langsam dem gigantischen roten *Garuda*, der über sieben Steinsoldaten schwebt. Die mittlere der sieben, ein Abbild von General Achmad Yani, damals Oberbefehlshaber der Armee, zeigt drohend auf den Besucher, der zwischen dem Monument und einem Brunnen steht. In diesem Brunnen wurden die Leichen Yanis und der sechs anderen Militärs gefunden. Rote Farbe ist an seinen Rand gepinselt, um die Grausamkeit des Mordes zu unterstreichen. Auch sonst wird am Monument ebenso wie im benachbarten Museum nicht an Schock-Elementen gespart. In einer kleinen Hütte neben dem Brunnen foltern lebensgroße, wild aussehende Puppen (Kommunisten) hilflose Nachbildungen von



Pancasila-Monument

Foto: Anett Keller

Gefangenen (die gekidnappten Militärs). Und im direkt neben dem Monument errichteten »Museum des Verrats der Kommunisten« künden 43 Dioramen von Streiks, Aufständen, Entführungen und Morden. Alle Gräueltaten, derer man Kommunisten im letzten Jahrhundert in Indonesien verdächtigt hat, werden hier blutrünstig ausgebreitet. Aber es findet sich kein einziger Hinweis darauf, dass nach dem Putsch von 1965 Hunderttausende (vermeintliche) Kommunisten brutal ermordet wurden.

Die Zeit der Massenmorde – eine der schlimmsten menschlichen Tragödien nach dem Ende des zweiten Weltkrieges – ist noch immer ein blinder Fleck im Bewusstsein der indonesischen Öffentlichkeit. Überlebende des Abschlachtens, die das Regime der Orde Baru (*»Neue Ordnung«*) des Linksseins verdächtigte, wurden – meist ohne Gerichtsverfahren – über Jahre in Gefängnisse und Arbeitslager gesteckt. Kamen sie frei, prangten in ihrem Ausweis die Buchstaben ET – *Ex-Tapol (ehemaliger politischer Gefangener)*. Der Zugang zu zahlreichen Berufen wurde ihnen verwehrt. Ihre Familien sind bis heute stigmatisiert.

Das Gespenst des Kommunismus

Obwohl die kommunistische Partei Indonesiens (PKI) nach den Morden, nach Verhaftung und Folter vollständig zerschlagen war, hielt Suharto 32 Jahre lang das Gespenst des Kommunismus lebendig und legitimierte seine Militärdiktatur als rettende Kraft vor den angeblich antinationalistischen, antireligiösen und sadistischen Kommunisten. Unterhalb der Statuen am *Panca-sila*-Monument zeigt ein Bronze-Relief wilde, gewalttätige Horden und Chaos auf der einen Seite und auf der anderen eine Reihe von Panzern und einen überlebensgroßen General Suharto, die in den Straßen für »Ordnung« sorgen.

Nicht nur das Setting erinnert an die alte Zeit, sondern auch ein Dutzend Polizisten in Zivil, die »für die Sicherheit« der einzigen Besuchergruppe an diesem Morgen sorgen. Emsig beobachten sie das Grüppchen aus westlichen und indonesischen Historikern, erfragen Namen der Gäste, notieren, fotografieren. Das Grüppchen besteht aus Teilnehmern der internationalen Historiker-Konferenz »Indonesia and the world in 1965«. Die Konferenz, organisiert vom Zentrum für Geschichte und politische Ethik (PUSDEP) der Sanata Darma Universität Yogyakarta, dem Goethe-Institut und der Friedrich-Ebert-Stiftung, führte Ende Januar ein Dutzend Wissenschaftler zusammen, die gemeinsam versuchten, Licht ins Dunkel der Vergangenheit zu bringen. Zwei Tage lang diskutierten sie im Goethe-Haus in Jakarta über den Kontext der Geschehnisse in Zeiten des Kalten Krieges.

Anfang der 60er Jahre hatte Indonesien nach China und der Sowjetunion die drittgrößte kommunistische Partei der Welt. Die außenpolitische Devise Indonesiens – Gründungsmitglied der Blockfreien-Bewegung – war der Aufbau einer »dritten Kraft«.

Das größte und ressourcenreichste Land Südostasiens auf seine Seite zu ziehen, lag im Interesse Washingtons ebenso wie in dem Moskaus und Pekings.

War sich Jakarta in den ersten Jahren der Unabhängigkeit noch starker Unterstützung aus dem Westen gewiss, schwand das gegenseitige Vertrauen ab dem Ende der 50er Jahre. Es folgte die Zeit der Konfrontation mit dem 1963 unabhängig gewordenen Malaysia, wegen der Indonesien die Vereinten Nationen verließ. Die Zeit, in der Holland Westpapua die Unabhängigkeit versprach und indonesische Truppen den Inselteil besetzten. Eine Zeit, in der Sukarno versuchte, die widerstrebenden Kräfte im eigenen Land unter dem Label der NASAKOM (*Nationalisten, Religiöse, Kommunisten*) zusammen zu schmieden – mit immer weniger demokratischen Methoden. Eine Zeit der Wirtschaftskrise und des berühmt gewordenen trotzigen Ausrufes an den Westen: »*Go to hell with your aid.*«

Zur Zeit des Putsches vom 30. September 1965 war Sukarno nicht nur gesundheitlich angeschlagen, sondern auch isoliert von beinahe allen ehemaligen Unterstützern mit Ausnahme von Peking. »Mit dem erfolglo-

sen Bemühen Sukarnos, eine ebenso zentrale Rolle in der Blockfreien-Bewegung zu spielen wie Tito, Nasser und Nehru und mit seiner konfrontativen Politik in der Region, die viele alarmierte, machte er sich keine Freunde. Was blieb, war ein einziger Unterstützer, der kaum zum Ausgleich aller anderen internationalen Verbindungen diente«, so der serbische Historiker Jovan Cavoski¹

Westliches Engagement für ein autoritäres Regime

Die USA führten zu dieser Zeit bereits Krieg in Vietnam. Indonesien war ein wichtiger Baustein in der Dominotheorie des Westens. Anders als in Vietnam mussten die USA in Indonesien allerdings keine eigenen toten Soldaten riskieren. Den amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson erreichte am 01. Oktober der folgende Bericht des CIA: »Eine Machtveränderung, die weitreichende Auswirkungen haben könnte, findet gerade in Jakarta statt.«² Der Westen reagierte sofort, mit massiver Wiederaufnahme der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe, die zuvor wegen der verschlechterten Beziehungen zu Sukarno reduziert worden war.



Foto: Anett Keller

»Das westliche Engagement für ein autoritäres Regime in Indonesien hatte tiefe Wurzeln«, so Brad Simpson, US-Historiker und Autor von »*Economists with guns: Authoritarian Development and U.S.-Indonesian Relations*«. Jahrelang hatte Washington westlich orientierte indonesische Technokraten und Teile des Militärs unterstützt, die mit US-Geldern aus- und weitergebildet wurden. IMF und Weltbank propagierten ihre »strukturellen Anpassungen« und Modernisierungstheoretiker lieferten die Argumente für eine integrierte technische, wirtschaftliche und militärische Entwicklungshilfe. »Das Ziel war nicht nur die Eindämmung des Kommunismus sondern auch eine Umkehrung von Indonesiens Blockfreien-Einbindung und seiner unabhängigen Entwicklungspolitik«, so Simpson. Im Zuge der Konfrontation mit Malaysia wurde Washington zunehmend klar,

dass mit Sukarno nicht mehr zu rechnen war. Doch Sukarnos Macht im Land war unangetastet, zumindest »so lange, bis einige unsere Freunde seinen Sturz wünschen würden« urteilte 1963 ein ranghoher US-Diplomat. Im britischen Außenministerium kam man 1964 zu der Ansicht, »es spräche viel für die Unterstützung eines verfrühten [und fehl schlagenden] PKI-Putsches so lange Sukarno noch am Leben ist«. Im Frühjahr 1965 sahen sich die Ableger führender westlicher Konzerne in Indonesien schließlich der Gefahr der Verstaatlichung gegenüber. »Auf lange Sicht«, so die Einschätzung des Under Secretary of State George Ball, »mag Indonesien für uns wichtiger sein als Südvietnam.«³

Washington, London und ihre Verbündeten befürchteten, die Armee könnte in ihrem Gegenschlag gegen die Putschisten nicht weit genug gehen und holten alles aus dem Arsenal, was für einen Sieg nötig war – nicht nur technische und finanzielle Hilfe, sondern auch konkrete Namenslisten. »Während einige Historiker und US-Beamte vermuteten, es sei die Haltung der USA in Vietnam gewesen, die die indonesische Armee in ihrem Vorgehen gegen die PKI ermuntert habe, spielte die konkrete Unterstützung von Washington und seinen Verbündeten und die klaren Signale, dass das Vorgehen der Armee in ihrem Sinne war, eine viel wichtigere Rolle«, so Simpson⁴. Der anfangs vom Westen noch als wankelmütig empfundene Suharto wurde überzeugt, dass weitere Hilfe an die Absetzung Sukarnos und an eine politische Neuausrichtung des Landes – vor allem was das Operieren westlicher Konzerne anging – gebunden war. Und an ein von Washington diktiertes Gesetz für Auslandsinvestitionen, das den Weg für die Ressourcenausbeutung durch Freeport und Co ebnete. Ein Weg, den das Magazin »Fortune« kurze Zeit später als beispielhaft für andere unterentwickelte Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika bejubelte.

Ohne Aufarbeitung keine Versöhnung

Das auf den Putsch folgende grausame Abschichten hunderttausender als links Verdächtiger habe dem Westen mindestens ebenso gedient wie Suharto, ist der kanadische Historiker John Roosa überzeugt. »Warum wissen wir so wenig darüber, was damals passierte?«, fragt Roosa, der seit über zehn Jahren zu 1965 forscht. »Wir müssen erkennen, dass wir es mit einem Ereignis zu tun haben, das als Nicht-Ereignis konstruiert wurde. Die Täter haben hart gearbeitet, um uns Historikern nicht allzu viele Fakten zu hinterlassen«, so Roosa⁵. So lange man nicht mehr wisse, sei es verfrüht, über die genauen Todeszahlen zu spekulieren, so Roosa. Und es sei verfrüht, über Versöhnung zu sprechen, so lange die Getöteten in den Augen der meisten Indonesier keine Opfer seien, sondern Dämonen. »Bevor es zur Versöhnung kommen kann, müssen sich die versöhnenden Parteien doch erst einmal darüber verständigen, was eigentlich passiert ist.« Roosas Suche nach einer neuen

Geschichtsschreibung, nach einer Aufklärung der Massenmorde stößt nicht allerorten auf Freunde. Die indonesische Übersetzung seines Buches »*Pretext for mass murder*« erschien der indonesischen Regierung so sensibel, dass die Generalstaatsanwaltschaft sie Ende 2009 auf die Indexliste setzte.

Während der Konferenz wurde der Blick aber weit über Washington hinaus geweitet. Neben Cavoskis Ausführungen zu China bot Ragna Boden, Autorin von »Die Grenzen der Weltmacht: Sowjetische Indonesienpolitik von Stalin bis Breschnew« einen Einblick in die Perspektive Moskaus. Unter Chruschtschow hatte die UdSSR zunächst die von Stalin gepflegten guten Beziehungen zu Jakarta ausgebaut. Indonesien gehörte zu den Spitzenempfängern sowjetischer Entwicklungshilfe. Anfang der 60er Jahre schwand Moskaus Einfluss auf die Genossen der PKI, während jener Chinas wuchs. Eine klare Linie in der Reaktion auf den Putsch fand Boden bei ihrer Forschung in russischen Archiven nicht. Zwar schien Moskau sich des Ausmaßes des Massenmordes in Indonesien bewusst. »Die Massaker wurden in der sowjetischen Presse, aber auch in offiziellen Reden der Partei- und Staatsführung kritisiert«, so Boden. Doch »während der Massaker brachen die sowjetischen Vertretungen vorsorglich alle Kontakte zur PKI ab, so dass jede Hoffnung auf Asyl im Keim erstickt wurde«, so die Historikerin. In den Jahren der »*Orde Baru*« attestiert Boden Moskau eine opportunistische Außenpolitik, die dennoch den Einfluss der Sowjetunion in Indonesien kaum wieder vergrößerte.

Medien als Propagandahelfer

Die deutsche Perspektive beleuchtete der Vergleich der Außenpolitik Ostberlins und Bonns in Bezug auf Indonesien, dem sich der Zeithistoriker Bernd Schäfer gewidmet hatte. Der Propagandakrieg der deutschen Staaten machte auch vor ihren Vertretungen in Jakarta nicht Halt. Aus dem Archivmaterial des Auswärtigen Amtes wird nicht nur deutlich, welche Rolle zwei ehemalige Nazis als Botschafter Bonns in Jakarta spielten⁶, sondern auch, dass sich Bonn zunächst starke Sorgen machte, dass Sukarno an die Macht zurückkehren und sich auch nach Suhartos Machtübernahme zunächst nicht sicher war, wie pro-westlich das neue indonesische Regime sein würde. Ab 1967 konnte man sich sicher sein und hatte bereits zuvor auch an der Heimatfront überzeugt. Die westdeutsche Botschaft versorgte den damaligen Korrespondenten der Deutschen Nachrichtenagentur (DPA), Ulrich Grudinski, mit exklusivem Zugang zu ihren antikommunistisch gefärbten Berichten, die dieser bereitwillig verbreitete. »Der gute Ruf der DPA für ihre Objektivität und Grudinskis ›Insider-Informationen‹ führten zu starker Verbreitung seiner ›Vor-Ort-Berichte‹ in Westdeutschland und der Schweiz«, so Schäfer⁷. »Der Inhalt folgte im Allgemeinen der Propaganda der indonesischen Armee.«

Ein schlechtes Licht auf die journalistische Zunft in jenen Tagen warfen auch die Analysen zur Berichterstattung über 1965 und die folgenden Jahre aus französischer und australischer Perspektive. Erstere war klar von Orientalismus und Kalter-Kriegs-Rhetorik geprägt. »Die bürgerliche Presse [in Frankreich] vermittelte den Eindruck, dass Indonesier anders sind als Europäer, dass das Regime unter Sukarno eine bizarre Diktatur war, dass Suharto nun die Dinge richten würde und dass dieses ungeheuerliche Massaker [...] zwar bedauerlich sei, aber ein unausweichlicher Kollateralschaden im Kampf für ein richtiges Ziel«⁸, so der in Paris lebende Historiker Heinz Schütte.



Darstellung der PKI am *Pancasila*-Monument

Foto: Anett Keller

In Australien sei das Wissen über die hunderttausenden Morde in Indonesien erstaunlich gering dafür, dass es sich um die Geschichte des Nachbarlandes handle, so der Politologe Richard Tanter. In einer Meinungsumfrage Mitte der 70er Jahre wussten nur 60 Prozent der Befragten, wer Suharto ist. Die Mehrheit von ihnen wertete ihn positiv. Kein einziger erwähnte das Morden, das Suharto an die Macht gebracht hatte. »Die Geschichte der Darstellung der Massenmorde ist der Punkt, wo Antikommunismus, die Sicherheitsanforderungen des [australischen] Nationalstaats in Zeiten des Kalten Krieges und ein großes Maß von Rassismus eine Mischung ergaben, die eine gemeinsam gelebte Menschlichkeit und moralische Verantwortung – wie man sie nach Auschwitz hätte erwarten können – erstickte«⁹, so Tanter.

Opfer kämpfen für ihre Rechte

Für Opfer von 1965 stellen Diskussionsforen wie die Konferenz Meilensteine dar. »Das Thema war so lange ein Tabu, nun haben wir einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wahrheit getan«, sagt Bedjo Untung. Heute steht er der Organisation YPKP (*Yayasan Peneli-*

tian Korban Pembunuhan 1965-1966) vor, die sich der Aufarbeitung der Morde von 1965/66 und der danach folgenden jahrzehntelangen Stigmatisierung der Überlebenden verschrieben hat. Untung hat neun Jahre Haft und Zwangsarbeit unter Suharto hinter sich. Er erzählt vom Hunger im Gefängnis, davon, wie er Mitgefangene neben sich sterben sah, weil ihnen die nötige medizinische Hilfe versagt wurde. Aber er erzählt auch von der Solidarität der Häftlinge. Wie sie sich gegenseitig beibrachten, was sie konnten. Wie er mit Carmel Budiardjo, die später in London die NGO Tapol gründete, hinter Gittern Englisch lernte. Wie sie Vokabeln auf Zigarettenpapier schrieben. Ein anderer Häftling brachte Bedjo das Gitarre spielen bei. »Als ich ›raus kam‹ lehrte ich Gitarre und Englisch. Ich kam ja in keinen normalen Beruf mehr rein«, sagt der heute 63jährige Bedjo. Mit seinen Mitstreitern bei YPKP, die inzwischen an 200 Orten Büros haben, hat er sich dem Kampf gegen das Vergessen verschrieben. »Wir wollen die Mordfälle aufrollen, um unser Stigma los zu werden. Wir haben nichts verbrochen. Wir wollen unsere Rechte, wollen Entschädigung. Wir wollen wissen, wie viele Tote es waren, und wo ihre Gräber sind. Und vor allem wollen wir, dass man keine Angst mehr haben muss, über diese Dinge zu reden«, sagt Bedjo.

»Das historische Ereignis im Kontext zu sehen«, ist ein entscheidender Schritt zur Versöhnung und zum Heilen der historischen Wunden«, so Mardiyah Chamin, Direktorin des Tempo-Institutes, das parallel zur Konferenz eine Ausstellung kuratierte. Fotocollagen, Filmausschnitte, Comics und Gebrauchsgegenstände von ehemaligen Tapol (*politischen Gefangenen*) im Gefängnis nahmen die Besucher des Goethe-Instituts mit auf eine bedrückende visuelle Reise in die Vergangenheit. Ergänzt wurde das Konferenzprogramm auch durch Theater- und Tanzperformances, unter anderem das Puppenspiel »Mwathirika« des renommierten Paper Moon Theater aus Yogyakarta. »Es erinnert an die dunkelste Episode der neueren indonesischen Geschichte und macht deutlich, wie die Geister der Vergangenheit auch die Gegenwart und die Zukunft unseres Landes prägen«, schrieb der *Jakarta Globe* über die Aufführung.

Macht der Täter ist ungebrochen

So viel Geschichtsbewusstsein stieß nicht allerorten auf Wohlgefallen. Noch bevor die Konferenz eröffnet war, demonstrierten mehrere Dutzend Vertreter der *Gerakan Pemuda Islam* (GPI) vor dem Goethe-Institut. »Kommunisten sind keine Opfer« und »Geht zur Hölle« stand auf ihren Plakaten. Die Kommunisten sollten das Goethe-Institut verlassen, in diesem Land sei für sie kein Platz, so ein Sprecher. Einer Einladung des Goethe-Institutes zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion während der Konferenz leisteten die selbst ernannten Religionshüter allerdings nicht Folge.

Auch Teilen der Staatsgewalt schien das Stochern im Nebel der Vergangenheit eher störend zu wirken. Die Veranstalter und einige der internationalen Wissenschaftler wurden von der Polizei vorgeladen. Nicht nur am *Pancasila*-Monument, sondern auch bei einem Besuch der Wissenschaftler in der Residenz von Ahmad Yani, 1965 Oberbefehlshaber der Armee und einer der sieben Ermordeten von G30S, zeigte die Polizei deutliche Präsenz und starkes Interesse an den ausländischen Gästen. »In Deutschland werden die Monumente der Diktatoren zu Orten, an denen Geschichte gelehrt wird«, so der indonesische Soziologe George Junus Aditjondro. »Das kann in Indonesien gar nicht passieren, weil die Verteidiger der alten Macht noch immer an der Macht sind.«

In den ersten Reformjahren schien vieles möglich. Opferverbände formierten sich, kritische Bücher und Filme über 1965 durften endlich erscheinen. Abdurrahman Wahid (Gus Dur), Indonesiens Präsident von 1999 bis 2001, versuchte gar, das 1966 erlassene Verbot der kommunistischen Partei aufzuheben. Er scheiterte. Der Rest ist Geschichte. »Die konservativen Kräfte in unserem Land haben sich konsolidiert«, ist Baskara T Wardaya, Direktor des Zentrums für Geschichte und politische Ethik (PUSDEP) der Sanata Darma Universität Yogyakarta überzeugt. »Zu stark ist der Einfluss der Täter – Militär, Religiöse Gruppen, denen die Roten und ihre Landreformen ein Dorn im Auge waren sowie andere Zivilisten, die aus Angst mitmachten«, so Baskara.

Wie erbittert der Kampf um die Deutungshegemonie der indonesischen Geschichte geführt wird, zeigte sich im Jahr 2007. Eine Reihe von Verlagen hatte Geschichtsbücher herausgegeben, deren Deutung der Ereignisse von 1965/66 von der offiziellen Suharto-Version abwich. Die bis dato noch immer verwendeten Bücher basieren auf einem Manuskript aus dem Jahr 1974. Die neuen Bücher wurden »wegen Verbreitung kommunistischen Gedankenguts« jedoch nicht nur von der Generalstaatsanwaltschaft verboten, sondern sogar öffentlich verbrannt.

Neuer Umgang mit Geschichte

Mag sich in der offiziellen Geschichtsschreibung noch immer das Gesicht Suhartos und seiner Helfershelfer spiegeln – den Wissensdurst der jungen Generation können die Profiteure des alten Indonesien nicht aufhalten. Kritische Schriften wie Roosas Buch zirkulierten im Internet nur umso stärker, nachdem die Behörden sie verboten.

Ins Goethe-Haus gekommen ist Ahmad, ein junger schlanker Mann mit großen, wachen Augen. Er studiert Geschichte im 8. Semester. Sein 70jähriger Großvater, erzählt er, verdamme alle Kommunisten. »Für ihn sind sie Atheisten, die nicht nach Indonesien gehören. Er ist nicht sehr gebildet und Suhartos Indoktrinierung wirkt

noch immer.« Ahmad begann, sich für Geschichte zu interessieren, nachdem er einen ehemaligen politischen Häftling traf, der ihm seine Geschichte erzählte. »Das war so völlig anders, als das, was ich aus den Schulbüchern kannte«, sagt Ahmad. »Wir müssen rational mit Geschichte umgehen«, ist sein Credo. Das sei nicht leicht, sagt er, die meisten Lehrer stammten noch aus der alten Zeit. Doch es käme eben auf jeden selbst an. Während eines Unterrichtspraktikums an einem Gymnasium hat Ahmad mit den Schülern 1965 behandelt – mit den offiziellen Lehrbüchern, aber auch mit den Schriften ehemaliger Häftlinge, mit Filmen, die eine alternative Geschichtsschreibung spiegeln. Das sei bei den Gymnasiasten total gut angekommen. Ahmad ist Mitglied der muslimischen Studentenvereinigung HMI. An seiner Uni, erzählt er, gebe es auch eine Studentengruppe, die eher kommunistischen Ideologien zuneige. »So lange sie die Meinungsvielfalt bereichern«, sagt Ahmad, »finde ich das super«. ♦

Anmerkungen

¹ Jovan Cavoski: On the road to the coup: Indonesia between the Non-Aligned and China, 1955-1965, alle im folgenden zitierten Aufsätze wurden auf der Konferenz »Indonesia and the world in 1965« vorgestellt. Die Veranstalter planen eine Veröffentlichung in Buchform.

² Bradley Simpson: International Dimensions of the 1965-66 killings in Indonesia

³ ebd.

⁴ ebd.

⁵ John Roosa: Suharto, Faust, Yudhisthira and the Killing of Prisoners

⁶ 1964-1966 Luitpold Werz, 1966-1967 Kurt Luedde-Neurath

⁷ Bernd Schäfer: The two Germans and Indonesia 1965/66

⁸ Heinz Schütte: The 30th September 1965 in Indonesia and its aftermath in French Press Reporting

⁹ Richard Tanter: Witness Denied: The Australian Response to the Indonesian holocaust, 1965-66

Anett Keller ist Journalistin und berichtet aus Indonesien für diverse deutsche Medien. Sie ist erreichbar unter anettkeller@gmail.com

Arbeiter ohne Bewegung?

Warum es in Indonesien emanzipatorische Arbeiterbewegungen so schwer haben - ein Erklärungsversuch

von Timo Duile

Indonesien ist immer noch ein verhältnismäßig armes Land. Die Einkommen sind überdies, trotz mittlerweile existierender Mittelschicht, extrem ungleich verteilt. Das Leben der großen Mehrheit der Indonesierinnen und Indonesier ist nach wie vor von harter Arbeit und geringen Einkommen gekennzeichnet.¹ Trotz beträchtlichen Wirtschaftswachstums nimmt die Armut in Indonesien sogar wieder zu.² Dennoch schaffte bei den Parlamentswahlen 2009 keine Partei mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung den Sprung über die 2,5%-Hürde. Es haben sich bis heute, im Jahre 13 nach Suharto, kaum größere, eigenständige Arbeiterbewegungen »von unten« etablieren können. Oft ist das Fehlen von *grass-roots*-Bewegungen mit spezifischen Konzepten traditioneller indonesischer, genauer gesagt javanischer politischer Kultur zu erklären versucht worden. In diesem Ansatz wurde der *priyayi*- (Beamten-) Kultur entstandene Neopartimonialismus als ein wichtiges Charakteristikum politischer Kultur in Indonesien aufgefasst. Diese, so die Argumentation, ließ inoffizielle Netzwerke, Bürokratisierung und eine strikte *top-down*-Struktur der Macht sowie eine streng stratifizierte Gesellschaft entstehen in denen jeder und jede seine unveränderbare Position einzunehmen habe.³ Ein anderer wichtiger Punkt, neben der Tatsache, dass alle Linken seit der Machtergreifung Suhartos als Kommunisten diskreditiert werden und ein weit gefasster Antikommunismus zur Staatsräson wurde, scheint die Verflechtung von übersteigertem Nationalismus und Arbeiterbewegungen zu sein. Diese soll im Folgenden grob skizziert werden.

Im Indonesien der Revolutionszeit um 1945 bis zu dem »Ereignis 65/66« (*peristiwa 65/66*), in dessen Verlauf über eine halbe Million tatsächlicher und vermeintlicher Kommunisten getötet wurden, war die PKI (*Partai Komunis Indonesia*) die maßgebliche Kraft der indonesischen Arbeiterbewegung. Der mitgliederstarken, in Kadern besonders auf Java und Bali organisierten PKI stand eine kleinere sozialistische Arbeiterpartei, die PSI (*Partai Sosialis Indonesia*) gegenüber, die ihre Wurzeln u.a. in der europäischen Sozialdemokratie und im Fabianismus hatte. Einer der größten Unter-

schiede zwischen den beiden Parteien lag in ihrer Einstellung gegenüber dem Nationalstaat: Die PKI verstand sich als nationalistische, antiimperialistische Kraft, während die PSI leisere Töne anschlug und z.B. weitestgehend darauf verzichtete, gegen ausländische Investoren Stimmung zu machen, da ihr und besonders ihrem Vorsitzenden Sjahrir bewusst war, dass ausländisches Kapital dringend für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes benötigt wurde. In der nationalistisch aufgeheizten Stimmung der *Revolusi Sukarno* fiel der Antiimperialismus der PKI auf fruchtbaren Boden. Bei der ersten – und bis 1999 letzten – freien Wahl 1955 gewann die PKI 16,4% der Stimmen und war von den Mitgliederzahlen die drittgrößte KP der Welt. Die PSI kam nur auf magere 2%.⁴ In Sukarnos »gelenkter Demokratie« (*demokrasi terpimpin*), die 1959 die kurze demokratische Phase nach der Unabhängigkeit beendete, wurde die PSI verboten, während die PKI zu einem wichtigen Machtfaktor wurde. 1965 diente ein angeblicher Putschversuch der PKI zum Vorwand für eine Militärfraktion um Suharto, die PKI zu liquidieren und somit auch diese Variante der Arbeiterbewegung aus dem politischen Geschäft auszuschließen. Seitdem versteht sich das Militär als Institution, die gegen tatsächliche und vermeintliche Kommunisten die *Pancasila* und die Nation verteidigt.

In der Neuen Ordnung bildete ein weit gefasster Antikommunismus eine Grundlage der politischen Kultur. Alles Linke, was den Interessen der Regimekoalition um Suharto widersprach, konnte mit dem Verweis auf den Kommunismus aus jedem politischen Diskurs ausgelagert werden. Personen, die sich dennoch in illegalen freien Gewerkschaften und Parteien organisierten, sahen sich im schlimmsten Fall mit dem juristischen Vorwurf der Subversion bedroht – ein Straftatbestand, auf den sogar die Todesstrafe stand. In der Neuen Ordnung wurden die Arbeiter depolitisiert und in den organisierten Staat der Neuen Ordnung zwangsintegriert.⁵ Der politisch aufgeladene Begriff *buruh* (Arbeiter) wurde durch die neutralen Formulierungen *pekerja* oder *karyawan* (Angestellter) ersetzt. Im nach dem Familienprinzip (*azas keluarga*) organisierten Staat der

Neuen Ordnung, in dem Suharto sich als *bapak* (Vater) seiner Landsleute, den *anak buah* (Kindern) verstand, war die Erhaltung der gesellschaftlichen Harmonie oberstes Gebot. Diese Harmonie wurde durch die Hegemonie der Regimekoalition aufrechterhalten und Aktivitäten der Arbeiterbewegungen wie z.B. Streiks, nicht selten als Gefährdung dieser Harmonie und des wirtschaftlichen Aufbaus (*pembangunan*) verboten und verfolgt. Wie zuvor in der Alten Ordnung wurde in der Neuen Ordnung die politische Kultur des Nationalismus gepflegt, wenngleich sie anders interpretiert wurde: Ausländische Investoren waren willkommen, die Bedrohungen waren nunmehr Kommunisten. Zur Entwicklung des Landes beizutragen, wurde zum Inhalt des indonesischen Nationalismus unter Suharto. Der Nationalismus erfüllte besonders gegen Ende der Neuen Ordnung überdies die Funktion einer Abgrenzung zum »Westen«. Es wurde versucht, eine spezifisch indonesische Gesellschafts- und Politikordnung zu etablieren, welche keiner »westlichen« Elemente wie Menschenrechte und demokratische politische Partizipation bedurften. Der Nationalismus wurde so zwar in einigen Punkten umgedeutet, blieb aber weiterhin wichtiger Bestandteil indonesischer Politik und konnte in der politischen Kultur des Landes eine bemerkenswerte Kontinuität entwickeln.

Auch nach Suharto sehen sich zahlreiche linke Gruppen weiterhin Ressentiments ausgesetzt. Das gilt sowohl für Opferverbände, die eine Aufarbeitung der Ereignisse von 1965/66 betreiben, als auch für politisch linksstehende Gewerkschaften oder Parteien.⁶ Indem sie sich jedoch die Verteidigungsmentalität des indonesischen Nationalismus zu eigen machen, versuchen sie an politischen Diskursen zu partizipieren: Über die Verwendung von Nationalismus erst können sich Arbeiterbewegungen für eine Teilnahme am politischen Diskurs qualifizieren. Nicht wenige sehen dann in einem autoritären Staat die Interessen der Arbeiter am besten aufgehoben. Solange dieser fähig sei, wirtschaftliches Wachstum und Stabilität zu garantieren, so die Argumentation, werden auch die Arbeiter vom fürsorglichen *bapak* für ihre Dienste am Vaterland belohnt und gut behandelt. Dies gilt sowohl für Organisationen, die auf Argumentationsmuster der Neuen Ordnung zurückgreifen als auch für Anhänger des *Marhaenisme*, einer von Sukarno inspirierten, nationalistisch-antiimperialistischen, auf Führertum ausgerichteten Denkströmung.⁷ Die PDI-P, zur Zeit immerhin drittstärkste Par-

tei, proklamiert für sich, die Interessen der kleinen Leute (*wong cilik*) zu vertreten, aber ausgereifte oder gar überzeugende Konzepte dazu weiß sie offenbar nicht anzubieten – stattdessen bemüht auch sie einen diffusen Nationalismus. Wohl nicht zuletzt wegen der wenig überzeugenden Lösungsansätze ist ihr Stimmenanteil von fast 34% bei der Wahl 1999, bei der es die PDI-P noch schaffte, sich als glaubwürdige Alternative zu Golkar zu präsentieren, auf nunmehr 14% (Wahl 2009) gesunken.

Dennoch gibt es Ansätze für linke Bewegungen, jenseits des Nationalismus Orientierungspunkte für eine politische Betätigung zu suchen. So verhandeln indonesische Gewerkschafter zur Zeit über einen asiatischen Mindestlohn.⁸ Gerade die Globalisierung könnte so dazu beitragen, über den Tellerrand des eigenen Nationalstaates hinauszublicken, sich mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern zu solidarisieren und so einen u.a. auch den Interessen einiger nationaler Konzerne entsprechenden Nationalismus überwinden.

Im Verhältnis zu den südostasiatischen Nachbarn offenbart sich eine deutliche Schwäche der indonesischen Arbeiterbewegungen: Sie befinden sich in einer schwachen Verhandlungsposition, da Arbeit in einigen anderen Staaten Südostasiens noch billiger ist und Unternehmen jederzeit mit Abwanderung drohen können. Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage für die meisten in Indonesien produzierenden Unternehmen



Fabrikarbeiterinnen

Foto: RepublikKaumMiskin

seit der Asienkrise deutlich gebessert. Ein Garant dafür, dass Arbeiterinnen und Arbeiter davon profitieren, ist das jedoch nicht, denn auch heute geht es im internationalen Wettbewerb darum, die billigste Arbeit anzubieten. Gerade vor diesem Hintergrund ist das Projekt des »asiatischen Mindestlohn« grundlegend, um Arbeiterinteressen wirkungsvoll zu vertreten und den eigenen Nationalismus ein Stück weit zu überwinden.

Der Nationalismus erfüllt innerhalb der indonesischen Arbeiterbewegungen nicht selten die Funktion, den Mangel an abstrakt-politischen Vorstellungen zu kaschieren. Seit der *Reformasi* haben sich zwar viele, meist kleine Gewerkschaften gegründet, denen aber nicht nur eine Partei, die ihre Forderungen auf staatlicher Ebene vertritt, fehlt, sondern die auch an politischen Programme nicht sonderlich interessiert sind, wenn sie über einfache Forderungen nach Lohnsteigerungen hinaus gehen. Da aber Bezugspunkte zu einem größeren politischen Programm fehlen, bleibt als abstrakter Überbau oft nur der Verweis auf die Nation, in

der der Arbeiter seinen Platz habe und die die indonesischen Arbeiter vor dem ausländischen Kapital zu verteidigen habe.

Für eine stabile Demokratie wäre eine Interessenvertretung gerade der großen Zahl von armen Indonesierinnen und Indonesiern unerlässlich. Auch wenn sich diese Interessenvertretung im Rahmen des Nationalstaates organisiert, darf der Nationalstaat nicht letzter Zweck der Menschen sein. Nationalistische Arbeiterbewegungen tendieren nicht selten dazu, Missstände zu übersehen oder zu bagatellisieren, wenn sie von der nationalen Elite verursacht wurden. Der Nationalstaat kann für eine demokratische und emanzipatorische Arbeiterbewegung, wie es im Roman »Straße ohne Ende« von Mochtar Lubis heißt, nur »Instrument« sein. In dem Roman erkennt Hazil, ein junger Unabhängigkeitskämpfer in einem Moment der Klarheit die ganze Bedeutung seiner Bemühungen: »Die Nation ist nur das Instrument. Und das Individuum darf der Nation nicht untergeordnet werden. Dies ist die Musik meines Lebens. Dafür kämpfe ich. Dies ist die Straße ohne Ende, die ich beschreite. Dies ist die Revolution, die wir begonnen haben. Die Revolution ist nur das Instrument, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Und die Unabhängigkeit ist nur das Instrument, um den Menschen mehr Glück und mehr Würde zu verschaffen.«⁹

Vielleicht müsste sich eine Arbeiterbewegung auch an diesen Zeilen orientieren. Ohne die Nation als Selbstzweck misszuverstehen und ohne im Imperialismus fremder Mächte die böse Bedrohung für Indonesien zu sehen, könnten sie auf das emanzipatorische Element des Unabhängigkeitskampfes verweisen und sich dem Ziel verpflichten, für ein würdevolleres und glücklicheres Leben aller einzutreten. Der im kollektiven Gedächtnis so wichtige Unabhängigkeitskampf muss so nicht der Interpretation der wirtschaftlichen Elite und dem Militär, die daraus einen unkritischen Nationalismus, Militarismus und Heldentum kreieren, überlassen werden, sondern kann aus emanzipatorischer Sicht als Bezugspunkt dienen. Es gilt nun, die demokratischen Errungenschaften der *Reformasi* zu nutzen und alternative Narrationen der Vergangenheit anzubieten, um die gegenwärtige Politik in Indonesien in einem anderen, kritischen Licht erscheinen lassen zu können. Damit wäre schon ein erster Schritt getan, den Nationalismus in Indonesien zu bändigen. ♦

Anmerkungen

¹ 52% der Indonesierinnen und Indonesier (ca. 120 Mio.) leben unterhalb der Armutsgrenze (Einkommen von weniger als 2 Dollar am Tag), 35 Millionen sogar in extremer Armut (sie haben weniger als 65 US-Cent pro Tag zum Leben zur Verfügung). Vgl. dazu auch: Suroso, Jusuf: Mit oder ohne Verantwortung? Großkonzerne oder: wer regiert Indonesien? In: Südostasien, 4/2010, S. 44.

² <http://liportal.inwent.org/indonesien.html> (17.1.2010).

³ Zum Neopatrimonialismus in Indonesien siehe auch: Ufen, Andreas: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, Hamburg 2002, S. 17-24.

⁴ Dahm, B.: Indonesien – ein historischer Rückblick. Das nachkoloniale Indonesien. In: Köter, Herbert u.a. (Hrsg.): Indonesien, Tübingen 1979, S. 107.

⁵ Zum Organizismus der Neuen Ordnung siehe auch: Ufen, Andreas: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000), Hamburg 2002, S. 85 ff.

⁶ Bis heute wird von Staatswegen die offizielle Narration des »Ereignis 65/66« verteidigt. So wurde z. B. Sie indonesische Ausgabe der Studie »Pretext for Mass Murderer« von John Rosa ebenso verboten wie Schulbücher, die der PKI nicht die alleinige Schuld gaben. Eva Streifender und Fabian Junge weisen auf die Monopolisierung der Erinnerungskultur während der Neuen Ordnung hin und sehen Kontinuitäten im staatlichen Erinnerungsdiskurs bis heute. Vgl. dazu auch: Streifeneder, Eva; Junge, Fabian: Mythen, Macht und Massenmord. Antikommunismus in Indonesien. In: Findeisen, Genia u.a. (Hrsg.): Herausforderungen für Indonesiens Demokratie. Bilanz und Perspektiven, Berlin 2010, S. 51-60.

⁷ Zu diesen Gruppen siehe auch: La Botz, Dan: Made in Indonesia, Cambridge 2001, S. 172-174.

⁸ Tambunan, Rita Olivia: Asiatischer Mindestlohn – Ein Transnationales Interessennetzwerk kämpft für ein Existenzminimum im Kleidung produzierenden Gewerbe. In: Südostasien 4/2010, S. 8-10.

⁹ Lubis, Mochtar: Straße ohne Ende, Bad Honnef 1996, S. 53.

Timo Duile studiert Politische Wissenschaft, Philosophie und Ethnologie an der Uni Bonn und schreibt gerade seine Magisterarbeit über »Kontinuität und Wandel der politischen Kultur im Transformationsprozess Indonesiens«.

Tausend und eine Schmach

Indonesische Arbeitsmigrantinnen

von Antje Mißbach

Es ist keine Neuigkeit, dass alljährlich zehntausende Frauen nach Saudi Arabien migrieren, um dort genügend Geld zu verdienen und sich den Traum von finanzieller Selbstständigkeit zu verwirklichen. Auch nicht, dass viele von ihnen den Traum von einem besseren Leben mit körperlicher Ausbeutung und/oder psychologischem und sexuellem Missbrauch bezahlen.

Seit Jahren sind die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, mit denen eine nicht geringe Anzahl von Arbeitsmigrantinnen konfrontiert wird, in Indonesien und darüber hinaus bekannt. Zahlreiche Selbsthilfegruppen haben es sich daher zur Aufgabe gemacht, potentielle Migrantinnen besser auf ihren Aufenthalt in der Fremde vorzubereiten. In den Kursen der Arbeitsvermittlungsagenturen lernen die angehenden Migrantinnen höchstens wie man Biryani kocht und die Kufiya (Kopftücher für Männer) richtig bügelt, aber nicht, wie man sich vor Übergriffen schützt oder wo und wie man in Saudi Arabien Hilfe finden kann. Eine Reihe von NGOs betreut auch Heimkehrerinnen und hilft ihnen negative Erfahrungen zu verarbeiten, insbesondere wenn die Migration scheiterte und sie frühzeitig zurück kehren mussten, weil kein Lohn mehr gezahlt wurde oder sie Opfer sexuellen Missbrauchs wurden (s. auch SUARA 1/2010). Obwohl es vielen heimgekehrten Migrantinnen schwerfällt, anderen von ihren Unglücksfällen in der Ferne zu berichten, wissen potentielle Migrantinnen zunehmend über die Risiken eines Aufenthalts als Hausangestellte in saudischen Haushalten Bescheid. Nicht zuletzt berichtet die indonesische Presse in regelmäßigen Abständen über Frauen mit mitleiderregenden Schicksalen. Bisher hat jedoch die teils aufklärerische, teils sensationsheischende Berichterstattung über die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen (inklusive bis zu 16-stündige Arbeitstage ohne Urlaub und Freizeit, das Fehlen von privaten Rückzugsmöglichkeiten, Ausgehsperrn, etc.) die Anzahl der Migrationswilligen scheinbar nicht geschmälert (Jakarta Globe, 08.12.2010). Angetrieben von wirtschaftlicher Not, klammern sie sich an die Hoffnung, an einen guten Arbeitgeber zu gelangen.

Sumiat's Tortur

Im November 2010 bewegte der Fall von Sumiati Binti Salan Mustapa, einer 23-jährige Frau aus der Provinz Nusa Tenggara Barat, die Gemüter, nachdem Fotos von ihrem geschundenen Körper an die Öffentlichkeit gelangt waren. Sumiat's Hausherrin in Medina hatte sie mit einem Bügeleisen am Rücken verbrannt, ihr mehrere Knochenbrüche zugefügt und Teile ihrer Lippe mit einer Schere abgeschnitten. Der Anblick Sumiat's war derart schlimm, dass Präsident Susilo Bambang Yudhoyono von ›Folter‹ sprach und ein Sondertreffen seines Kabinetts einberief. Er bestellte den saudi-arabischen Botschafter ein und schickte die Familienministerin Linda Amalia Sari Gumelar nach Saudi Arabien, um Sumiati einen Krankenbesuch abzustatten. Während des Kabinetttreffens erwog Yudhoyono sogar zukünftig alle Migrantinnen mit Handys auszustatten, damit diese im Notfall Hilfe rufen könnten (Jakarta Post, 20.11.2010). Dabei sind Telefone das erste, was den migrationswilligen Frauen noch in Indonesien von den Arbeitsvermittlungsagenturen in den obligatorischen Vorbereitungskursen abgenommen wird. Unbeirrt von solchen eher hilflos anmutenden Vorschlägen der Regierung, erließ Zainul Majdi, der Gouverneur von Nusa Tenggara Timur ein Moratorium, mit dem die Auswanderung von lokalen Arbeitsmigrantinnen nach Saudi Arabien unterbunden werden soll. Gleichzeitig stellte er eine Entschädigung für Sumiati in Aussicht (Jakarta Post, 19.11.2010). Der internationale Druck auf die Regierung in Saudi Arabien nahm zu, nachdem der Fall Sumiat's auch in der westlichen Presse aufgegriffen wurde.

Kein Einzelfall

Obwohl die Regierung in Riad die Täterin umgehend festnehmen ließ und sich entschuldigte, so tat sie doch den »Vorfall« aus Einzelfall ab. Darüber hinaus meldeten sich einflussreiche Personen zu Wort, um das Ansehen des Golfstaats zu verteidigen: So beklagte sich beispielsweise der Vorsitzende der saudischen Industrie- und Handelskammer, Saad Al-Baddah, über die einseitige Darstellung der Medien, die nur die negativen Erfahrungen der Migrantinnen in den Mittelpunkt rückten. Saad forderte stattdessen Journalisten auf, zu den Flughäfen zu fahren, um die Migrantinnen zu fotografieren, die »vollbeladen mit Geschenken von ihren gültigen saudischen Arbeitgebern, mit Tränen in ihren Augen wegen des traurigen Abschieds und voller warmer Erinnerungen an ihre Erfahrungen in Saudi Arabien« die Heimreise antreten (*Arab News*, 05.12.2010). Dass Sumiatris Schicksal keineswegs ein Einzelfall ist, zeigen allein die nächsten zwei Fälle, die binnen weniger Tage an die Öffentlichkeit gelangten. Noch bevor die indonesische Delegation in Riad eintraf, wurde bekannt, dass Kikim Moalasari von ihren Arbeitgebern in Abha zu Tode geprügelt und ihr Leichnam in eine Mülltonne geworfen wurde (*Antara News*, 21.11.2010). Kurz darauf brach sich Juju Nurhayati die Wirbelsäule, als sie aus dem zweiten Stock sprang, um ihren gewalttätigen Arbeitgebern zu entkommen (*Jakarta Globe*, 14.12.2010).

Hilflos festsitzen

Derzeitig befinden sich nach Angaben des indonesischen Außenministeriums 640.000 Indonesierinnen und Indonesier in Saudi Arabien. Den größten Anteil der Arbeitsmigranten stellen Frauen, da ungelernete Indonesier wenig Aussicht auf Jobs haben. Presseberichten zufolge beläuft sich die Zahl sogar auf über 900.000. Schätzungsweise flüchtet täglich ein halbes Dutzend Hausangestellte aus den Häusern ihrer Arbeitgeber und begibt sich damit automatisch in die Illegalität. Vielen von ihnen landen in Elendsquartieren oder leben auf der Straße, weil sie ohne Geld und Papiere nicht einmal die Heimreise nach Indonesien antreten können. Manche hoffen letztlich nur noch darauf, dass sie von der Polizei oder Mitarbeitern der saudischen Einwanderungsbehörde aufgegriffen und in ihre Heimat deportiert werden (*Jakarta Globe*, 08.12.2010). Beim Besuch der indonesischen Ministerdelegation in Saudi Arabien Anfang Dezember wurde öffentlich, dass über 300 Indonesierinnen in der Botschaft Zuflucht gesucht haben, vor allem weil sie keinen Lohn erhalten hatten oder unerträglichen Behandlungen durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt waren. Darüber hinaus sitzen derzeit mehr als 1.700 ehemalige Hausangestellte in verschiedenen Gefängnissen in Saudi Arabien wegen Vorwürfen von

Unsittlichkeit ein, weil sie zum Beispiel ohne die Begleitung von Ehemännern oder Blutsverwandten in der Öffentlichkeit unterwegs waren (*Jakarta Globe*, 09.12.2010).

Indonesisch-saudische Beziehungen

Während die Regierungen von Thailand, den Philippinen, Bangladesch und Indien bereits in den 1980ern und 1990ern potentiellen Migrantinnen untersagten, als Hausangestellte nach Saudi Arabien zu migrieren, hat die indonesische Regierung diesen Umstand genutzt und die temporäre Auswanderung von indonesischen Frauen in den Nahen Osten eher noch unterstützt. Aus Bedenken, dass Riad die jährliche Quote für Pilger nach Mekka reduzieren könnte, zögerte Jakarta bislang, sich stärker für die Rechte ihrer Landsleute einzusetzen. Insgesamt zeigt sich, dass die indonesische Regierung nicht nur relativ willens-, sondern auch ziemlich machtlos ist, um das Wohlergehen ihrer Arbeitskräfte in Saudi Arabien einzufordern. So dauerte es mehrere Tage bis die Ministerdelegation überhaupt Einreisevisa nach Saudi Arabien erhielt. Es erübrigt sich fast schon zu erwähnen, dass beide Staaten weder die 1990er Konvention zum Schutz vom Arbeitsmigranten der Vereinten Nationen noch die Konvention über die Rechte für Arbeitsmigranten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnet haben. Außerdem gibt es auch keine bilateralen Abkommen, welche es indonesischen Arbeitsmigranten ermöglichen würden, legal gegen ihre Arbeitgeber vorzugehen. Ferner ist jedoch durchaus bekannt, dass in der Vergangenheit einige indonesische Minister selbst, so zum Beispiel Alwi Shihab, als Inhaber von Vermittlungsagenturen für Migrantinnen am »maid business« in den Nahen Osten beteiligt waren.



Indonesische Arbeitsmigrantinnen in Kuwait

Foto: Ardianto H.

Bilaterale Gespräche

Was waren nun die Ergebnisse der Anfang Dezember 2010 stattgefundenen Gespräche zwischen dem saudischen Arbeitsminister Adel bin Mohammed Faqih und seinem indonesischen Counterpart Muhaimin Iskandar? Zunächst einigten sich die Minister darauf, in Zukunft regelmäßige Treffen abzuhalten, um die Angelegenheiten von indonesischen Arbeitsmigranten zu diskutieren. Muhaimin stellte außerdem eine baldige Rückführung der ehemaligen Hausangestellten in Aussicht, die derzeit Schutz bei der Botschaft gesucht hatten oder in Gefängnissen ausharrten. Gleichzeitig beklagte er freilich den Geldmangel der Regierung für die hohe Zahl der notwendigen Rückführungen. Zu guter Letzt einigten sich beide Regierungsvertreter darauf, die Auswahlkriterien für Arbeitsagenturen und Arbeitgeber zu verschärfen und die beidseitige Kommunikation zu verbessern. Suhartono, ein Pressesprecher des Ministeriums für Arbeitskräfte und Transmigration forderte, dass Hausangestellte mindestens 21 Jahre alt sein müssen und mindestens 200 Trainingsstunden absolviert haben sollten, bevor sie die Genehmigung erhalten im Ausland zu arbeiten.



**Indonesische Arbeitsmigrantinnen in Saudi Arabien
warten auf Abholung**

Foto: Baratayudhana

Zurück in Indonesien

Noch während die Gespräche der Minister im vollen Gange waren, wurden in Indonesien die beiden Agenten Sumiaty festgenommen. Sie hatten Sumiaty's Alter in ihren Papieren gefälscht, damit diese das Mindestalter für Arbeitsmigranten erfüllt. Damit droht ihnen Anklage wegen Menschenhandels und Verstößen gegen den Schutz von Kindern und Arbeitsmigranten (Jakarta Globe, 09.12.2010). Gleichzeitig demonstrierten zwölf muslimische Organisationen, darunter die beiden einflussreichsten wie die Nahdlatul Ulama sowie die Mu-

hammadiyah, vor dem Parlament in Jakarta. Sie forderten einen einstweiligen Stopp für die Entsendung von Migrantinnen ohne männliche Begleitung, solange zumindest, bis beide Länder ein Moratorium über den Schutz von Arbeitskräften unterzeichnet hätten. Statt für die Stärkung der Rechte von Migrantinnen einzutreten, plädierte Slamet Effendy Yusuf, stellvertretender Vorsitzender der Nahdlatul Ulama, für die Einschränkung der Mobilität und fordert zur Lösung des Problems, Frauen zu verbieten in gefährlichen Orten zu arbeiten. Sein Kollege von der Muhammadiyah unter-

stützte diese Forderung mit der Behauptung, dass es im Islam Frauen ohnehin nicht erlaubt sei, ohne männliche Begleitung weit weg zu reisen (Jakarta Globe, 08.12.2010).

Nach diversen kosmetischen und rekonstruktiven Operationen geht es Sumiaty inzwischen angeblich einigermaßen besser. Als ›poster child‹ hat sie für eine neue Kampagne über das Schicksal der Hausangestellten in Saudi Arabien erhalten müssen.

Es bleibt daher nur zu hoffen, dass ihr tragisches Schicksal dazu beiträgt, dass es anderen Frauen nicht ähnlich ergeht. Aber eben nicht, indem sie in Zukunft nicht mehr eigenständig im Ausland Geld verdienen können, sondern indem es sich der Staat zur Aufgabe macht, ihre Rechte zu schützen. ♦

Antje Mißbach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie an der Universität Heidelberg

Störfaktor Urbane Armut

Interview mit Sandyawan Sumardi

Der Großraum Jakarta mit seinen Nachbarstädten Bogor, Tangerang und Bekasi gilt als größte Stadttagglomeration Südostasiens. Hier leben 11% der Gesamtbevölkerung Indonesiens. Jakarta als Kern dieses Molochs ist seit den 1960er Jahren auf die vierfache Fläche angewachsen, während die Bevölkerung von 2,67 Mio. (1960) auf 15,2 Mio. (2010) stieg (nach Günther Spreizhofer: Außer Rand und Band: Regionalentwicklung in Metro Jakarta. ASEAS 3(1) 2009). 23% der Stadtbevölkerung leben in Slums. Sandyawan Sumardi SJ engagiert sich seit Jahrzehnten in dem Netzwerk Jaringan Relawan Kemanusiaan (JRK) auch über die Grenzen Jakartas hinaus für die Armen. Mit ihm sprachen Samia Dinkelaker und Marianne Klute.

Herr Sandyawan, Sie arbeiten unter den urbanen Armen in der Megacity Jakarta und haben einmal gesagt: Sie haben ein Recht zu leben.

Es ist beeindruckend zu sehen, wie urbane Arme es schaffen, in Jakarta zu überleben. Ich lebe mitten unter ihnen. Seit elf Jahren wohne ich in Bukit Duri direkt an Jakartas größtem Fluss Ciliwung. In dieser Armensiedlung – eine von 49 im Großraum Jakarta – versuchen wir mit unserem Projekt Ciliwung Merdeka in Selbsthilfe die Lebensbedingungen zu verbessern.

Wovon leben die Einwohner von Bukit Duri?

In unserem *Kampung* gibt es mehr als 32 verschiedene Berufe. Hühnermetzger, Besenmacher und Holzhändler. Handwerker, die Matratzen oder Fußmatten herstellen. Schrotthändler, Plastiktütensammler oder Flussmüllmänner, die in alten Autoreifen auf dem Ciliwung rudern und nach Altwaren suchen. Bestimmte Berufe werden oft von Menschen einer bestimmten Region ausgeübt, z.B. kommen die Hühnermetzger aus Ostjava, die Holzhändler aus Madura usw.

Wie sieht der Überlebenskampf aus?

Zu den Härten des Überlebens kommen noch andere Probleme: mangelnder Zugang zu Trinkwasser oder die alljährlichen Überschwemmungen des Ciliwung. Das Grundproblem aber ist, dass Behörden und öffentliche Meinung die urbanen Armen als Illegale einstufen. Sie stehen unter Generalverdacht, illegal nach Jakarta gekommen zu sein. Nach unseren Daten siedeln die meisten Neuankömmlinge vom Land sich nicht in Jakarta, sondern in den Nachbarstädten an, in Tangerang und Bekasi. Für Jakarta bekommen sie keinen Personalausweis.

Viele Arme sind in Wirklichkeit legal in Jakarta, manche leben seit 30 Jahren hier. Bei uns Bukit Duri sind 75% der Einwohner gemeldet und haben einen Personalausweis. Doch auch sie werden als Illegale



Foto: Monika Schlicher

stigmatisiert. Die Behauptung, die urbanen Armen seien Illegale, ist Unsinn.

Ohne Papiere erhalten die Armen weder Wohnrecht noch Arbeitserlaubnis, und ihre Kinder haben kein Recht, zur Schule zu gehen. Die verschärfte Regulierung der Öffentlichen Ordnung und die Illegalisierung von Armut engen die Nischen des Überlebens immer mehr ein und verletzt ihre Menschenrechte.

Ist es nicht Aufgabe der Stadt, die Bedürftigen zu unterstützen? Gibt es in Jakarta z.B. sozialen Wohnungsbau?

Die Wohnblocks des Siedlungsministeriums kommen für die urbanen Armen nicht in Frage, da sie als »Illegale« kein Wohnrecht haben. Sie müssen Jakarta verlassen, doch auf dem Land finden sie keine Arbeit. Dabei ist Arbeit gerade für die städtischen Armen existenziell wichtig. Wo sie wohnen, ist zweitrangig, das kann

auch unter einer Brücke sein. In einen Wohnblock umzuziehen, bedeutet automatisch, die Arbeitsmöglichkeit zu verlieren. Ihr Haus ist auch ihr Arbeitsplatz. Sie arbeiten in ihren einfachen Häuschen meist unten, schlafen im oberen Stock. Das ist in einem Wohnblock nicht möglich, dort gibt es nur winzige Etagenwohnungen. Das ist der Grund, warum das Wohnblockmodell als total gescheitert gilt und von vielen bedeutenden Architekten, wie zum Beispiel Romo Mangunwijaya und anderen, als ungeeignet kritisiert worden ist.

Wie reagieren die Behörden konkret auf die »Illegalen«?

Sie werden zwangsvertrieben. Nach unseren Daten sind jedes Jahr Tausende Familien betroffen, ohne dass ihnen Alternativen geboten werden. Die einzige »Lösung« ist eine negative: raus aus Jakarta! Bestenfalls bekommen sie ein Übergangsgeld in Höhe von 200-300.000 Rupiah (15-25 Euro). Das reicht kaum, den Pickup für den Umzug zu bezahlen. Sehr häufig wird bei den Zwangsvertreibungen mit Gewalt vorgegangen.

Erinnern Sie sich an die großen Vertreibungen in Nordjakarta 2008 und 2009 im BMW Park? Tausende wurden zwangsvertrieben. Sogar die Kinder, die in der Schule waren, mussten Hals über Kopf aus der Klasse, weil sie »Illegale« seien. Wir haben dies sofort den Behörden gemeldet, doch niemand fühlte sich verantwortlich. Wir haben auch Komnas HAM, die staatliche Menschenrechtskommission, informiert. Komnas HAM hat zwar keine Befugnis zu handeln, hat aber eine Diskussion der Betroffenen mit dem Sozialministerium organisiert. Der Bürgermeister des Bezirks sagte, und er weinte dabei: ich schäme mich angesichts dieser Situation, ich schäme mich, denn ich habe den Befehl umgesetzt.

Ich denke, hier geht es nicht um legal oder illegal. Es geht hier um Recht versus Unrecht, es geht um Gerechtigkeit. Es stellt sich auch die Frage, wer hat den Nutzen? Vertreibungen werden unter dem Deckmantel des öffentlichen Interesses angeordnet. Öffentliches Interesse, was ist das? Wessen Interesse ist das? Das Interesse der Reichen oder der Politiker? Sind sie die Öffentlichkeit? Der Diskurs und das Verständnis, was öffentliches Interesse ist, ist völlig wirr (*kacau banget*).

Was sind die Ursachen für die ungerechte Behandlung der Armen?

Man betrachtet sie als Hindernis für die Stadtentwicklung. In der Sprache der Stadtpolitiker sind die städtischen Armen das Problem. Immer verdächtig, die Ordnung zu gefährden, weshalb sie möglichst weit weg umgesiedelt werden müssen. Das ist die Logik, die dahintersteckt. Man sucht nicht nach einer Lösung für das Problem der urbanen Armen, sondern will sie loswerden. Und dabei besteht Jakarta zu einem Viertel aus *Kampung*, wie die Armensiedlungen oder Slums heißen.

Sie sagen, die Armen brechen das Gesetz, wenn sie

keinen Ausweis haben oder wenn sie am Flussufer wohnen. Es ist verboten, ohne Papiere Straßenhandel zu betreiben. Es ist verboten, weniger als acht Meter vom Fluss zu wohnen. Begründet wird dies mit der Überschwemmungsgefahr. Doch warum baut man nicht entsprechend? In Pantai Kapuk, einem Luxuswohngebiet, wird dicht am Ufer gebaut, das ist technologisch zu bewältigen. Es gibt sogar ein Hotel über dem Wasser. Die Technologie ist da, Geld ist da, doch der politische Wille fehlt. Und das Verständnis fehlt. Der Abstand, der soziale Graben, ist zu groß.

In Berlin fließt ein Großteil der Steuereinnahmen in den Sozialsektor. Was haben Jakartas Arme zu erwarten?

In Indonesien fehlt ein Sozialsystem und es fehlen konstruktive Lösungsansätze für das Armutspröblem. Dabei ist im Grundgesetz festgelegt, dass der Staat das Recht auf Grundbedürfnisse wie Bildung oder Wasser garantiert. Die wunderbaren Gesetze werden nicht sozialisiert, obwohl dafür Gelder zur Verfügung stehen.

Ein Gesamtkonzept der verschiedenen Ministerien gibt es nicht. Für uns, die wir uns für die städtischen Armen einsetzen, gibt es nur einen Hebel: Unter der Prämisse der Menschenrechte müssten die Ministerien an einem Strang ziehen. Stattdessen schieben sie sich gegenseitig die Verantwortung zu.

Wenn die Stadt etwas tut, dann hat das nur symbolischen Charakter. Man veranstaltet eine Aktion »100 Kaki Lima helfen« (Kaki Lima, wörtlich Fünf Beine, sind Straßenhändler mit fahrbaren Karren). Da sieht man im Fernsehen, wie Unternehmer und große Politiker helfen. So wird der Eindruck erweckt, das Problem sämtlicher *Kaki Lima* in ganz Indonesien sei erledigt. Oder es wird gezeigt, wie ein Parteivorsitzender einem einzelnen Straßenhändler hilft. Die Realität ist davon meilenweit entfernt.

Was wären Alternativen?

Zum Beispiel eine spezielle Zone für die Straßenverkäufer. In vielen Städten der Welt gibt es Wochenendmärkte. Die Stadtverwaltung stellt einen Platz zur Verfügung, wo Kleinhändler ihre Waren verkaufen können. Mit der Auflage, am Ende alles wieder zu säubern. Dort kaufen nicht nur die Armen ein, sondern auch die Mittelklasse und Oberklasse.

Warum gibt es so etwas in Indonesien nicht? Wir haben in Bukit Duri schon einen Versuch gemacht, 30 Stände gebaut und Minang-Händler eingeladen, die über ein gutes Netzwerk verfügen. Der Markt – drei Tage lang Mitte Dezember – war ein großer Erfolg. Es hat sich gezeigt, dass die Leute organisieren können und diszipliniert sind, wenn sie motiviert sind, für sich selbst eine Lösung zu finden. Als Händler, und zwar als legale Händler.

Eine andere Alternative wäre die Nutzung brachliegender Grundstücke, die aus Spekulationszwecken erworben, aber nicht genutzt werden. Doch in der Praxis

wird das nicht umgesetzt. Viele Grundstücke liegen brach, werden höchstens mal für ein Fest oder eine Wahlkampagne angemietet. Wie wäre es, wenn man diese formal den *Kaki Lima* zur Verfügung stellt, wenigstens am Wochenende? Ich kann garantieren, dass Ordnung herrschen wird. Wir haben dieses Modell auch der Stadt vorgeschlagen, doch bis heute ist noch nie eine Reaktion erfolgt.

Alle Einwohner einer Megacity wie Jakarta sind mit ungeheuren Problemen konfrontiert: der Luftverschmutzung, Trinkwassermangel und Hochwasser. Es fehlt an Infrastruktur, die Verkehrsprobleme sind ungelöst. Das sind gewaltige Herausforderungen für Stadtplaner.

... und die städtischen Armen werden bei der Bewältigung der Infrastrukturprobleme als Störfaktoren betrachtet und sogar als Gruppe bezeichnet, die zusätzliche Probleme schafft. Ja, sie werden beschuldigt, gegen jede Infrastrukturplanung der Stadt Jakarta resistent zu sein.

Ich werde häufig, obwohl ich kein Architekt bin, zu Treffen eingeladen, um über diese Probleme zu sprechen. Denn ich bringe Erfahrungen aus dem Leben in der Gemeinschaft mit den Armen mit. Ich arbeite im *Forum Pemukiman* mit, einem Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit unabhängiger Architekten, in dem auch die Bevölkerung und Behörden vertreten sind, das Amt für Öffentliche Arbeiten und das Ministerium für Wohlfahrt (Menko KESRA). Dieses Forum trifft sich im im Büro von KESRA. Im Laufe der Zeit haben wir im Forum begriffen, dass das Hauptproblem in der Verteilung der Entwicklungshilfe liegt, die von der Weltbank oder Japan für Stadtentwicklung vergeben werden.

Um die Gelder ist ein Wettbewerb ausgebrochen zwischen dem Amt für Öffentliche Arbeiten (*PU, Pekerjaan Umum*), der Stadt und dem Sozialministerium. Diese haben eigene Wohnungsbauprogramme. Der soziale Wohnungsbau ist nicht nur von internationaler Hilfe abhängig, sondern auch von den 15 Großunternehmen, von Arifin Panigoro, Aburizal Bakrie oder Tommy Winata.

Die Entwicklungshilfegelder für Stadtentwicklung kommen nicht den Armen zugute, sondern fließen in den Aufbau einer neuen Oligarchie. Die Behörden sind bloß Werkzeuge der Unternehmen. Wir brauchen eine

öffentliche Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung und Transparenz.

Werden Standards der Weltbank nicht angewandt, etwa das Prinzip des Free, Prior and Informed Consent? Wie sieht es aus mit Konsultationen? Und dem Follow-up?

Der Prozess der Vergabe von Projekten zum Bau von Infrastruktur oder von Stadtentwicklung ähnelt dem der Gesetzgebung im Parlament. Es gibt zwar Konsultationen mit der Bevölkerung und mit NGOs, doch tatsächlich sind die Entscheidungen schon gefallen. Man veranstaltet ein Treffen und meint, das sei ein Dialog. Unsere Gesetze folgen im Wortlaut exakt den Vorgaben der Finanzgeber. Folgeschritte fehlen. Die Weltbank hat noch nie Sanktionen verhängt, wenn das Amt für Öffentliche Arbeiten oder die städtischen Behörden die Standards brachen. Die Standards und die Menschenrechte stehen nur auf dem Papier.

Verglichen mit der Situation der städtischen Armen zur Zeit der Neuen Ordnung: Was ist heute anders?

Die Situation ist ähnlich wie zur Zeit der Neuen Ordnung. Der Unterschied liegt darin, dass es früher nur ein Zentrum gab, den Präsidenten Suharto und die ihm eng verbundenen Konzerne. Es gab nur drei oder vier große *Player* wie Liem Sioe Liong. Heute ist alles viel komplexer. Es gibt sehr viele große *Player* und fünfzehn mächtige Konzerne. Dazu kommen die Tochterunter-

nehmen in den Regionen und die ausländischen Konzerne wie Freeport, die Erdölgesellschaften und internationalen Bergbaukonzerne. Zuhause mögen sie die Gesetze beachten, hier passen sie sich an. Effektive Kontrolle gibt es nicht.

Eines ist gewiss: die Missachtung der Menschenrechte, speziell der wirtschaftlichen, Gewalt, Landraub und

Umweltzerstörung sind heute exzessiver als früher. Früher konnten die Konzerne leicht identifiziert werden. Heute ist es unklarer. Kaum ist ein Fall öffentlich, schon gibt es woanders einen neuen Korruptionsfall.

Und die Armen sind wie Mücken zwischen Elefanten?

So ist es. Steuern und Entwicklungshilfe kommen



Vertreibung in Jakarta

Foto: Samia Dinkelaker

dem Volk nicht zugute und soziale Organisationen bleiben schwach. Mir ist nicht bekannt, dass Entwicklungshilfe jemals an Gewerkschaften geflossen ist. Noch nie hat eine Organisation der städtischen Armen finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen.

Auch NGOs spüren diese Entwicklung. Unterstützung aus dem Ausland wird durch eine neue Verordnung kontrolliert, sie bedarf der Zustimmung der Regierung. Die Hälfte der ausländischen Fördergelder muss an die Regierung abgeführt werden. In der Praxis läuft das so: das Sozialministerium fordert soundsoviel, Depdagri (das Innenministerium) fordert soundsoviel. Da bleibt nicht viel übrig. Wir erleben eine Legalisierung der Korruption. Auch Stiftungen müssen sich registrieren lassen. Die unabhängigen NGOs haben schwer zu kämpfen. Viele NGOs überleben nur, wenn sie mit der Regierung kooperieren. So werden sie zu bloßen Durchführenden von Regierungsprojekten. Das gleicht einer Monopolisierung der Zivilgesellschaft durch den Staat.

Wie ist es mit Initiativen und Selbstorganisation?

Die werden quasi illegalisiert. Um sich zu organisieren, brauchen die Armen unseres Viertels eine notarielle Registrierung und eine Genehmigung des Justizministeriums. Mit derartigen Kontrollen wurde in der Zeit der Neuen Ordnung ein Klima der Angst geschaffen. Heute ist es ebenso. Es herrscht eine echte Kontrolle, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

Für eine Nachbarschaft in einem *Kampung* heißt das: alles vorhandene Geld geht für den Notar drauf.

Das heißt nicht, dass den Armen die Gesetze gleichgültig sind. Sie sind ratlos, wegen der vielen Kontrollmechanismen. Wenn das Rauchverbot genauso kontrolliert würde, müsste es für jeden Raucher einen eigenen Kontrolleur geben. Das macht keinen Sinn. Deshalb verzichten sie lieber auf die Genehmigung.

Die Armen erleben die Regierung nur negativ, durch Vertreibungen und Kontrollen. Dagegen gibt es keine Berührung mit der Regierung, wenn es um existentielle Dinge geht, die Versorgung der Kinder und Alten, um Bildung und Arbeit. Für sie ist es so, als ob es keine Regierung gäbe. Oder sogar: Ohne Regierung wäre es besser.

Wie könnten die Armen an der Stadtplanung partizipieren?

Unsere Untersuchungen zur Partizipation haben ergeben, dass die urbanen Armen nicht wissen, dass es Stadtplanung gibt. Sie erleben einen Schock, wenn plötzlich ein Brief mit dem Räumungsbefehl kommt, morgen oder sogar heute. Für die Studie wurden auch Akademiker, Intellektuelle und Geschäftsleute interviewt. Ihnen allen ist das Problem bekannt. Doch auch von ihrer Seite gibt es keine Lösungsvorschläge. Wissenschaft und Wirtschaft scheinen unfähig, in Lösungsansätzen zu denken, das Problem zwischen der Stadt Jakarta und den städtischen Armen zu lösen.

Als wir nachhaken, kam heraus, dass sie wohl Konzepte haben, aber auch die besten Konzepte werden immer abgelehnt. Stattdessen verfolgt man in Jakarta das Konzept der Superblocks, inspiriert vielleicht sogar von Deutschland. Es ist ein Konzept der kompletten Flächenbedeckung mit Bürohochhäusern, Malls - ein erschreckender Anblick. Die Architekten der Superblocks haben mir persönlich gesagt, dass man bei der Stadtplanung davon ausgeht, dass es in Zukunft keine städtischen Armen mehr gibt. In der neuen Stadt gibt es keinen Platz für Arme, sie müssen weg. Raus aus Jakarta.

Die Frage ist, wem gehört die Stadt?

In Indonesien gibt es Architekten und Hochschulen mit professionellen Alternativkonzepten. Die liegen auf dem Tisch der Behörden: die *Stadt-Kampung*. Die *Stadt-Kampung* waren Thema eines Architektenwettbewerbs in Jakarta, bei dem ich Jurymitglied war. Als ein Vorbild wurde Tokyo genannt, wo es neben den Bürohochhäusern und Malls auch Wohnviertel und öffentlichen Raum gibt, mit dem gleichen Recht des Zugangs für alle. Große Malls wie Sogo in Jakarta sind dagegen kein öffentlicher Raum, denn Arme mit Flip-Flops dürfen sie nicht betreten.

Auch bei Wohnblocks in den *Stadt-Kampung* wird das Prinzip des gleichberechtigten Zugangs zum öffentlichen Raum beachtet. Hier können traditionelle Wochenmärkte wieder belebt und Raum für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt werden. In Jakarta müsste man Parkplätze für die Wagen der Straßenhändler bauen. Die Plätze zwischen Wohnblocks müssten den *Kaki Lima* offen stehen. Solche Konzepte liegen gibt es seit Jahrzehnten, man erinnere sich nur der wunderbaren Konzepte der Architekten Mangunwijaya und Johan Silas. Oder an das Projekt Husni Thamrin des früheren Gouverneurs Ali Sadikin. (Ali Sadikin, Gouverneur von 1966-1977, gestaltete das moderne Stadtbild Jakartas. Dazu gehörten auch einfache, moderne Wohnsiedlungen nach Art der *Kampung*. Husni Thamrin ist ein *Kampung* im Stadtzentrum.)

Mit Architekten und Sozialarbeitern haben wir uns die Stadtplanung Bangkoks angeschaut. Unsere Gastgeber haben uns ausgelacht und gefragt: Wieso kommt ihr zu uns? Wir haben doch von Jakarta gelernt. Stadtverwaltung, städtische Arme, Universitäten und NGOs in Thailand haben gemeinsam nach einer Lösung für das Problem der urbanen Armut gesucht. Zu unserer Überraschung fand man im Modell Husni Thamrin die Lösung. In Jakarta aber wird dieses Modell nicht weiter verfolgt.

Wie war die Situation vor einer Generation in Bangkok? Staus, Luftverschmutzung, Armut?

Schlimmer als Jakarta. Thailand zeigt uns, dass es möglich ist, entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung zu bauen. Wir in Bukit Duri versuchen das ebenfalls zu beweisen. Die Einwohner bringen ihre Ideen ein und entwerfen ihren *Kampung*

selbst. Unser Konzept haben wir dem Stadtbauamt vorgestellt, und die waren begeistert. Sie wollen nun gern mit uns zusammenarbeiten, aber nur mit unserer *community* Ciliwung Merdeka. Natürlich waren wir stolz, doch was für einen Sinn macht ein einzelnes Pilotprojekt, ohne die anderen Armenviertel?

Zeigt das Beispiel nicht, wie wichtig Selbstorganisation der Bevölkerung ist?

Wenn man etwas erreichen will, muss man konsistent sein und braucht Geduld, auch über Jahrzehnte. Gerade für die Armen ist das fast unmöglich. Sie müssen ums Überleben kämpfen. Heute werden sie vertrieben und morgen woanders verjagt. Solidarität untereinander und Selbstorganisation sind unter diesen Umständen ziemlich schwierig. Es ist nicht so, dass Organisationen der städtischen Armen prinzipiell verboten wären. Aber ihre Einstufung als Illegale hat mich zu der Überzeugung gebracht, dass System dahinter steckt, um Selbstorganisation zu verhindern.

Neue Gesetzgebungen verschärfen die Situation der Armen. Ein sehr umstrittener Entwurf zu einem neuen Siedlungsgesetz ist vom Parlament bereits abgesehen. Danach soll es nicht legal sein, wenn die Einwohner ihren *Kampung* selbst entwerfen, nur die Behörden dürfen das. Ich könnte also demnächst festgenommen werden, wegen des Entwurfs eines *Kampung*,

Auch in Berlin braucht man für jede Laube eine Baugenehmigung. Wird ein Modell aus Industriestaaten copy and paste übertragen, ohne den Kern zu treffen?

Das Problem ist nicht die Autorität des Staatsapparats an sich, das Problem sind die Maßnahmen, mit denen man gegen »Illegale« vorgeht, die Zwangsvertreibungen und die Gewalt. Wie ohne Rücksicht gegen die Armen vorgegangen wird, demonstrieren auch die vielen Brände in den Armensiedlungen. Oft löscht die Feuerwehr die Brände nicht oder kommt erst Stunden zu spät. In den allermeisten Fällen dürfen die Menschen nicht in den abgebrannten *Kampung* zurück, weil sie Illegale sind. Die Aussage des vorherigen Bürgermeisters von Jakarta, Sutiyoso, spricht Bände: »Die sind selbst schuld!«

Jakarta hat ein anderes Problem, die Überschwemmungen. Zur Eindämmung der Hochwasser werden Flutkanäle gebaut. Um ein Projekt der Weltbank, bei dem von 2010-2012 der Ciliwung, bzw. sieben Flüsse Jakartas reguliert werden sollen, streiten sich das Bauamt und die Stadtverwaltung. Es geht um Geld; um 1,7 Billionen Rupiah. Wie auch immer, die Armen, die an den Flussufern siedeln, werden vertrieben werden.

Wie könnte der Beitrag Berlins als Jakartas Partnerstadt aussehen?

Grundlegend wäre, dass Berlin zeigt, wie BürgerInnen gerecht behandelt und die Rechte der Bevölkerung respektiert werden können, und zwar zuerst im Dialog mit der Bevölkerung selbst, von unten. Vor allem in den Bereichen Recht auf Wohnraum und Arbeit, Recht auf Bildung und wirtschaftliche Rechte. Wie das richtig durchgeführt und geregelt wird.

In Jakarta brauchen wir Gesetzesänderungen, bzw. andere Durchführungsbestimmungen und Erlasse auf Stadtebene. Die Gesetze sind recht gut, aber die Durchführungsbestimmungen stehen häufig im Widerspruch zum Grundgesetz. Wie können wir erreichen, dass die Hierarchie des Rechts beachtet wird? Durchführungsbestimmungen stehen unter dem Grundgesetz, und das Grundgesetz steht unter den Menschenrechten.

Für die Stadtentwicklung ist technische Hilfe weniger wichtig. Erst muss die Grundlage geschaffen werden: ein Konzept der Stadtplanung. In Jakarta ist es genau umgekehrt. Da kommt ein Unternehmer, will dies und das, und die Gesetze werden nach seinem Willen geschaffen. Eine verdrehte Logik. Die Legislative ist äußerst korrupt, eine Volksvertretung ist sie nicht, eher ein Selbstbedienungsladen, wo man sich ein Luxusgebäude mit Swimmingpool baut und teure Limousinen leistet.

Wie könnte in der Städtepartnerschaft Jakarta-Berlin die Solidarität der Bevölkerung aussehen?

Mir ist bewusst, dass Volk und Regierung nicht identisch sind. Ich weiß, dass vielen Menschen in Berlin Umwelt, Bildung und soziale Verantwortung der Wirtschaft wichtig sind, dass sie sich über gesundes und gerechtes Bauen Gedanken machen. Daher ist Dialog von unten erstrebenswert. Noch aber fehlt es in Jakarta an Gruppen, die dazu in der Lage wären. Zuerst müssen sie lernen, sich selbst zu organisieren. Solange sie das nicht können, werden sie auf der Opferbank landen. Sie sollen handeln, statt bei jeder Bedrohung nur wütend zu werden. Das ist sehr gefährlich.

Alternativen denken, nach vorne schauen, neue Perspektiven entwickeln, zusammen mit anderen, zum Beispiel mit BerlinerInnen. Die BerlinerInnen können uns Zugang zu Informationen schaffen, zum Beispiel zum Thema Menschenrechte und Bürgerrechte. Wenn wir sogar Angst haben, unsere Rechte in Anspruch zu nehmen, was bedeuten Menschenrechte dann? Eine Form von Widerstand aufbauen für diejenigen, die die Regierung als nicht existent erleben, die ums Überleben kämpfen müssen und deren Kampf auch eine Form des Überlebens geworden ist, die so genannten »Illegalen«, auch wenn sie schon Jahrzehnte in Jakarta leben. ♦

Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!

Nr. 5, Januar – April 2011

AG Wald Seminar am 08. Februar 2011

»Papier« war das Thema des Jahrestreffens der Arbeitsgemeinschaft Wald in den Räumen der Deutschen Umwelthilfe in Berlin, an dem für Watch Indonesia! Marianne Klute und Stefanie Hess teilnahmen. Überall auf der Welt verschwinden Wälder für den hohen Verbrauch an Papier. Als Beispiel für die Länder des Nordens stellte Rudolf Fenner von Robin Wood in seinem Beitrag »Wo unser Papier wächst« die schwedische Kahlschlagpraxis vor. Die Regenwaldzerstörung im Süden demonstrierte Corinna Hölzel von Greenpeace am Beispiel des Konzerns Sinar Mas, der global wichtige Torfwälder auf Sumatra vernichtet. Die immensen Expansionspläne des Konzerns nach Kalimantan und Papua lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Frau Hölzel stellte die Greenpeace-Studie »How Sinar Mas is pulping the planet« vor, in der im Detail auf den Bukit Tigapuluh Nationalpark und die Kerumutan Torfwälder auf der Halbinsel Kampar in der Provinz Riau, Sumatra, eingegangen wird.

Plattform Nachhaltige Biomasse

30 Teilnehmer des Seminars diskutierten am 09. Februar in den Räumen der Deutschen Umwelthilfe in Berlin über die Kontroverse Energieholz und Nachhaltigkeit. Im deutschen Wald herrsche ein wahrer Holzrausch, wie Förster Peter Wohlleben kritisierte. Die Auswirkungen der exzessiven Nutzung der Holzreserven seien drastisch, doch in der Waldpolitik debattiere man nur über Mengen, nicht aber über Nachhaltigkeit. Die Böden seien ausgelaugt und durch schwere Maschinerie geschädigt. Er forderte eine sofortige radikale Energiewende. In der Diskussion über den Wert des Waldes stellte Stefanie Hess von Watch Indonesia! die Unterrichtseinheit »Menschen aller Länder vereinigt euch - Geld kann man weder atmen noch essen« vor, die 2010 für das 11. Berliner Entwicklungspolitische Bildungsprogramm konzipiert wurde.

Im Rahmen der Diskussion um eine NGO-Waldstrategie plädierte Helmut Klein, ehemaliger Waldreferent

vom BUND, in seinem Beitrag für »Überzeugen statt Überreden«. Anschließend stellte die NGO Oroverde, die auch auf den Raja Ampat Inseln ein Projekt durchführt, zwei neue Klimaschutzprojekte in Guatemala vor, die REDD-Mechanismen (*Reduced Emissions from Deforestation and Degradation*) nutzen. Wolfgang Kuhlmann (ARA) informierte über den Stand der internationalen Klimaverhandlungen. Nur noch die EU wünsche ein Kyoto-Nachfolgeabkommen. Die Hoffnungen anderer Staaten, besonders denen mit Tropenwäldern, beruhten auf der Finanzierung des Waldhalts mittels REDD-Mechanismen. Ungenügend sei, dass REDD das Prinzip der freien und informierten Zustimmung (FPIC) nicht beinhalte, zum Nachteil der Indigenen und Waldbewohner. Auch sei ungeklärt, ob Plantagen als Wald definiert und somit in REDD-Projekte aufgenommen werden könnten. Zusammenfassend schloss Herr Kuhlmann, dass REDD keinen Beitrag zum Waldschutz liefern werde.

Zusätzlich werden Wälder durch neue Bergbauprojekte existentiell gefährdet, so Marianne Klute von Watch Indonesia!. Frau Klute stellte die indonesische Energie- und Bergbaupolitik vor, die besonders auf Indonesiens Osten abziele, wo bereits Dutzende von neuen Genehmigungen erteilt worden sind. Zum Abschluss sprach Martin Gössle von Pro Regenwald über das jüngst erlassene EU-Importverbot für illegales Holz, von dem eine Eindämmung des illegalen Holzeinschlags in Tropenländern erhofft wird.

Mahnwache für Glaubensfreiheit in Indonesien

Erschüttert von den Morden an Mitgliedern der Ahmadiyah und Angriffen auf Kirchen (s. Artikel in diesem Heft) schlossen sich in Berlin lebende Indonesierinnen und Indonesier zu einem Spontanbündnis zusammen. Unter dem Namen *Indonesische Gesellschaft für Religionsfreiheit* riefen sie zu einer Mahnwache am 15. Februar am Brandenburger Tor auf, an deren Vorbereitung und Durchführung sich Watch Indonesia! aktiv beteiligte. In Indonesiens Medien fand die Mahnwache



Mahnwache für Glaubensfreiheit

Foto: Monika Schlicher

ein gutes Echo. In Briefen an die Veranstalter begrüßten Vertreter deutscher und indonesischer Religionsgemeinschaften die Aktion.

Straflosigkeit beenden! Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Mission in Osttimor

Eine Koalition von Organisationen in Osttimor hat die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Beendigung der Straflosigkeit für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während der Besetzung durch Indonesien begangen wurden, zu ergreifen. Die anhaltende Straflosigkeit habe einen negativen Einfluss auf die Stabilität in Osttimor und sie unterläuft die Bemühungen der Vereinten Nationen, dort zu Rechtsstaatlichkeit und zur Stärkung des Sicherheitssektors beizutragen.

»Um die Straflosigkeit zu beenden, dürfen wir nicht fundamentale Prinzipien der Menschenrechte und des Rechts zu Gunsten der Diplomatie opfern«, kritisieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre politische Führung. Diese unterminiert den rechtlichen Prozess, indem sie gute Beziehungen mit Indonesien favorisiert. Das Schreiben wurde von mehr als 30 Organisationen weltweit, darunter Watch Indonesia!, unterstützt.

Der Sicherheitsrat war am 22. Februar zusammgetreten um über die UN-Mission in Osttimor zu beraten. Einstimmig sprachen sich die Staaten für eine einjährige Verlängerung der Mission aus. Erneut wurde in der Resolution auch die Notwendigkeit unterstrichen, die Unabhängigkeit der Justiz zu respektieren und gegen die Straflosigkeit vorzugehen. Die politische Führung in Osttimor wurde aufgefordert, ihre Bemühungen um

Accountability für die schweren Menschenrechtsverbrechen zu verstärken. Dies schließt auch die Verbrechen mit ein, die während der Krise 2006 begangen wurden, gemäß den Empfehlungen der Unabhängigen Untersuchungskommission. Im Sprachgebrauch geht diese Stellungnahme über die bisherigen nicht hinaus und dürfte auch weiterhin nicht die nennenswerte Beachtung der Regierung von Osttimor finden. Auffällig ist auch, dass die Verbrechen während der Besetzungszeit durch Indonesien in den Stellungnahmen der Länder zugunsten aktuellerer Ereignisse (Krise 2006, Disziplinarverfahren gegen Polizisten) immer mehr in den Hintergrund treten.

Deutschland unterstrich in seiner Stellungnahme die vom UN-Generalsekretär betonte Notwendigkeit, weiterhin alle Bemühungen zu unternehmen, auf allen Ebenen der Gesellschaft die Straflosigkeit zu bekämpfen und das öffentliche Vertrauen in das Justizwesen zu stärken. Im Vorfeld der Sitzung des Sicherheitsrates hatten Henri Myrntinen und Monika Schlicher sich im Auswärtigen Amt dafür stark gemacht und die Analysen von Watch Indonesia! zur aktuellen Lage in Osttimor, zur UN-Mission und der Sicherheitssektorreform eingebracht.

In der Resolution des Sicherheitsrates wurde der *National Consensus Dialog on Truth, Justice and Reconciliation*, der im Oktober 2010 in Dili mit Regierungs- und Parteienvertretern sowie Experten aus der Zivilgesellschaft stattfand, positiv hervorgehoben. Ebenfalls begrüßt wurde der im September 2010 erfolgte Beginn der Beratungen durch das Nationale Parlament zur Verabschiedung von Gesetzen zu Reparationen und zur Einrichtung eines Follow-up Instituts (*Instituto da Memória*) der Nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission sowie der bilateralen Freundschaftskommission zwischen Indonesien und Osttimor. Keinen Niederschlag hingegen fand in der Resolution die einzig von der Europäischen Union zum Ausdruck gebrachte Besorgnis über die eine Woche zuvor gefällte Entscheidung des Parlaments von Osttimor, die Debatte über diese Gesetzesvorlagen auf unbestimmte Zeit zu vertagen. »Versöhnung ist eine wichtige Vorbedingungen für anhaltende Stabilität und ein grundlegendes Interesse der Menschen in Osttimor«, heißt es in der Stellungnahme der EU. Das Parlament möge schnellstmöglich die Überlegungen wieder aufzunehmen und weitere Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission einleiten.

BMZ-Ländergespräch Timor-Leste / Osttimor

Zum alljährlichen Austausch mit Vertretern von Ministerien, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und NGOs im Vorfeld der Konsultationen mit der Regierung von Timor-Leste im März 2011 hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 22. Februar nach Bonn eingeladen. Melanie Moltmann, Länderreferentin für Timor-Leste im Auswärtigen Amt, umriss die politische Situation. Die Lage in Osttimor sei ruhig und stabil, dennoch bestehe viel Konfliktpotential, u.a. durch soziale Gräben. Korruption behindere die Entwicklung des Landes und die Justiz sei schwach. Das Land bemühe sich um den Ausbau der Kooperation mit Indonesien, die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen habe dabei aber noch keinen Eingang gefunden. Zu erwarten sei die Verlängerung der UN-Mission bis Ende 2012.

Dr. Josef Füllenbach, Leiter des Referats Südostasien und Volker Sowade, Länderbearbeiter Timor-Leste gaben einen Überblick zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit den Schwerpunkten Förderung der ländlichen Entwicklung und des maritimen Transports, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und trilaterale Kooperation mit Indonesien. Ein grundlegendes Problem sei der Mangel an Kapazitäten in Osttimor, die die Schwäche der öffentlichen Verwaltungen bedingen. Auch die Zivilgesellschaft sei noch eher schwach und wenig organisiert.

Anschließend wurde mit den Teilnehmern des Ländergesprächs, an dem für Watch Indonesia! Henri Myrntinen und Monika Schlicher teilnahmen, die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit erörtert. Den BMZ-Vertretern wurde mit auf den Weg gegeben, sich bei ihren politischen Gesprächen in Dili für ein Institut des Erinnerns und für die Verabschiedung eines Gesetzes zu Reparationen einzusetzen. Das Institut soll u.a. die Aufgabe haben, die Empfehlungen der Wahrheitskommission, deren Arbeit vom BMZ finanziell unterstützt wurde, umzusetzen. Das Parlament von Osttimor hatte am 14. Februar Beratungen hierzu auf unbestimmte Zeit vertagt. Frau Moltmann fügte hinzu, dass das Auswärtige Amt, wie auch die EU und andere Geber die Einrichtung des Instituts unterstützen und über die Entscheidung des Parlamentes sehr unglücklich seien.

Vortrag beim Norwegian Centre for Human Rights

Henri Myrntinen war vom *Norwegian Centre for Human Rights* (NCHR) eingeladen, am 28. März 2011 an der Universität Oslo einen Vortrag zur Lage in Papua und Westpapua zu halten. Neben einer Analyse der

aktuellen politischen Lage waren Einschätzungen zu Religionsfreiheit und den Auswirkungen der Sicherheitssektorreform gefragt. Der Vortrag diente als Hintergrundinformation für den Menschenrechtsdialog zwischen der norwegischen und indonesischen Regierung. An der Veranstaltung nahmen neben Vertretern des NCHR auch Vertreter der norwegischen Regierung und norwegischer NGOs teil. In der anschließenden Diskussion ging es vor allem darum, ein besseres Verständnis für die politischen Dynamiken in Papua und Westpapua zu finden sowie um die praktischen Erfahrungen der norwegischen Seite aus dem bisherigen Dialogprozess. Dieser konzentriert sich derzeit auf zwei thematische Schwerpunkte: die Religionsfreiheit und die Sicherheitssektorreform.

Papua: Wälder, Menschen, Ausverkauf

Die Expertin für Entwicklungspolitik Carole Reckinger und Marianne Klute von Watch Indonesia! entführten die Teilnehmer der Veranstaltung in St. Ingbert am 01. April und in Saarbrücken am 02. April in eine ferne Welt, nach Papua. Carole Reckinger zeigte anhand ihrer Fotos, die bei einem einjährigen Aufenthalt im Hochland von Papua entstanden, wie die Menschen, gestern noch im Steinzeitalter, heute angesichts gigantischer Veränderungen ums Überleben kämpfen. Internationale Konzerne und indonesische Migranten drängen nach Papua, auf der Suche nach Ressourcen. Marianne Klute referierte zum Thema »Wald«. Der Wald Papuas sei zur »letzten Front« der Holzmafia verkommen, denn nur hier gibt es noch intakte Tropenwälder in Südostasien. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat Papua große Waldflächen eingebüßt, Tausende Hektar Wald wurden kahlgeschlagen, um Platz für Monokulturen zu schaffen. Eine neue Bedrohung für die Wälder Papuas ist der globale Bedarf an Energie und Nahrung. Indonesien unternimmt auf Kosten von Mensch und Natur weit reichende Anstrengungen, seine führende Rolle auf dem Palmölmarkt weiter auszubauen und neue Anbauflächen für Reis zu erschließen. Wir sind Augenzeugen einer dramatischen Zerstörung, so Frau Klute. Darauf entspann sich in St. Ingbert eine Diskussion um Handlungsmöglichkeiten, während sich die Besucher der Veranstaltung in Saarbrücken auf den deutschen Verbrauch von Palmöl konzentrierten.

Zwei Studentinnen aus Papua untermalten die Veranstaltung in Saarbrücken mit Liedern in verschiedenen Papua-Sprachen. Eine kleine Ausstellung von Fotos der beiden Referentinnen bereicherte das Programm. Mitveranstalter waren die Bürgerinitiative »Kein Strom aus Palmöl!«, Attac Saar, sowie der Weltladen St. Ingbert. ♦

Was sonst noch geschah

von Alex Flor

Große Parteien wollen unter sich bleiben

Die Wahlen 2014 werfen ihre Schatten voraus. Die großen Parteien sind es leid, auf eine Vielzahl kleinerer Parteien angewiesen zu sein, um regierungsfähige Mehrheiten bilden zu können. Man möchte keine »Weimarer Verhältnisse«, obgleich dieser Begriff in Indonesien weitgehend unbekannt ist. Stattdessen spricht man von der »Vereinfachung der Parteienlandschaft«. Dabei scheint nicht zu stören, dass genau dieser Slogan einst von Diktator Suharto verwendet wurde, um die muslimischen Parteien zur PPP (*Vereinigte Entwicklungspartei*) sowie die nationalen und christlichen Parteien zur PDI (*Demokratische Partei Indonesiens*) zwangszuvereinigen. Alle anderen Parteien wurden verboten. Neben den beiden Blockflöten und der staats-tragenden Funktionärspartei Golkar durfte es bis 1998 keine weiteren Parteien geben.

Mit Beginn der Reformära schossen neue Parteien wie Pilze aus dem Boden. Immerhin 48 wurden zu den ersten freien Wahlen 1999 zugelassen. Fünf Jahre später waren es nur noch 24, 2009 dann 34. Nun wird an zwei Schrauben gleichzeitig gedreht, um die Parteienlandschaft zu »vereinfachen«. Im Dezember beschloss das Parlament eine Novelle des Parteiengesetzes, nach der von nun an nur noch Parteien zugelassen werden, die in allen 33 Provinzen, 75 % der Distrikte und 50 % der Kommunen eine Vertretung haben. Die Neugründung einer Partei ist somit nur mit Rückendeckung gut organisierter landesweiter Verbände oder extrem zahlungskräftiger Einzelpersonen denkbar. Noch nicht abgeschlossen ist hingegen die Diskussion über die Anhebung der Parlamentshürde. Dass die derzeitige 2,5%-Hürde angehoben wird, ist ausgemachte Sache. Gestritten wird nur noch um die Höhe der neuen Schwelle. Zahlreiche kleine Parteien erörtern bereits Fusionen.

Ehregrab umgebettet

Heru Atmodjo wurde 1968 wegen angeblicher Beteiligung am »kommunistischen Putschversuch« von 1965 zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Zuvor war er Luftwaffenoffizier und einer der Freiheitskämpfer von 1945. Als Augenzeuge und Vertrauter des damaligen Luftwaffenchefs Omar Dhani stellte Heru Atmodjo 2004 in dem Buch »Gerakan 30 September 1965« (*Die Bewegung des 30. September 1965*) seine Sicht der Ereignisse dar.

Heru Atmodjo verstarb am 30. Januar 2011. Als Nationalheld wurde er mit militärischem Zeremoniell auf dem Ehrenfriedhof Kalibata in Jakarta beigesetzt. Doch Ende April fiel Besuchern auf, dass das Grab verschwunden war. Nachforschungen ergaben, dass die Leiche exhumiert und im Beisein eines kleinen Kreises von Verwandten im Geburtsort des Verstorbenen auf Java erneut bestattet wurde. Wer die Umbettung veranlasst hat, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Wikileaks: Präsidentenfamilien bereichern sich

Zwei australische Zeitungen berichteten aus Dokumenten der US-Botschaft in Jakarta, die sie von Wikileaks zugespielt bekamen. Darin heißt es, die Botschaft habe Nachrichten über Korruption und Amtsmissbrauch des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) nach Washington gekabelt. Präsidentengattin Kristiani wurde vorgeworfen, aus dem Amt ihres Mannes kommerziellen Nutzen für sich und die Familie zu ziehen. In Indonesien erwecken solche Vorwürfe Erinnerungen an die Raffgier, mit der einst Ibu Tien, die Frau von Ex-Diktator Suharto, für das Familienwohl sorgte.

SBY selbst soll seinen Einfluss geltend gemacht haben, um eine Korruptionsanklage gegen den Präsidenten der Beratenden Volksversammlung (MPR) Taufik Kiemas abzuwenden. Kiemas ist der Ehegatte von SBYs Amtsvorgängerin und Vorsitzenden der oppositionellen PDI-P, Megawati Sukarnoputri. Er nutzte die Präsidentschaft seiner Frau für zahlreiche politische und wirtschaftliche Eigeninteressen. Dass sich Megawati, die sonst kaum eine Gelegenheit zum Angriff auf ihren Erzrivalen SBY auslässt, diesmal auffällig still verhielt, verwundert nicht.

Ausländische Ehegatten

Eine Gesetzesnovelle verspricht Erleichterungen im Aufenthaltsrecht. Ausländische Ehegatten erhalten nach zwei Jahren ein ständiges Aufenthaltsrecht. Im Falle von Scheidung oder Tod gilt das Aufenthaltsrecht nach zehn Jahren auch ehegattenunabhängig. Auch Kinder aus gemischten Ehen soll nach zehn Jahren ein ständiges Aufenthaltsrecht gewährt werden. Bislang erhielten ausländische Ehegatten nur kurzfristige Visa. Ein längerer Aufenthaltsstatus war an eine feste Arbeit in Indonesien gebunden. ♦

Watch INDONESIA!

Urbanstr. 114, 10967 Berlin
Tel./Fax: +49-30-698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Impressum

SUARA 20. Jahrgang, Nr. 1, Mai 2011
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:
Watch Indonesia! e.V.
Urbanstr. 114
10967 Berlin

Tel./Fax: 030 – 698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

ViSdP: Alex Flor

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin
Registernummer: 14809 Nz
Steuernummer: 27/681/50628

SUARA bestellen

Abopreise:
Für jeweils 6 Ausgaben inkl. Versand berechnen wir:
Deutschland: € 25,-
Europa: € 35,-
Übersee: € 45,-
Einzelheft: € 6,50
Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an:
Watch Indonesia! e.V.
Kto.-Nr.: 2127 101
Postbank Berlin (BLZ: 100 100 10)
IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01
BIC/SWIFT: PBNKDEFF

Wir sind umgezogen

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift. Seit März 2011 haben wir neue Büroräume. Größer, besser, schöner – aber leider auch teurer. Unsere Räume am Planufer fallen der Luxusmodernisierung zum Opfer und sind nicht länger bezahlbar. Sie finden uns jetzt im selben Kiez, nicht weit entfernt in der Urbanstr. 144, 10967 Berlin. Telefon, Fax- und Internetadressen bleiben unverändert.



SUARA wird teurer. Abonnieren Sie jetzt noch zum alten Preis!

Alles wird immer teurer. Aber manches wird nicht nur teurer, sondern auch besser. Ein solches Produkt halten Sie gerade in den Händen: die neue SUARA.

Ab sofort kostet ein Einzelheft 6,50 €. Extrakosten für den Versand werden nicht länger erhoben. Sie zahlen denselben Preis, egal ob Sie das Heft direkt bei uns erwerben oder sich zuschicken lassen.

Die unterschiedlichen Preise für Europa und Übersee entfallen. Künftig kostet ein Jahresabo (4 statt bisher 6 Ausgaben, inkl. Porto und Versand) in Deutschland 25,- €, im Ausland 35,- €.

Die alten Abopreise (s. Kasten »SUARA bestellen«) gelten noch bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe. Abonnieren Sie sofort, wenn Sie sich noch 6 Ausgaben zum alten Preis sichern möchten!